

# Olympe

---

Feministische Arbeitshefte zur Politik



## Care-Ökonomie

---

Neue Landschaften von feministischen Analysen und Debatten

## INHALTSVERZEICHNIS

Zu dieser Ausgabe	5	<i>Marianne Modak, Françoise Messant</i> Sozialarbeit: Dilemmas und Verwicklungen der Care-Dienstleistungen im Berufsalltag	70
<b>EIN ALTES THEMA – AKTUELLE DEBATTEN</b>			
<i>Mascha Madörin</i> Verschiedene Varianten, das Ganze zu denken – eine Einleitung	8	<i>Jean-Michel Bonvin</i> Care, Respekt und New Public Management	82
<i>Elisabeth Joris</i> Ein Rückblick: Frauen – Revolution – Recht. Eine Buchbesprechung	14	<i>Anni Lanz</i> Care-Arbeit – nicht leicht in Begriffe zu fassen. Eine Buchbesprechung	89
<i>Barbara Duden</i> Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Ein Rückblick.	16	<b>SYSTEMATISCHER DRUCK AUF DIE LÖHNE</b>	
<i>Ulrike Knobloch</i> Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie	27	<i>Mascha Madörin</i> Im Gesundheitswesen werden keine Autos montiert – eine Rahmenerzählung	93
<i>Eva Klawatsch-Treitl</i> Care in Babylon Überlegungen zur WIDE-Jahreskonferenz «We Care» 2009	37	<i>Susi Wiederkehr</i> Lohngleichheit – eine Farce! Eine Geschichte ohne Ende	96
<i>Annemarie Sancar</i> Care-Ökonomie – ein neuer Ansatz, um Geschlechterungleichheiten in der Entwicklungszusammenarbeit sichtbar zu machen	44	<i>Anni Lanz</i> Frauenmigration – Bedeutung für die Pflege und die Betreuung in der Schweiz	115
<i>Heike Wach</i> Was haben Nahrungsmittelketten mit der Care-Krise zu tun? Eine feministische Annäherung auf der WIDE-Jahreskonferenz «We Care» 2009	52	<i>Sarah Schilliger</i> Hauspflege: aktuelle Tendenzen in der Entstehung eines globalisierten, deregulierten Arbeitsmarktes	120
<i>Sabin Bieri</i> Body-Politics: Wie gelebte Erfahrung politisch verhandelbar wird	60	<b>AKTUELL</b>	
<i>Irma Arriagada, Amaia Orozco</i> Die Care-Ökonomien in Lateinamerika	62	<i>Antonia Bertschinger</i> Iran: Hunderttausende von Frauen sind aufgestanden, für ihre Rechte zu kämpfen	127
<b>WIE CARE-ARBEIT DENKEN</b>			
<i>Mascha Madörin</i> Beziehungs- oder Sorgearbeit? Versuch einer Orientierung	66	<i>Lis Füglistner</i> Putsch in Honduras: Frauen leisten Widerstand	133

## TAGUNGSBERICHTE – NEUGRÜNDUNGEN – VERLAUTBARUNGEN

*Laura Übersax*

L'économie du «prendre soin»: quand la réflexion économique se met au service de l'intervention sociale et sanitaire 135

*Michèle Spieler*

Marche mondiale des femmes: Diskussionsseminar zu den Aktionsfeldern der 3. Internationalen Aktion 2010 136

*Sabine Braunschweig, Sabina Roth*

Tiefenschärfe für die Geschichte der Gesundheits- und Pflegepraxis 139

Gründung von WIDE Switzerland 143

Die UNO fordert weitere Massnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen in der Schweiz 143

*Mascha Madörin*

Session der UN-Commission on the Status of Women (CSW), März 2009 144

*Mascha Madörin*

Frauen Netzwerke nehmen Stellung zur Finanz- und Wirtschaftskrise 146

## AUTORINNEN

148

## Zu dieser Ausgabe

Wer hätte vor drei Jahren gedacht, dass sich in der Schweiz Konferenzen zu «Care» geradezu häufen? Über zwei dieser Tagungen – in Lausanne und Basel<sup>1</sup> – wird in diesem Heft berichtet. Leitfaden dieser Olympe-Ausgabe ist jedoch nicht die Frage, was die Aktualität dieses Themas bewirkt und ausmacht – auch das wäre interessant! Das Thema dieses Heftes lautet: Wie und was wird heute in internationalen Netzwerken, neuerdings auch in der Schweiz, über Care diskutiert? Allerdings wäre es schlicht unmöglich, eine Übersicht dazu zu bieten. Ziel ist es, einen Eindruck zu vermitteln, wie interessant und breit heute die Diskussion ist.

Diese Debatte ist nicht neu, sie scheint aber nun – endlich! – nach zehnjähriger Pause bei uns erneut geführt zu werden. Angefangen hat die aktuelle Debatte vor mehr als zwanzig Jahren in internationalen (Fach-)Frauennetzwerken. Anlass waren die Finanzkrisen in Lateinamerika, Asien und Afrika und die damit einhergehenden neoliberalen «Wirtschaftsankurbelungsprogramme» und «Retungspakete» des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Es entstand eine neue feministische, wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Debatte, die durch die Finanzkrisen in Japan und südostasiatischen Ländern in den 1990er Jahren ausgeweitet wurde. Drei Themen sind dabei besonders wichtig geworden: Gender-Budgets, Gender-Mainstreaming in der Wirtschaftspolitik und Care-Ökonomie. Grundlage dieser neuen Analysen in den verschiedensten Ländern war die Kontinente übergreifende gemeinsame Erfahrung mit zwar unterschiedlichen, aber fast ausschliesslich negativen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf Frauen und auf die Geschlechtergleichheit. Über diese neue Entwicklung in der feministischen Ökonomie hat Olympe schon vor elf Jahren im Heft 9 mit dem Titel «Einfluss nehmen auf Makroökonomie!» berichtet. Zwei Autorinnen dieses Heftes, Shahra Razavi und Isabella Bakker, hatten 1997 an einem Seminar in Bern teilgenommen, das von der Weltwirtschaftsgruppe des Frauenrates für Aussenpolitik (FrAu) zum Thema «Geschlechterverhältnisse in der Makroökonomie» organisiert worden war. Beide Autorinnen haben, wie etliche andere, weiter am Thema gearbeitet und im Juni 2009 an der WIDE-Jahreskonferenz in Basel Referate gehalten. Im Editorial zur Olympe Nr. 9 war zu lesen: «(Es) fällt auf, dass diese Auseinandersetzungen in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern beziehungsweise im englischen Sprachraum sehr viel weiter entwickelt ist als in der Schweiz und einigen anderen europäischen Ländern.» Das kann heute wieder festgestellt werden. Es drängt sich die Frage auf, weshalb das so ist.

Die Artikel zu Care in diesem Heft sind in drei Kapitel aufgeteilt: 1) zur Breite und zur Geschichte der Care-Debatte generell, 2) zum Begriff der Care-Arbeit und 3) zur aktuellen Politik der Abwertung bezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit in der Schweiz. Das Heft gibt einen Eindruck davon, wie breit und verwirrend – Eva Klawatsch-Treitl braucht in ihrem Artikel den Begriff «Care Babylon» – die Forschung und die Diskussion zu Care heute sind. Um etwas Orientierungshilfe zu bieten, werden die drei Kapitel von Einleitungen und Kommentaren von Mascha Madörin aus der Sicht einer feministischen Ökonomin flankiert.

Die ersten beiden Artikel des ersten Kapitels handeln vom Auf- und Abtauchen feministischer Themen in der Politik. Barbara Duden blickt auf die brisante Hausarbeitsdebatte der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren und das seltsame Verschwinden dieser Debatte zurück. Eine Buchbesprechung von Elisabeth Joris passt zum Thema: Sie handelt von den grossen Revolutionen von 1789 bis 1918 und davon, wie schwierig es für die Frauen trotz ihrer Beteiligung an den Kämpfen und Aufständen war, ihre Gerechtigkeits- und Freiheitsanliegen im Mainstream sowohl linker als auch liberaler Politik zum Tragen zu bringen.

6 Nur eine kleine Minderheit von Feministinnen hat im deutschen Sprachraum überhaupt die Analyse über die unbezahlte Arbeit und die Subsistenzwirtschaft weitergeführt, welche in den 1970er Jahren von feministischen Theoretikerinnen begonnen wurde. Die Ökonomin Ulrike Knobloch gehört dazu. Ihr Artikel bildet den Übergang zu den Berichten und Kommentaren zur WIDE-Jahreskonferenz (WIDE: Women in Development Europe) von Eva Klawatsch-Treitl, Annemarie Sancar, Heike Wach und Sabin Bieri, die sich mit verschiedenen Aspekten, die an der Konferenz diskutiert wurden, auseinandersetzen. Am Schluss dieses Kapitels findet sich ein Artikel zu den Care-Ökonomien in Lateinamerika, der einen Eindruck vom Stand der heutigen Analysen der Care-Ökonomie verschiedener Ausprägungen vermittelt.

Die Älteren unter uns erinnern sich noch an den Begriff «Beziehungsarbeit» und die heftigen Debatten, welche dieser Begriff bei WG-Genossen, Partnern und Wissenschaftlern auslöste. Im zweiten Kapitel geht es um dieses heisse Eisen, das durch den distanzierenden Anglizismus «Care» etwas abgekühlt, aber immer noch herausfordernd ist, sollen die Arbeits- und Austauschprozesse von Care-Arbeit auf den sozialwissenschaftlichen Punkt gebracht werden. Es ist, wie die Artikel in diesem Kapitel zeigen, alles andere als einfach. Geschrieben haben zwei dieser Artikel die Lausanner SozialwissenschaftlerInnen Marianne Modak, Françoise Messant und Jean-Michel Bonvin. Sie zeigen, wie in einer typischen Variante bezahlter Care-Arbeit (Sozialarbeit) Care bei der als professionell bezeichneten Arbeitsorganisation und Leistungsbeschreibung verschwindet, obwohl sie praktiziert wird. Anni Lanz bespricht am Schluss dieses Kapitels eines der seltenen

Bücher einer Ökonomin – Maren Jochimsen – zum Begriff der Caring-Arbeit. Das dritte Kapitel ist dem staatlich organisierten Klassenkampf gegen das Personal im Gesundheitswesen gewidmet. So würde man es jedenfalls nennen, wenn es um Stahlarbeiter ginge. Susi Wiederkehr beschreibt, wie die Regierungen von Stadt und Kanton Zürich mit Besoldungsrevisionstricks die Erfolge von Lohngleichheitsklagen des Gesundheitspersonals immer wieder zunichte zu machen versuchen. Die Fotoserie zeigt Bilder von einer dreitägigen Aktion des Gesundheitspersonals in Zürich. Sarah Schilliger und Anni Lanz befassen sich mit einer anderen Sicht der staatlich organisierten «Vermeidung» von Pflege- und Betreuungskosten: mit der Verschränkung von Migrations-, Krankenkassen-, Spital- und Spitexpolitik.

Keine Olympe ohne aktuelle Berichterstattung: Antonia Bertschinger beschreibt in einem eindrücklichen Artikel die Geschichte der Kämpfe von iranischen Frauen um ihre Rechte und die überraschend breite Beteiligung von Frauen bei den Aufständen gegen die Wahlfälschungen im Iran seit Juni dieses Jahres. Lis Füglistler berichtet über die Mobilisierung von Frauen und feministischen Frauennetzen gegen den Militärputsch in Honduras.

Im Anhang informieren Berichte über die Gründung neuer Netzwerke in der Schweiz: der schweizerischen Plattform des Netzwerkes WIDE und der Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte. Ebenso finden sich im Anhang Berichte zu einem Seminar der Marche mondiale des femmes, zur Care-Tagung in Lausanne und zu Aktivitäten auf UN-Ebene. Und last, but not least zeigt ein kurzer Bericht über Stellungnahmen von Frauen- und Gendernetzwerken zur Finanz- und Wirtschaftskrise auf, dass die Debatte, die vor mehr als zwanzig Jahren begonnen hat, in der Tat weitergeht.

*Mascha Madörin, Susi Wiederkehr*

1 Studientag der Forschungs- und Weiterbildungseinheit an der Fachhochschule Soziale Arbeit (EESP) in Lausanne, vom 28. Januar 2009, zum Thema der Ökonomie des «Sorgens und Betreuens», WIDE-Jahreskonferenz vom 18. bis zum 20. Juni 2009 in Basel mit dem Titel «WE CARE! Feministische Antworten auf die Care-Krisen». Die Präsentationen dieser dreitägigen Konferenz sind auf der Website [www.wide-network.ch](http://www.wide-network.ch) zu finden.

## Verschiedene Varianten, das Ganze zu denken – eine Einleitung

Mascha Madörin

8 Barbara Duden fragt in ihrem Artikel (in diesem Heft): «Wieso und seit wann sprechen wir von ›Care‹ und nicht mehr von unbezahlter Hausarbeit?» Zwei interessante Fragen, für deren Beantwortung es mehr bräuchte als die folgenden Überlegungen:

Die Begriffe Care-Arbeit und Care-Ökonomie sind im deutsch- und im französischsprachigen Raum relativ neu (siehe dazu auch den Artikel von Marianne Modak und Françoise Messant in diesem Heft) und spiegeln die Dominanz internationaler Debatten wieder. Care-Ökonomie wurde als Begriff im englischsprachigen Raum und in internationalen Netzwerken lange Zeit für die unbezahlte Sorge- und Versorgungsökonomie verwendet. Dies hat sich langsam verändert in Richtung Care-Arbeit, bei der die bezahlte Care-Arbeit mitgemeint ist. Allerdings wird der Begriff Care-Arbeit teilweise nur für die bezahlte und die unbezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit für Kinder, Kranke und Gebrechliche gebraucht. Die genauen Definitionen sind unklar (siehe dazu Fussnote 2).

Klar scheint mir zu sein, dass die Begriffsverschiebung viel mit der Debatte von Frauennetzwerken über die verschiedenen Finanz- und Wirtschaftskrisen in asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern seit Ende der 1980er Jahre zu tun hat. Die unbezahlte Arbeit wurde zunehmend als (wesentlicher) Teil einer Ökonomie des täglichen Lebens und Überlebens gesehen, die durch die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme<sup>1</sup> auf den verschiedensten Ebenen grossen Umbrüchen ausgesetzt war: durch Streichung von Nahrungsmittelsubventionen, von Bildungs- und Gesundheitsausgaben, durch Entlassungen und Einkommenseinbussen und durch die Zerstörung der Produktion für lokale

Märkte durch die Liberalisierung von Export und Import. Für viele Frauen verschlechterten sich dadurch nicht nur die Erwerbsbedingungen, auch die Belastungen durch die Care-Verantwortung und die unbezahlten Arbeiten nahmen zu. Es geht beim Thema Care, wie Sarah Razavi in ihrem Referat an der WIDE-Jahreskonferenz in Basel ausführte, um eine Perspektive, welche alle Politiken (Lohnpolitik, Makroökonomie etc.) auf ihre Implikationen auf «Care» untersucht ([www.wide-network.ch](http://www.wide-network.ch)).

Die Grafik (siehe S. 10) illustriert, wie sich die Konzepte verändert haben:

- Durch einen dünnen Strich wird die Grenze zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit markiert.
- Der fette, durchbrochene Strich kennzeichnet die Grenze zwischen der Erwerbswirtschaft einerseits und der bezahlten *und* der unbezahlten Arbeit andererseits, die der «Sorge- und Versorgungsökonomie» (Knobloch) respektive der «anderen Ökonomie»<sup>2</sup> zugeordnet werden kann. Bei der «Care-Ökonomie» wäre die Säule der bezahlten Arbeit etwas kleiner, weil der Detailhandel und das Gastgewerbe meist nicht dazugerechnet werden.

Wie Knobloch und Klawatsch-Treitl darlegen, wird die Care-Arbeit in verschiedenen institutionellen Zusammenhängen geleistet (vorwiegend unbezahlt in Haushalten, aber auch bezahlt in staatlichen Institutionen z.B. Schulen, Kindergärten, Spitälern, in der profitorientierten Privatwirtschaft (private Hauspflegeunternehmen), im nicht profitorientierten «dritten Sektor», – im informellen Sektor.) Die Care-Ökonomien verschiedener Länder unterscheiden sich sehr stark dadurch, in welchen institutionellen Zusammenhängen Care-Arbeit vorwiegend geleistet wird. Dies zeigt der Artikel zur Care-Ökonomie in Lateinamerika von Irma Arriagada und Amaia Orozco.

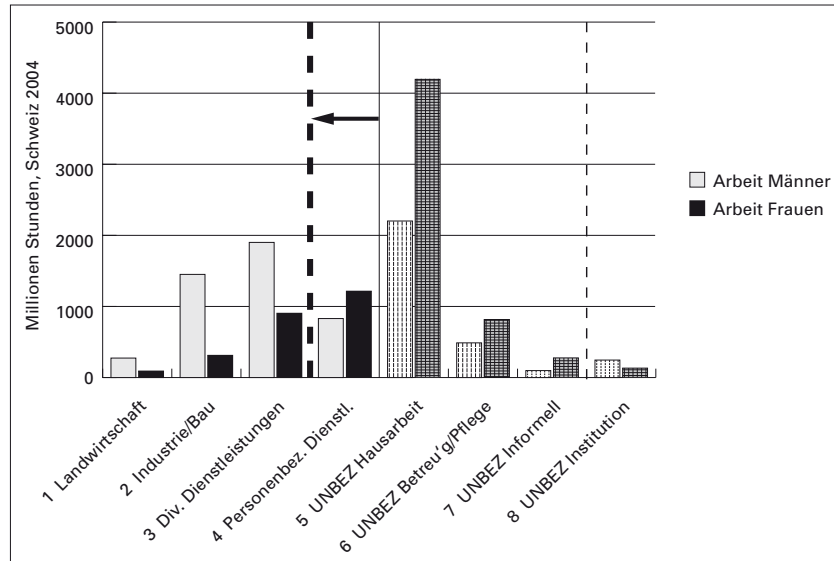
### Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Analysen

Wichtig ist, zu verstehen, dass feministische Ökonominen von einem eigenen Wirtschaftsbereich reden, bei dem die Produktion und die Dienstleistungen, seien sie bezahlt oder nicht, primär und direkt auf das Wohlergehen von Menschen ausgerichtet sind und nicht auf die Produktion für einen anonymen Markt oder für Unternehmen. Darin liegt der Konsens der feministischen Ökonominen, ebenso darin, dass diese «andere Wirtschaft» nicht mit denselben Kategorien analysiert werden kann wie die Produktion von Gütern in einer industrialisierten Welt.

Wie und mit welchen Begriffen und theoretischen Konzepten feministische Ökonominen die Analyse der «anderen Wirtschaft» weiterentwickeln, unterscheidet sich jedoch. Im Rahmen dieses Heftes können diese Unterschiede weder darge-

### Die Wirtschaft und die «andere Wirtschaft» in der Schweiz (2004)

Bezahlte und unbezahlte Arbeit in Millionen Stunden.



10

#### Erklärungen zur Grafik

- Das *Volumen der unbezahlten Arbeit* bezieht sich auf die ständige Wohnbevölkerung (ohne Asylsuchende, Sans-Papiers etc.) ab 15 Jahren; das *Volumen der bezahlten Arbeit* auf Personen ab 15 Jahren, die eine Stunde pro Woche und mehr in der Schweiz arbeiten (also inklusive PendlerInnen aus dem Ausland).
- *Personenbezogene Dienstleistungen (4)*: Folgende Wirtschaftszweige wurden mitgezählt: das Gesundheits- und Sozialwesen, das Gastgewerbe, das Unterrichtswesen und der Detailhandel/Reparaturen von Gebrauchsgütern, Dienstleistungen in privaten Haushalten.
  - Detailhandel: Schätzung aufgrund der Beschäftigungsstatistik (3. Quartal 2007).
  - Unterrichtswesen: Weil die Arbeit über die Wochen und innerhalb der Wochen ungleich verteilt ist, veröffentlicht das BFS die Zahlen zum Arbeitsvolumen beim Unterrichtswesen neuerdings nicht mehr; die hier wiedergegebenen Zahlen beruhen auf Online-Daten des BFS von 2007.
- *Unbezahlte Hausarbeit (5)*: Alle unbezahlte Arbeit, die von den BewohnerInnen in ihrem Haushalt geleistet wird, inklusive Hausarbeit für Kinder und Kranke.
- *Unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit (6)*: Alle direkte Arbeit mit Kindern (Babys wickeln, mit Kindern spielen etc.), ebenso direkte Pflege- und Betreuungsarbeit für Erwachsene. Nicht enthalten sind die Präsenzzeit und das Multitasking (Kind spielt in der Küche, während ich koche).
- *Unbezahlte Arbeit als «informelle Freiwilligenarbeit» (7)*: Alle unterstützenden Arbeiten, die für Personen, seien es Verwandte, FreundInnen oder Bekannte, die in anderen Haushalten leben, geleistet werden.
- *Unbezahlte Arbeit als «institutionalisierte Freiwilligenarbeit» (8)*: ehrenamtliche Arbeit in Parteien, Interessenverbänden, Sport, Gemeinden, Kirchen, karitativen Institutionen, Freiwilligenarbeit in Altersheimen etc. Nur ein kleiner Teil dieser Arbeit kann zur Care-Ökonomie gezählt werden und wird meistens von Frauen ausgeführt.

Quelle: Bundesamt für Statistik, SAKE/AVOL, online 2009

Olympe 30/09

stellt noch erklärt werden, es sei hier nur darauf hingewiesen. Das «Wie» hängt zum einen von der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung, zum anderen von der politischen Sozialisierung und von den Zusammenhängen feministischer Debatten ab – und damit nicht zuletzt auch vom Alter der feministischen Ökonomin. Seit dreissig Jahren wird an den Universitäten Nordamerikas und Westeuropas fast exklusiv die neoklassische Ökonomie mit ihren verschiedenen Verzweigungen gelehrt, zwei Generationen von ÖkonomInnen haben kaum etwas anderes gelernt. Die Neoklassik liefert die theoretischen Grundlagen für die neoliberale Politik und konzentriert sich vorwiegend auf Optimierungs- und Rationalitätsfragen im Rahmen von Markttheorien. Wenn jüngere ÖkonominInnen über Care-Ökonomie reden, überwiegt einerseits die Kritik an den neoklassischen Markttheorien, am Konzept des Eigeninteresses, an der ökonomischen Rationalität und Effizienz. Andererseits betonen sie die Wichtigkeit der Motivation des Sorgens für andere, der Ethik und eines anderen Menschenbildes. Auch das ist ein Grund für einen anderen Diskurs der feministischen Ökonomie seit den 1970er Jahren. Diese mühte sich mit den andro- und eurozentrischen Grenzen der marxistischen und institutionellen Ökonomie ab und damit mit anderen Fragen. Hinzu kommt, dass die Debatte zur Care-Ökonomie heute eine internationale ist und in Englisch geführt wird. Ältere Konzepte und Diskurse aus dem französisch-, dem italienisch- und dem deutschsprachigen Raum verschwinden zusehends.

11

#### Hindernisse für die Weiterentwicklung der feministischen Ökonomie

Es gibt seit gut vierzig Jahren eine Debatte zur feministischen Ökonomie, die jedoch weitgehend marginalisiert und selbst aus gesellschaftskritischen Debatten «verschwunden» ist. Auch in heutigen Netzwerken, die sich intensiv mit Kapitalismus- und Neoliberalismus-Kritik befassen und beanspruchen, feministische Sichtweisen mit einzubeziehen, ist sie praktisch inexistent. Sie ist auch abwesend in den meisten Curricula der Gender-Studies.

Dieses «Verschwinden» ist bereits in der Grundstruktur der Denktraditionen aller Wirtschaftswissenschaften und in der interdisziplinären Arbeitsteilung der Sozialwissenschaften vorgespurt, ebenso in den Kategorien der Wirtschaftsstatistik. Es braucht etliche Anstrengungen, diese nach feministischen Kategorien aufzudröseln. Grundlegend wird davon ausgegangen, dass Reichtum und Wohlfahrt nur im bezahlten Sektor produziert werden. Die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie wird zwar als wichtig für das Leben, aber nebensächlich für das Verstehen der Wirtschaft und der Dynamik einer Gesellschaft betrachtet.

Man muss von einem eigentlichen Trend der Entökonomisierung der feministischen Debatte seit den 1980er Jahren sprechen<sup>3</sup>: Die «andere Wirtschaft» und



die Geschlechterverhältnisse werden vorwiegend von Soziologinnen, Politologinnen, Kulturwissenschaftlerinnen und Psychologinnen thematisiert. Ökonomische Fragestellungen geraten schnell in den Verruf des «Ökonomismus»: Systematische Auseinandersetzungen mit ökonomischen Dynamiken und Zusammenhängen zwischen den beiden grossen und sehr unterschiedlichen Ökonomien sind selten. Auch Gender-Mainstreaming wird in der Regel ziemlich getrennt einerseits als Gleichberechtigungspolitik im Erwerbssektor und andererseits als Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesehen: eine sehr eingeschränkte Sicht, die nicht geeignet ist, die gegenwärtigen grossen Umbrüche bei bezahlter und unbezahlter Care-Ökonomie (z.B. im Gesundheitswesen) zu verstehen und adäquat zu analysieren.

Die Zukunftsdebatten und Kontroversen zu Wirtschaftsprogrammen, auch wenn sie sich als gesellschaftskritisch verstehen, beziehen sich meistens nur auf die sogenannte Wirtschaft, nicht auf die gesamte Wirtschaft. Dies lässt sich gegenwärtig auch bezüglich der Debatte über die Finanz- und Wirtschaftskrise feststellen.<sup>4</sup>

Der grosse Unterschied zwischen der feministischen Ökonomie und allen anderen Ansätzen, die sich mit Geschlechterverhältnissen in der Ökonomie befassen, liegt in der Einsicht, dass nicht nur in der sogenannten Wirtschaft, sondern auch im Haushalt und in anderen Bereichen unbezahlter Arbeit Lebensstandard produziert wird und Dienste geleistet werden, die elementar für das Leben und für das gute Leben sind. Und diese Arbeit wird vor allem von Frauen übernommen. Wenn wir die Arbeitsvolumina vergleichen, ist, wie die Grafik zeigt, «die andere Wirtschaft» in der Schweiz bedeutend grösser als die Erwerbswirtschaft. Frauen arbeiten bezahlt und unbezahlt zu über 80% in der Sorge- und Versorgungsökonomie, Männer etwa knapp die Hälfte ihrer Arbeitszeit. Erstaunlich, wie wenig in der Mainstream-Ökonomie davon die Rede ist.

### **Eine breite, verwirrende und vielschichtige Debatte**

Was jedoch die aktuellen feministisch-ökonomischen Debatten von früheren unterscheidet, ist die Tatsache, dass inzwischen viele Forschungsarbeiten vorliegen, die Statistiken besser sind und wir sehr viel mehr Faktenkenntnisse haben. Die Analysen sind differenzierter, vielschichtiger und ziemlich unübersehbar geworden.

Die Artikel dieses Kapitels der Olympe geben kurze Einblicke in die Breite und die verschiedensten Dimensionen der Care-Themen, wie sie gegenwärtig in den unterschiedlichsten sozialwissenschaftlichen Disziplinen und politischen Zusammenhängen thematisiert werden. Unter einen analytischen Hut sind sie – das ist offensichtlich – nicht zu bringen.

- 1 Gemeint sind damit die Wirtschaftsprogramme, die der Internationale Währungsfonds und die Weltbank den in Schuldenkrisen geratenen Ländern verpassten, bevor umgeschuldet wurde und neue Kredite gewährt wurden.
- 2 Die australische Ökonomin Susan Donath spricht von der «anderen Ökonomie», die im Unterschied zur «Wirtschaft» nicht primär auf die Produktion für den Markt ausgerichtet ist, sondern auf den «Unterhalt» der Menschen (maintenance of human beings, siehe dazu auch Fussnote in der Einleitung zu Kapitel 2). Die US-amerikanische Ökonomin Marylin Power spricht von «Social provisioning» (siehe Literaturverzeichnis von Ulrike Knobloch), von der Art und Weise, wie eine Gesellschaft die materielle Basis des täglichen Lebens und Überlebens organisiert. Im Jahr 2006 startete UNRISD (United Research Institute for Social Development, [www.unrisd.com](http://www.unrisd.com)) ein Forschungsprogramm zur «Political and Social Economy of Care» in acht Ländern (Argentinien, Nicaragua, Südafrika, Tanzania, Indien, Südkorea, Japan, Schweiz), das sich als interdisziplinär versteht. Zusammen mit Nadia Baghdadi bin ich am Projekt Schweiz beteiligt, dessen fünf Teilberichte noch nicht veröffentlicht sind (geplant auf Ende Dezember 2009). Sahra Razavi, die Forschungsleiterin dieses Projekts, unterscheidet zwischen direkter Care-Arbeit und unterstützender Care-Arbeit (wie Kochen für Kranke), alles unbezahlte Arbeit, welche der Sorge für und der Versorgung von Menschen dient ([www.unrisd.org](http://www.unrisd.org)). Die Grafik beruht auf Resultaten dieser Forschung.
- 3 Nancy Fraser: Feminism, Capitalism and the Cunning of History, in: *New Left Review* 46, March-April 2009.
- 4 In diesem Heft wird nicht speziell auf feministische Analysen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der damit verbundenen wirtschaftspolitischen Programme eingegangen. Es fehlt schlicht der Platz für eine genügend breite Abhandlung dieses Themas. In einigen Artikeln (Eva Klawatsch-Treitl, Anni Lanz zu Migration, im letzten Bericht) finden sich jedoch ein paar Überlegungen zum Thema.

## Ein Rückblick. Frauen – Revolution – Recht.

Eine Buchbesprechung<sup>1</sup>

Elisabeth Joris

Der vorliegende Band ist in doppelter Hinsicht ein Gewinn: wegen seines Ansatzes zum einen und der Möglichkeiten zum transnationalen Vergleich zum andern.

14 Die in Karlsruhe lehrende Rechtsprofessorin fragt nicht nur, wie Frauen als Einzelpersonen und in Gruppen oder im Rahmen von Organisationen zu den europäischen Revolutionen beigetragen haben, sondern auch, wie sich die Revolution in den verschiedenen Ländern längerfristig auf die Stellung der Frauen auswirkte. Über den politischen und familienrechtlichen Status hinaus berücksichtigt sie den Zugang zu höherer Bildung und zur Berufstätigkeit. Mit dem zeitlichen Ausblick ins 20. Jahrhundert ermöglicht sie die Verknüpfung der geschichtlichen Hintergründe mit den gegenwärtigen Entwicklungen.

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind zwar bedeutend, aber in allen waren es eher die Linken, die sich im Rahmen der Forderung nach Ausweitung der Rechte der Unterschichten für die Besserstellung der Frauen einsetzten, aber ebenso waren es überall häufig Linke, die, sobald sie an der Macht waren, die Frauen wieder ausgrenzten, da sie sich nur den «sozialen» Versprechen wie der Einführung des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts oder der Verbesserung der Bedingungen für männliche Erwerbsarbeit verpflichtet fühlten. Dabei bediente man(n) sich in allen Ländern der gleichen Muster verbaler Verunglimpfung. Politiker lobten den unentgeltlichen Einsatz von Frauen für die Ziele der Revolution und machten zugleich ihre Gleichheits- und Freiheitsbestrebungen lächerlich, bezichtigten die Aktivistinnen der unberechenbaren Leidenschaft und der Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Nur in der «Commune», dem linken Aufstand der Stadt Paris im Gefolge des deutsch-französischen Krieges von 1870/71, wurde

die aktive Partizipation der Frauen begrüsst, ebenso während der linken Räterepublik in Bayern am Ende des Ersten Weltkrieges. Ansonsten wurden Frauen immer wieder, wie beispielsweise in der Wiener Märzrevolution von 1848, auf die Aufgabe verwiesen, «die Familie dienend zu umsorgen».

Für die rechtliche Festschreibung dieser Aufgabe in den nationalen Gesetzgebungen ist die Französische Revolution von zentraler Bedeutung, das zeigt der Band vorbildlich. Hier wurde während der Revolution die Entwicklung des «droit civil» diskutiert, das dann als «Code Napoléon» für alle Länder, auch für die Schweiz, zur Leitschnur der zivilrechtlichen Stellung der Frau wurde. Überall bedeutete dies die eherechtliche Unterordnung der Frau unter die Herrschaft des Ehemanns. Einzig das Scheidungsrecht wurde gegen den Willen der restaurativen Kräfte, insbesondere der Kirchen, liberalisiert, da eine solche Liberalisierung auch den Männern nützte. Generell aber galten über alle nationalen Grenzen hinweg die im Laufe des 19. Jahrhunderts durch die liberalen Revolutionen erlangenen Freiheitsrechte nicht für die Frauen, da diese kaum auf männliche Verbündete zählen konnten. Insbesondere galt dies für die Schweiz, die zwar seit 1848 als Vorreiterin in Sachen liberaler und demokratischer Rechte galt, die aber, so die Autorin, «jedenfalls in Frauenfragen konservativer als andere Länder erscheint».

15

1 Diemut Majer: Frauen – Revolution – Recht. Die grossen europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen. Unter Einbezug von England, Russland, der USA und der Schweiz, Dike Verlag Zürich/St.Gallen 2008.



## Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Ein Rückblick.

Barbara Duden

16 Eine Einladung zu einer Ringvorlesung bot mir 2008<sup>1</sup> Gelegenheit, eine Suchbewegung in meinem Leben und eine Schrift zu überdenken, die wohl mein Urerlebnis als Feministin und als Autorin war. Damals, Mitte der 1970er Jahre, verfasste ich zusammen mit einer Freundin, Gisela Bock, einen polemischen Essay: «Arbeit aus Liebe, Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus».<sup>2</sup> In dieser Analyse der Hausarbeit im Industriesystem, die wir für die erste Sommeruniversität für Frauen im Juni 1976 vorbereiteten, argumentierten wir, dass Frauen einen Anspruch haben, für ihre unbezahlte Hausarbeit vom Staat finanziell entlohnt zu werden. Die Forderung politisch durchzusetzen, erwies sich, jedenfalls in Deutschland, als utopisch. Die Hausarbeit verschwand als Thema von der Agenda der Frauenbewegung, aber der Aufsatz machte als «Bock/Duden» Karriere und wurde für die nächste Generation junger Frauen zur Pflichtlektüre in den Gender-Studies. Mehr als dreissig Jahre später denke ich im Sinne eines Rückblicks über das «Damals» Mitte der 1970er Jahre, über unsere Analyse, über den Denkstil der Autorinnen und die Situation der Freundinnen und Frauen damals nach. Bei einem Rückblick sieht man bekanntlich, was in der Gegenwart des «Damals» nicht so beobachtet werden konnte. Ich versuche also, im Lichte des Umbruchs, den wir gegenwärtig erleben, den Tabubruch auszumessen, den wir begingen, als wir Mitte der 1970er Jahre das, was Frauen in Küche und Kinderzimmer, Ehebett und am Esstisch taten, als «Arbeit» sichtbar machten. Damals wurde die Hausarbeit noch als Wesen der Frau, als Natur des weiblichen Geschlechts angesehen und entsprechend behandelt – sie wurde nämlich für selbstverständlich gehalten. Unser analytisches Besteck sollte diese

Selbstverständlichkeit blosslegen und zum archimedischen Punkt vordringen, von dem aus die so sichtbar gemachte Macht der Frauen zum Umsturz der Gesellschaft führen müsste.

Im neuen Jahrtausend muss, wer über Hausarbeit und die Frauen nachdenkt, Folgendes im Fokus behalten:

- Die Belastungen der Frauen in den Haushalten sind nicht weniger geworden, sondern mehr, aber es ist undenkbar geworden, dies öffentlich einzuklagen. Die Hausarbeit ist unsichtbarer denn je;
- heute muss die Hausfrau als Managerin selbstverantwortlich Hausarbeit und Erwerb, Fürsorge und Geldverdienst organisieren. Ihre «Doppelbelastung» betreibt eine rhetorische Gebetsmühle;
- damals ging es um Geld für und Verweigerung von Hausarbeit, um mehr freie Zeit für sich zu haben. Dreissig Jahre später zwingen die Sozialsysteme und die Ökonomie die Frauen zu einer betriebswirtschaftlichen Rationalität, um nicht unter dem wachsenden Berg von Ansprüchen, Pflichten, Notwendigkeiten begraben zu werden;
- damals war es «Arbeit aus Liebe», heute ist die Logik der Erwerbsarbeit tief in die häusliche Sphäre eingedrungen, die geldvermittelte Symbolik wirkt nun auch dort, wo einen niemand dafür bezahlt;
- das Modell des nun untergegangenen Industriesystems (Familienernährer und femina domestica), nach dem ein Lohn zwei Menschen Unterhalt bot, sich dem «one-adult-worker-model» als ökonomisches und soziales Prinzip: Jede muss sich individuell um entlohnte Arbeit bemühen, auch wenn diese immer knapper wird und bei den meisten Frauen kaum zur Existenzsicherung reicht;
- die unbezahlte Hausarbeit der Frauen in der Familie wurde ergänzt durch die gering bezahlten häuslichen Dienstleistungen von Migrantinnen.

Damit ist angedeutet, worum es mir im Folgenden geht. Die aufgeführten Beispiele sind aus Deutschland.

### Eine folgenschwere Gesetzesrevision

In Deutschland wurden vor kurzem durch eine Gesetzesreform zur Unterhaltsregelung bei Ehescheidung die Ansprüche von Ehefrauen beseitigt, aufgrund ihrer Hausarbeit für sich Unterhaltsansprüche an den Mann stellen zu können. Über diese Reform sprach ich mit einer feministischen Beamtin, die ihr Geld als «Beauftragte für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frauen» verdient und die ich sehr schätze. Mich bewegte die Rücknahme des Anspruchs auf finanzielle Anerkennung der geleisteten Hausarbeit, die durch den Druck der Frauenbewegung erkämpft worden war. Seit Januar 2008 können Ehefrauen nichts mehr, Mütter

mit kleinen Kindern längstens bis zum Ende deren dritten Lebensjahres vom Ehemann Geldleistungen für ihre Person beanspruchen. Allein ein Kind – und nur bis zum Ende des dritten Lebensjahres – befreit die Geschiedene vom Zwang, umgehend durch Erwerbstätigkeit für ihren Lebensunterhalt sorgen zu müssen. Die Parlamentarier glauben offenbar, dass ein Dreijähriges aufhört, «Mutter» zu brauchen, und die in der Ehe verrichtete, unbezahlte Hausarbeit zählt nichts – nicht das Abwaschen von Tellern, nicht das Kochen von Kartoffeln, das Bügeln von Hemden, das Beziehen der Betten, das Schrubben von Böden und Fenstern. Und schon gar nicht zählen die Wickel um den Hals bei Husten oder die Willfährigkeit im Bett. Keiner dieser «Liebesdienste» der Hausfrau, Ehefrau und Mutter lässt sich nach der Scheidung in einem verbrieften Anspruch auf Geldtransfer quittieren.

18 Darüber empörte ich mich vor der Gleichstellungsbeauftragten und sagte etwa Folgendes: «Hieran siehst du, wie total das Bewusstsein von den Leistungen unentlohnter Hausarbeit heute getilgt ist. Müssen wir nicht die Revision des Scheidungsrechts als ein Zeitzeichen verstehen, das uns den Umbruch im Status der Frauen und ihrer unentlohten Hausarbeit im Industriesystem vorführt?» Die Kollegin war mit meiner Hinterfragung der Revision gar nicht einverstanden: «Bist du bei Sinnen», sagte sie, «das ist doch vernünftig und richtig! Die Frauen müssen zu einer <individuellen Existenzsicherung> gezwungen werden! Vor der Eheschließung muss jede wissen, dass sie nicht als <Nur-Hausfrau> zurechtkommen kann... Soll sich der Mann doch selbst Fieberwickel machen und, bitte schön, seine Hemden selber bügeln!»

Viele Frauen, viele Feministinnen sahen das auch so. Auch meine Studentinnen in Hannover wären höchst befremdet bei der Idee, dass jemand – sei es der Staat, der Arbeitgeber oder der Mann – der Frau für deren unentlohnte Hausarbeit Geld schuldet. Aber genau diese Einsicht war eine bahnbrechende Errungenschaft der Frauenbewegung. Und so muss ich feststellen, dass die Entdeckung der unbezahlten Hausarbeit der Frauen als Voraussetzung des Industriesystems in kaum einem Jahrzehnt durch einen blinden Fleck im öffentlichen Gesicht verdeckt wurde. Die Hausarbeit blieb an den Frauen hängen, sie wurde aber in ihrer gesellschaftlichen Leistung symbolisch noch gründlicher entwertet als vordem: Die, die sie tun, wollen das nicht mehr zugeben, um nicht als Hausmütterchen belächelt zu werden. Zum Königinnenweg zur Selbstbestimmung wurde seit den 1980er Jahren alternativlos die Erwerbstätigkeit. Sie wurde zum Symbol für das «Recht auf ein Stück eigenes Leben».

Doch die Hausarbeiten verschwanden nicht einfach wie Butter an der Sonne. Sie schwanden nur aus der Wahrnehmung, nicht aus der Wirklichkeit. Lassen Sie mich einige Zahlen anführen:

Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes werden in 36 Millionen Privathaushalten in Deutschland ca. 77 Milliarden unbezahlte Arbeitsstunden geleistet, davon entfallen ca. 80% auf hauswirtschaftliche Dienstleistungen, was rund 59 Milliarden Stunden entspricht. Zeitbudgetstudien zeigen, dass die Arbeitsbelastung durch Hausarbeit hoch ist, nach wie vor. Eine repräsentative Befragung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 1996 ergab, dass Frauen durchschnittlich 35 Stunden pro Woche mit Hausarbeit zu tun haben. Ökonomen berechnen folgerichtig seit den 1990er Jahren die enormen stimulierenden Potenzen dieser Sphäre als noch unerschlossenen Arbeitsmarkt, falls es gelingen kann, diesen Bereich in einen Sektor privat bezahlter, aber marktlich angebotener Dienstleistungen zu überführen. Wir müssen uns also fragen, wie es dazu kam, dass der riesige Kontinent der unbezahlten Hausarbeiten, für den wir damals Geld forderten, als Leistung der Frauen aus dem Bewusstsein verschwand, während er zeitgleich als erschliessbarer Teilbereich des Dienstleistungssystems in den Blick der Dienstleistungsökonomien rückte. Symbolische Entwertung, ja Vernichtung auf der einen Seite, noch nicht ausgeschöpfte volkswirtschaftliche Ressource auf der anderen. Noch immer rätsle ich, wieso die Ehefrau oder Geliebte des Buchhalters, die ihm die Einkäufe macht und die Socken wäscht, gar nichts leistet, während sie, würde er sie formal anstellen, zum Bruttosozialprodukt beitrüge. Was mich also umtreibt, ist die Genese dieses blinden Flecks in allen öffentlichen Verlautbarungen, in der Perspektive der Gesetzesmacher, aber eben auch der Frauen. Seine Ausbildung lief parallel zum Verblässen der feministischen Sichtbarmachung dieses blinden Flecks.

Um diesen Faden zu verfolgen, gehe ich zum Sommer 1976 zurück. Damals bereitete eine Gruppe junger Akademikerinnen in Berlin die erste Sommeruniversität für Frauen vor. Diese sollte zwar an der Universität stattfinden, aber sie sollte ausdrücklich Nichtakademikerinnen anlocken: alle Frauen, Mütter mit Kindern, Hausfrauen, Huren, Studentinnen und die Sekretärinnen in der Rostlaube, dem Bau der «Freien Universität», in dem wir zusammenkommen wollten. Und sie kamen, wohl um die 500 Frauen. Für den ersten Tag hatten Gisela Bock und ich monatelang über dem Unmöglichen gebrütet, unsere unterschiedlichen Forschungsschwerpunkte und die gegenwärtige Situation argumentativ zu verknüpfen. Ich kam aus den Studien des 18. Jahrhunderts und wusste etwas vom «Kampf um die Hosen», von Frauenmacht in der häuslichen Ökonomie des Ancien Régime und von Frauenrevolten gegen Getreidewucher und -spekulation nach Zeiten der Missernte. Gisela Bock arbeitete über die Frauengeschichte in den USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese zwei Epochen und separaten sozialen Geografien sollten in ein Argument ver-

arbeitet werden, das auf eine radikale Analyse unserer eigenen Gegenwart, der Situation der Frauen in den 1970er Jahren, hinauslaufen musste.

### **Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit**

Es ist nicht leicht, sich die Umstülpung im eigenen Denken und in den damaligen Selbstverständlichkeiten vor Augen zu führen, die hier nötig waren. Denn zualererst mussten die Blockaden abgeräumt werden, die einer fundierten Analyse der Frauen und der Hausarbeit im Kapitalismus im Wege standen.

Zunächst hemmte der Sprachgebrauch den Blick auf das, was wir sichtbar machen wollten – das Wort «Arbeit» adelt nur die Erwerbssphäre, die Hausfrau «arbeitet» nicht. In Küche, Keller und Kinderzimmer hantiert sie, so meinte man damals noch, gemäss ihrer Natur und passend zu ihrem Kulturcharakter. Seit dem 19. Jahrhundert war die neuartige ökonomische Bifurkation oder Spaltung der industriellen «Arbeitskraft» als Spaltung zwischen Frauen und Männern durch die Ideologie eines biologistischen Arguments als naturgewollt verdeckt worden. Claudia Honegger sollte später eine hinreissende Analyse dieser Verschiebung sozialer Zumutungen in naturhafte körperliche Eigenart schreiben: Die «Sonderanthropologie des Weibes» mauserte sich durch die Gynäkologie im 19. Jahrhundert zur Fachdisziplin für Hausfrau, Gattin und Mutter.<sup>3</sup>

20

Folgerichtig glaubte jeder, die Hausarbeit sei nur ein letzter Rest vormoderner oder traditioneller Plagen, die im Industriesystem und durch arbeitssparende Technologien verschwinden würden. Nicht nur die Frau galt als geschichtslos, auch ihr Tun am Kochtopf. Schon Madame Neandertaler rührte liebevoll die Suppe.

Gleichfalls war die übliche Begrifflichkeit eine Barriere. Die Sicht auf Hausarbeit im Kapitalismus war terminologisch verdeckt durch Begriffe wie Familie, Privatsphäre oder gar Konsum- und Freizeit-sphäre. In den von den Historikern Conze, Brunner und Koselleck in diesen Jahren herausgegebenen «Geschichtlichen Grundbegriffen» kamen die Hausarbeiten unter dem Stichwort «Arbeit» nicht vor, und beim Stichwort «Familie» drängte sich dem Verfasser zwar die Mutter auf, aber nicht, was es bedeutet, dass diese gleichzeitig ununterbrochen im Haus arbeitet. Es konnte nicht anders sein, denn die damals herrschende US-amerikanische Soziologie nach Talcott Parsons behandelte Hausarbeit mit dem Bestock der «Frauenrolle» oder der Familien-Ideologie.

Schliesslich galt der marxistischen politischen Ökonomie die Hausarbeit als vorkapitalistisches Relikt, das im Orkus der gesellschaftlichen Organisation von Kinderkrippen und Gemeinschaftsküchen verschwinden würde. Die ältere Schule der Nationalökonomie und die Volkswirtschaftler der 1920er Jahre hatten noch die wirtschaftliche Funktion von Hausarbeit im Blick und ihren gesellschaftli-

chen, wenn auch nicht bezahlten Wert ermassen und betont. Die Frauen der Ersten Frauenbewegung hatten daran anknüpfen können. Aber die Volkswirtschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg, die *new classical economics*, hatten in ihren statistischen Modellen und Kategorien Hausarbeit systematisch ausgeschlossen: Sie gilt als unproduktiv und – da unentlohnt – geht nicht in die Berechnungen des Bruttosozialprodukts ein. Gary Becker berechnet zwar den Wert von Heirat, Familie oder Kindern, aber nur im Rahmen des «rational choice» in einer Theorie des ökonomischen Verhaltens als anthropologischer Konstante.

Das war also die Situation, die wir in der Einleitung zur ersten Sommeruniversität festhielten: «Die herkömmliche Wissenschaft meinte mit «Frauenarbeit» immer nur die entlohnte Arbeit, die Hausfrau wurde in den Wissenschaften nie behandelt, weder sie noch ihre Arbeit waren bisher ein erkenntniswürdiger Gegenstand. Der Grund: Hausarbeit wurde als das Wesen der Frau, als Natur des weiblichen Geschlechts angesehen und entsprechend behandelt – nämlich für selbstverständlich gehalten» (Bock/Duden, Einleitung, S. 17).

In meinem Exkurs über die vormoderne Epoche entwickelte ich die These, dass es «die Hausarbeit» vor dem 20. Jahrhundert nicht gegeben hat – weder materiell noch formell, noch als Erlebnisstoff. Die konkreten Tätigkeiten der Frauen beim Waschtrog am Fluss, der Bäuerin am Herd oder der Kerzen ziehenden Krämersfrau können nicht als «Hausarbeit» bezeichnet werden, wenn wir die Vergangenheit nicht retrospektiv kolonisieren wollen. Die moderne unbezahlte Hausarbeit entstand erst mit dem Industriesystem. Gisela Bock zeichnete die Schübe in Heraufkunft, Organisation und Verallgemeinerung der modernen unentlohnten Hausarbeit als Arbeit aller Frauen nach und machte ihre Genese an drei Stationen sichtbar: an der Bewegung zur Effizienzsteigerung von Hausarbeit durch deren systematische Rationalisierung in den 1920er Jahren; an der Verallgemeinerung der Kleinfamilie im Zuge des 20. Jahrhunderts, insbesondere in den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg; schliesslich zeigte sie an der Steuergesetzgebung und der Familienpolitik, dass und wie der Staat die Hausarbeit der Ehefrauen und Mütter ermöglichte und erzwang. Ich greife im Folgenden auf Gisela Bocks Argumente zurück.

21

### **Effizienzsteigerung als Gegenstand industrieller Gesellschaftsplanung**

Seit dem späten 19. Jahrhundert und massiv in den 1920er Jahren wurde in den Wissenschaften die Produktivität im Haushalt als ein Mittel untersucht, die Produktivität des Lohnarbeiters zu fördern, ja als dessen Voraussetzung zu schaffen. Hausarbeit wurde als ein Hebel entdeckt, mit dem sich die Qualität der Arbeitskraft fördern liess. In den 1920er Jahren verlängerte sich das Fließband bis in die Küche und ins Schlafzimmer hinein, «wurde von der Endmontage der Auto-

fabriken bis in die Primärmontage der Arbeitskraft im Haushalt vorgeschoben». Gisela Bock untermauerte ihre Aussage mit einem Zitat aus einem 1912 veröffentlichten Buch über *home efficiency*: «Das Heim ist Teil einer grossen Fabrik für die Produktion von Bürgern», sowie aus dem Buch «Home Efficiency» des amerikanischen Soziologen Talcott Parsons über die Familie des 20. Jahrhunderts: «Familien sind ‹Fabriken›, die menschliche Persönlichkeiten produzieren.» Das bedeutete: «Das Fabrikssystem griff in den 1920er Jahren auf die ausserbetriebliche Gesellschaft über (...) und unterwarf sich in erster Linie die Hausarbeit und durch sie die Frauen. (...) Man begann, in Dollar und Cent, das ‹Kapital› an Kindern zu kalkulieren und ob Frauen in der Fabrikarbeit oder in der Hausarbeit einen grösseren Kapitalzuwachs bedeuteten.» Die Rationalisierungsbewegung zeigte also eindeutig: «Die moderne Hausarbeit, die die Produktion dieser ‹menschlichen Maschine› (einschliesslich der dazu nötigen Sexualität) ebenso umfasst wie ihre Reproduktion (einschliesslich von Konsumarbeit und unmessbaren Liebediensten), war neu und lag weit jenseits von feudalen oder gar ‹naturhaften› Replikten. Sie wurde durch die Industrialisierung nicht etwa tendenziell aufgehoben, sondern überhaupt erst erforderlich gemacht.» (Alle Zitate aus Bock/Duden, S. 165f.)

22

### Die Kleinfamilie als Organisation von Hausarbeit

Dieser Umbau des Haushalts zum Ort der Reproduktion und Erholung des Mannes durch die Arbeit seiner Frau wurde erst möglich durch die Verallgemeinerung der Kernfamilie als «Organisationsform der unbezahlten weiblichen Hausarbeit» und der Hausarbeit als natürliche und damit natürlich unbezahlte Arbeit der Frau im «Herzen der Familie». Es liess sich zeigen, dass die massive Politik zur Konsolidierung von Ehe und Familie, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, keineswegs «konservativ» gewesen war und nicht beabsichtigt hatte, eine vermeintlich «traditionelle» Lebensform abzustützen. Nein. Im Gegenteil sie war sozialpolitisch und volkswirtschaftlich hoch funktional! Die Kernfamilie, der private Haushalt als Hort für den Mann und die Kinder, war eine Voraussetzung für die Organisation des Binnen- und des Arbeitsmarktes für das Wirtschaftswunder. Beim Kauf der Waschmaschine zwischen Siemens, Miele und AEG zu wählen war Frauenarbeit, überwältigend oft gingen die Investitionen in die weissen Waren im «privaten Sektor» durch Frauenhände. Auch die häusliche Liebesarbeit der weiblichen Eehälfte in den 1950er Jahren war nicht konservative «Frauenrolle» und «Familienideologie», sondern erwuchs aus einer systematischen Mobilisierung der für die Arbeitskraft des Ernährers funktionalen Aufmerksamkeitsarbeit auf die Paarbeziehung. «Dass es in einer Ehe wichtigere Dinge gibt als einen blank gescheuerten Fussboden», hiess es

1955 in der Zeitschrift «Brigitte», denn «es gibt wohl keinen Mann, der eine gepflegte, ausgeruhte Frau nicht einem gepflegten Haushalt vorziehen würde.» Im Register der Hausarbeiten kamen die Leistungen der in Seelendingen kompetenten Reparateurin hinzu, die der Mann von seiner Frau erwartete. Die für das ganze 20. Jahrhundert präzedenzlose Verheiratungsdichte in den 1950er Jahren, die Durchsetzung der Ehe als für alle gültige Lebensform, machte es, so die Historikerin Ulrike Lindner, möglich, dass jeder Mann eine Hausfrau sein Eigen nennen durfte – während die Hausarbeit so umstrukturiert wurde, «dass sie von einer Person, der Hausfrau, auf hohem Niveau allein ausgeführt werden konnte.»<sup>4</sup>

### Staat als Arbeitgeber der Frauen

An der Sozialpolitik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts liess sich verfolgen, wie der Staat in die Position des Arbeitgebers der (Haus-)Frauen rückte: Die Berufsausbildung für Frauen konzentrierte sich auf deren Ausbildung zu effizienteren Müttern und Haushälterinnen; die arbeitsmarktorientierte Sozialpolitik förderte die Hausarbeit durch den Einschluss von nicht erwerbstätigen Ehefrauen in die Krankenversicherung, durch die Einführung von Müttergeld, durch den Mutterschutz. Vor allem die Debatten der Experten zu den Lebenshaltungskosten (erstmalig beispielhaft in der Weltwirtschaftskrise) dokumentieren den direkten Zusammenhang zwischen Reallohnsenkung und Effizienzsteigerung der Hausarbeit: Die im Haus arbeitende Frau wurde von den Gesellschaftsplanern entdeckt als «diejenige, die fähig ist, das Rätsel zu lösen, wie man die Lebenshaltungskosten senken kann» (Bock/Duden, S. 174). Die weibliche Hausarbeit wurde in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht nur allgemein als Instanz der Generation und Regeneration der Arbeitskraft gesehen, sondern ganz bewusst konzipiert als Beitrag zum Reallohn des Mannes. Die Einrichtung eines differenzierten, nach Familienstand abgestuften Lohnsteuersystems machte den Staat zum Garanten einer Familienstruktur und von Hausarbeit. Das finanzielle Entgelt – der Unterschied zwischen den Steuerklassen – kam dem Ehemann, nicht der Hausarbeiterin selbst zu. Diese Steuerung der Hausarbeit durch Steuersätze bewirkte, dass die Frau, finanziell vom Mann abhängig, seinen Familienlohn streckte, so die Lebenshaltungskosten senkte und es damit dem Arbeitgeber möglich machte, den Lohn des Mannes niedrig zu halten; umgekehrt vermochte die unbezahlte Arbeit der Hausfrau mehr Geld einzusparen, als sie durch eine unterbezahlte Berufstätigkeit als «Zusatzverdienerin» zu erhalten hoffen konnte.

Die Charakteristika der Frauenerwerbsarbeit dieser Jahrzehnte, die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach der Heirat bzw. spätestens nach der Geburt

23

des ersten Kindes und die Förderung von familienkompatibler Teilzeitarbeit ebenso wie die Steuer- und Sozialpolitik zeigen, dass Staat und Ökonomie den Wert der Hausarbeit kalkulierten.

John Kenneth Galbraith, ein einflussreicher Wirtschaftswissenschaftler, bündelte diesen Prozess der Hausfrauisierung 1973 auf dem Höhepunkt seiner Durchsetzung: «Die Umwandlung der Frauen in eine auf unsichtbare Weise dienende Klasse war eine ökonomische Leistung ersten Ranges. Dienstboten für gesellschaftlich unterbewertete Arbeiten standen einst nur einer Minderheit der vorindustriellen Bevölkerung zur Verfügung: die dienstbare Hausfrau steht jedoch heute auf ganz demokratische Weise fast der gesamten männlichen Bevölkerung zur Verfügung» (Bock/Duden, zit. S. 177). Die Schaffung, Verallgemeinerung und Institutionalisierung der Hausarbeit und das heisst, die damals effizienteste Subsumtion der Hausarbeit, unters Kapital im fordistischen Industriesystem, war damals auf ihrem Höhepunkt.

#### **Lohn für Hausarbeit**

Gisela Bock folgerte: Für einen Lohn erhält der Unternehmer bzw. der Staat zwei Arbeitskräfte, das Lohnverhältnis verbirgt die Gratisarbeit der Frau, alle Arbeit erscheint als entlohnte bzw. als bezahlte Arbeit, und umgekehrt: Was nicht entlohnt wird, erscheint nicht als Arbeit. Die Frauen sind nicht nur das «Herz der Familie», sondern das Herz des Kapitals. Es steht und fällt damit, sich ihrer Liebe, ihrer «Natur», ihrer Arbeit umsonst bedienen zu können.

Folgerichtig ging es uns darum, Lohn für Hausarbeit vom Staat zu fordern. Die damaligen Thesen liessen sich an neueren Studien zu den 1950er, 1960er Jahren weiter erhärten. Die Nachkriegszeit bis in die frühen 1970er Jahre bildete die Hochphase dieser Durchsetzung und Verallgemeinerung der unbezahlten Hausarbeit. Sie war das Rückgrat, die unsichtbare Basis des Wirtschaftsaufschwungs in den Entwicklungsdekaden nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuere Studien erlauben es auch, diese schrittweise rhetorische Abwertung des Arbeitscharakters, der materiellen Leistungen der Hausarbeit, seit den 1950er Jahren genau zu verfolgen. Sie zeigen, wie die Beziehungsarbeit stärker in den Vordergrund rückte und die wachsende «Doppelbelastung» im Gewand des Zuverdienstes in Teilzeit selbstverständlich wurde – weitgehend, um das Geld der Zuverdienerin in Haushaltsgüter zu stecken, so dass sie mehr Zeit für die Erziehung der Kinder hatte. «In Umfragen der 1960er Jahre», so Ulrike Lindner, «fühlten sich nichterwerbstätige Frauen von der Hausarbeit stark belastet, berufstätige Frauen, die meist in Teilzeit zum Familieneinkommen beitragen wollten, klagten über völlige Überlastung.»<sup>5</sup>

#### **Die Analyse von «damals» aus der Sicht von «heute»**

Zeitgeschichtlich stand unser Vortrag am Scheitelpunkt einer Wende, die erst im Rückblick erkennbar ist. Unsere Leistung damals lag vor allem darin, die Leistungen der Frauen in der «privaten Sphäre», also die Hausarbeit, aus dem Nebel der Naturhaftigkeit und Ungeschichtlichkeit gelöst zu haben und ihren unerhörten, eben unbezahlten und unbezahlbaren Wert für das kapitalistische Industriesystem sichtbar gemacht zu haben. Mehr noch, wir brachen ein in den Nachkriegsjahren verfestigtes Tabu, als wir die liebenden Tätigkeiten Hausarbeit nannten und dafür Geld vom Staat forderten.

Rückblickend lässt sich zudem erkennen, dass der Umbau vom fordistischen Industriesystem, das auf dem Ehepaar und der unbezahlten Hausarbeit der Frau in der Familie basierte, zum «one-adult-worker-model» bereits in Gang war, als wir den Aufsatz schrieben. Die neue Ökonomie basiert nicht mehr auf Familiernährer und unbezahlter Hausfrau, sondern auf dem Erwerbsarbeitszwang für alle und den Hausarbeiten weitgehend von Frauen. Die Reallohnkürzungen und die Kürzungen in den Renten- und Sozialsystemen, z.B. die geplante Kürzung der «grossen Witwenrente», laufen auf das Erzwingen individueller Existenzsicherungen durch Erwerbsarbeit auch der (Haus-)Frauen und Mütter hinaus. Aus der Ehe (und der Hausarbeit) lässt sich keine längerfristige finanzielle Absicherung der Ehefrau mehr schaffen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Hausarbeit, wenn vormals institutionell getragene Lasten «reprivatisiert», in die Haushalte zurückgeschoben werden. Die «Doppelbelastung» verlangt heute einen neuen Typus von Frau als Managerin der betriebswirtschaftlichen Organisation ihres Haushaltes, ihrer Kinder und ihrer «Vereinbarkeitsproblematik». Gefordert wird nicht mehr das Strecken des Einkommens durch Stopfen, sondern Erwerbsarbeit und betriebswirtschaftliches Zeitmanagement zu Hause. Vom Ehemann und vom Staat können Frauen mit kleinen Kindern nichts mehr fordern. Die Lage der alleinerziehenden Mütter zeigt das neue Regime ganz klar: In Deutschland wurde das «Müttergeld», das Frauen mit Kleinkindern zumindest zwei Jahre lang einen staatlichen monatlichen Zuschuss gewährte, durch ein «Eltern»-Geld ersetzt, das nur als Lohnersatzzahlung beansprucht werden kann. Die alleinerziehende Mutter muss erwerbstätig sein – von «welfare to workfare mother»!

#### **Eine neue Debatte um den blinden Fleck**

Die Debatte um die Hausarbeit müsste neu beginnen. Ebenso müsste die Soziogenese des blinden Flecks genau untersucht werden, in deren Verlauf die Hausarbeit, die unbezahlte Arbeit der Frauen, in den letzten Jahrzehnten unsichtbar wurde – auch die Heraufkunft des blinden Flecks in unserem eigenen Blick auf die Gesellschaft. Wieso und seit wann sprechen wir von «Care» und nicht mehr



von unbezahlter Hausarbeit? Wieso sehen wir deren industriegesellschaftliche Bedeutung nicht mehr – während sie von Sozialplanern berechnet wird, die die Kommerzialisierung und «De-Familiarisierung» dieses Sektors propagieren? Die «Versorgungslücke», die die Erwerbsarbeit der Frauen mit sich brachte, wird in der neuen globalen Arbeitsteilung zwischen erwerbstätigen Frauen und «privat» dienstleistenden Migrantinnen geschlossen, und die staatlichen Migrationsregime sorgen dafür, dass diese in der Illegalität oder mit einer beschränkten Arbeitserlaubnis billige Arbeit leisten. Die Hausarbeit als Basis des älteren Industriesystems brauchte eine polarisierende normative Geschlechterordnung, der neue Kapitalismus wird gestützt durch eine Gleichheitsrhetorik, in deren Blickwinkel allein die Erwerbsarbeit steht. Die Hausarbeiten sind nicht weniger geworden, sie können aber als Leistungen nicht mehr öffentlich benannt werden. Janine Brodie hat die Lage auf einen klaren Begriff gebracht. «Wir stehen», so sagt sie, «vor der Erosion von Geschlecht bei gleichzeitiger Feminisierung der Lasten.»

26

- 1 Zu einem Vortrag im Rahmen einer Ringvorlesung des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung im Frühjahrssemester 2008 mit dem Titel: «Who cares? Nannies, nurses and night shifts. The social and political economy of care and its implications for love, money and time.» Das Referat wurde für die Veröffentlichung in dieser Nummer der Olympe leicht überarbeitet.
- 2 Gisela Bock, Barbara Duden: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.) I: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977, S. 118–199.
- 3 Claudia Honegger: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaft vom Menschen und das Weib, Frankfurt a.M. / New York 1991.
- 4 Ulrike Lindner: Rationalisierungsdiskurse und Aushandlungsprozesse. Der moderne Haushalt und die traditionelle Hausfrauenrolle in den 1960er Jahren. In: Matthias Frese, Julia Paulus, Karl Teppe (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, Paderborn 2005, S. 100.
- 5 Lindner, S. 101.

## Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie

Ulrike Knobloch

In diesem Artikel möchte ich eine Sorgeökonomie (engl.: care economics) als allgemeine Wirtschaftstheorie andeuten, die sich mit bezahlter Sorgearbeit in den verschiedenen Sektoren der Erwerbswirtschaft (Unternehmen, Staat, Non-Profit-Sektor) ebenso wie mit unbezahlter Sorgearbeit in der Haus- und Versorgungswirtschaft auseinandersetzt.<sup>1</sup> Die unbezahlte Arbeit, die auch heute noch überwiegend von Frauen geleistet wird, wird dadurch in ihrem Umfang und ihrer Bedeutung sichtbar und systematisch in die ökonomische Theoriebildung einbezogen. Dabei ist es wichtig, zu sehen, dass es eine Vielzahl von Überlegungen gibt, die ökonomische Theorie so zu erweitern, dass der gesamte Bereich bezahlter und unbezahlter Sorgetätigkeiten mit ihren besonderen Merkmalen in die Analyse einbezogen wird.<sup>2</sup>

Im Folgenden werde ich meinen eigenen Zugang zu einer Sorgeökonomie skizzieren, wobei ich mich auf verschiedene andere sorgewirtschaftliche Ansätze beziehen werde. Meine Ausgangsthese lautet, dass die Sorgeökonomie kein Randgebiet ökonomischer Theoriebildung ist, sondern ein allgemeiner Theoriebereich, der vielen anderen Wirtschaftsbereichen als Grundlage dient bzw. dienen müsste, wobei die Theoriebildung erst am Anfang steht. Ansatzpunkte meiner Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie (Knobloch 2006, 2008), auf die ich im Folgenden näher eingehen werde, sind

- eine *Methode* jenseits des in der Mainstream-Ökonomie verbreiteten methodologischen Individualismus, der von einzelnen Wirtschaftssubjekten ausgeht, ohne sich für deren soziale und institutionelle Einbettung zu interessieren,
- die Bestimmung eines ökonomischen Gegenstandsbereichs, also dessen, was

27



unter Ökonomie zu verstehen ist, und seine Erweiterung über den Marktbe-  
reich hinaus sowie

– ein *Handlungsmodell* jenseits des am eigenen Nutzen orientierten Handelns  
voneinander unabhängiger Wirtschaftssubjekte.

#### **Methode: genderbewusste Wirtschaftsethik**

«[E]thical judgements are a valid, inescapable, and in fact desirable part of an eco-  
nomic analysis. ... [H]uman well-being should be a central measure of economic  
success.»<sup>3</sup> (Power 2004: 5)

An der Methode ansetzen bedeutet sich darüber klar werden, wie wir über öko-  
nomische Fragen nachdenken. Das Studium der Volkswirtschaftslehre in den  
1980er Jahren hinterliess bei mir das schale Gefühl, dass mit dem, was ich lernte,  
etwas ganz grundsätzlich nicht stimmte. Erst viel später konnte ich dieses Gefühl  
auf den Punkt bringen: Wirtschaftstheorie ist entgegen den Behauptungen mei-  
ner damaligen Professoren (!) nicht wertfrei und auch nicht – aber darüber wurde  
nicht einmal in Ansätzen gesprochen – geschlechtsneutral, sondern beruht auf  
normativen Voraussetzungen. Um das ökonomische Denken nicht auf fragwürdige  
Normen und Werte zu basieren, gilt es zunächst einmal, sich diese normativen  
Voraussetzungen, die den ökonomischen Theorien zugrunde liegen, bewusst zu  
machen: zum Beispiel Effizienz, Gewinn- und Nutzenmaximierung, Orientierung  
an den Präferenzen sowie grenzenloses Wachstum und die als selbstverständlich  
zugrunde gelegte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oder die sozialen Un-  
gleichheiten aufgrund von Geschlecht, Klasse und Ethnizität.

Die integrative Wirtschaftsethik, die ich in den 1990er Jahren am Institut für  
Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen kennenlernte, ist ein Ansatz, der zum  
einen kritisch-reflexiv die dem Wirtschaften eigenen Normen und Werte sichtbar  
macht und zum anderen die Dimensionen einer lebensdienlichen Ökonomie be-  
stimmt (Ulrich 2005). Allerdings bleiben auch bei diesem Ansatz die Kategorie  
Geschlecht und der ganze Bereich der unbezahlten Arbeit ausgeklammert. Des-  
wegen entwickelte ich die integrative Wirtschaftsethik zu einer geschlechterbe-  
wussten Wirtschaftsethik weiter, die über die Voraussetzungen des Wirtschaftens  
in einem modernen Wirtschaftssystem reflektiert und dabei nicht die Augen davor  
verschliesst, dass zu den Voraussetzungen, die jedes moderne Wirtschaftssystem  
für seine Existenz benötigt, neben der Erwerbsarbeit auch die versorgungswirtschaftlichen  
Tätigkeiten gehören (Knobloch 1993).

Bei der Entwicklung einer geschlechterbewussten reflexiven Methode konnte ich  
auf Vorarbeiten zurückgreifen. Von zentraler Bedeutung war dabei der Bielefelder  
Subsistenzansatz, der mich durch seine Kapitalismuskritik und seine entwick-

lungspolitische Perspektive beeindruckte. Schon Ende der 1970er Jahre haben  
die drei Subsistenztheoretikerinnen Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies  
und Claudia von Werlhof die Bedeutung der Subsistenz für jedes Wirtschafts-  
system hervorgehoben (Bennholdt-Thomsen et al. 1992; Bennholdt-Thomsen &  
Mies 1997; Mies 1990). Dadurch wurde mir klar, dass Wirtschaftssysteme als reine  
Subsistenzwirtschaften auch ohne Erwerbswirtschaft grundsätzlich möglich sind,  
dass es aber Wirtschaftssysteme ohne Subsistenz- bzw. Versorgungswirtschaft  
bisher noch nicht gegeben hat und solche nur schwer vorstellbar sind, da die  
Erwerbswirtschaft auf die Leistungen in der Versorgungswirtschaft elementar  
angewiesen ist (Jochimsen & Knobloch 1997).

Ein weiterer wichtiger methodischer Schritt, der auf die integrative Wirtschaft-  
sethik zurückgeht, ist die Unterscheidung von zwei Dimensionen lebensdienli-  
chen Wirtschaftens, die dem Effizienzdenken vorgelagert sind: Das ist zum einen  
die Frage nach dem Sinn des Wirtschaftens und zum anderen die Frage nach  
der Legitimität des Wirtschaftens (Ulrich 2005: 28 f.). Doch auch diese beiden  
Dimensionen des Wirtschaftens gilt es in eine geschlechterbewusste Richtung  
weiterzudenken.

Bei der Sinnfrage geht es um das grundlegende Ziel des Wirtschaftens: Wozu  
wirtschaften wir überhaupt? Dem Wirtschaften selbst kommt nur eine dienende  
Rolle zu, so dass auch Effizienz, Gewinn- und Nutzenmaximierung sowie das Er-  
füllen von am Markt geäusserten Präferenzen<sup>4</sup> allenfalls nachrangige Ziele sein  
können. Die Suche nach einem übergeordneten allgemeinen Ziel des Wirtschaftens  
führt uns mitten hinein in die philosophische Frage nach dem guten Leben.  
Eine überzeugende Antwort auf die jahrtausendealte Frage, was gutes Leben  
ist, ist der Fähigkeitenansatz, wie er von der Philosophin Martha Nussbaum und  
dem Ökonomen Amartya Sen entwickelt wurde (Nussbaum 2003, Sen 2000). Als  
übergeordnetes Ziel wirtschaftspolitischer Massnahmen wird danach die Erwei-  
terung der menschlichen Fähigkeiten angesehen – verstanden als das, was Men-  
schen in ganz grundlegender Weise tun und sein können. Die Entwicklung der  
Fähigkeiten von Frauen und Männern bietet auch für die Sorgeökonomie ein  
anzustrebendes Ziel (Benería 2008: 12 ff.). Dagegen sind die in der Mainstream-  
Ökonomie im Vordergrund stehenden Präferenzen eine problematische Ziel-  
grösse, vor allem deswegen, weil in ihnen häufig eine konservative Grundhaltung  
durchschlägt, wodurch die Gefahr besteht, die traditionelle Rollenverteilung und  
die immer noch geringe Wertschätzung der versorgungswirtschaftlichen Tätigkei-  
ten zu zementieren (Nussbaum 2003: 17).

Bei der Legitimitätsfrage geht es um die Frage nach dem gerechten Zusammen-  
leben der Menschen: Wem nützt und wem schadet der Wirtschaftsprozess? Wer sind  
die GewinnerInnen und wer die VerliererInnen des wirtschaftlichen Handelns

gerade auch in Zeiten weiter zunehmender wirtschaftlicher Globalisierung? Aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebenssituationen haben der Wirtschaftsprozess und die ökonomische Globalisierung unterschiedliche Auswirkungen für Frauen und Männer (Wichterich 2003). Gleichzeitig sind Frauen und Männer keine homogenen Gruppen (Power 2004: 5). Zusätzlich zur Kategorie Geschlecht verstärken weitere Kategorien die sozialen Ungleichheiten, vor allem die Kategorien Klasse und Ethnizität, aber auch Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung. In der Geschlechterforschung wird diesem Phänomen mit dem Begriff der Intersektionalität Ausdruck verliehen.

### **Gegenstandsbereich: Lebensweltökonomie**

«[C]aring labor and domestic labor are vital parts of any economic system and should be incorporated into the analysis from the beginning, not shoehorned in as an afterthought.»<sup>5</sup> (Power 2004: 4)

Durch die Sorgeökonomie wird der ökonomische Gegenstandsbereich erweitert. Was wird aber überhaupt unter Ökonomie verstanden? Grundsätzlich geht es in der Mainstream-Ökonomie um den effizienten Umgang mit knappen Mitteln, wobei als knapp vor allem Kapital, Arbeit und Boden gelten. Wohingegen neben Natur und Umwelt auch die zum Grossteil von Frauen geleistete unbezahlte Arbeit als natürliche Ressource angesehen wird, das heisst, diese in Wirklichkeit knappen Mittel erscheinen als in beliebigem Ausmass frei verfügbar.

Erst die feministische Kritik hat deutlich gemacht, dass die für unbezahlte Arbeit eingesetzte Lebenszeit ebenfalls eine knappe Ressource ist und die ökonomische Analyse um den ganzen Bereich der unbezahlten (oder schlecht bezahlten) Arbeit zu erweitern ist. Denn der «Wohlstand der Nationen» (Adam Smith) wird nicht nur in der Erwerbswirtschaft, sondern in durchaus vergleichbarer Grössenordnung auch in der unbezahlten Versorgungswirtschaft erzeugt. Dabei zählt zur Versorgungswirtschaft der gesamte Bereich des Wirtschaftens im und um den Haushalt, also insbesondere die Hausarbeit, die Betreuung und Pflege von Angehörigen, Nachbarschaftshilfe und andere Formen der Freiwilligenarbeit. Diese Tätigkeiten sind für jedes Wirtschaftssystem überlebenswichtig, so dass jede Gesellschaft ein grosses Interesse daran haben muss, dass sie bereitgestellt werden. Eigentlich ist es erstaunlich, dass die unbezahlte Haus- und Versorgungswirtschaft seit der klassischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts in der ökonomischen Wissenschaft ein Schattendasein führt. Bei Aristoteles und seinen Nachfolgern noch Kern des ökonomischen Denkens, wird die unbezahlte Haus- und Versorgungswirtschaft bei Adam Smith, der als der Begründer der modernen ökonomischen Wissenschaft gilt, nicht mehr mitgedacht. Stattdessen verschiebt sich der

Ökonomiebegriff in dieser Zeit von der Hauswirtschaft auf die neu entstehende Marktwirtschaft.

Eine nur auf die Erwerbswirtschaft bezogene Ökonomie unterliegt der *Tischlein-deck-dich-Vorstellung*, dass sich wie im Märchen der Tisch selbst deckt und entsprechend der Kühlschrank sich selbst füllt, das Essen sich selbst kocht, die Wäsche sich selbst wäscht und so weiter (Knobloch 2002). Diesseits der Märchenwelt sind diese Tätigkeiten jedoch ganz real von Menschen zu leisten, denn kleine Kinder können sich nicht selbst betreuen, kranke, pflegebedürftige und alte Menschen sich nicht selbst pflegen. Deshalb ist der gesamte Bereich des Wirtschaftens, der für die Versorgung der Menschen mit dem zum (guten) Leben Notwendigen zuständig ist, in den Gegenstandsbereich der Ökonomie einzubeziehen.

Analog zum Ökonomiebegriff beschränkt sich auch die weitverbreitete Vorstellung von Arbeit auf die bezahlten Tätigkeiten in der Erwerbswirtschaft. Diese hier genauer als «Erwerbsarbeit» bezeichneten Tätigkeiten sind aber nicht die einzige Form von Arbeit. Mindestens ebenso bedeutsam ist die Versorgungsarbeit, die unbezahlt im und um den Haushalt geleistet wird. Versorgungsarbeit ist für den Einzelnen wie für die Gesellschaft notwendige Arbeit. Sie ist an anderen Zielen orientiert als die Erwerbsarbeit, denn es steht nicht die Einkommenserzielung, sondern die Versorgung der Menschen mit dem zum (guten) Leben Notwendigen im Vordergrund.

Um nicht zahlreiche im Wirtschaftsleben notwendige Leistungen unberücksichtigt zu lassen, muss somit ein erweiterter Arbeitsbegriff zugrunde gelegt werden, der unter Einbezug aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten erwerbs- und versorgungswirtschaftliche Tätigkeiten umfasst. Arbeit wird dann von anderen Tätigkeiten nicht mehr über das Einkommen abgegrenzt, sondern mit Hilfe des Drittpersonen-Kriteriums. Ob etwas Arbeit ist oder nicht, entscheidet sich danach, ob es sich um Tätigkeiten handelt, die auch von einer dritten Person übernommen werden können – dann handelt es sich um Arbeit –, oder ob man sie selbst tun muss, um in den Genuss der Tätigkeit zu kommen – dann handelt es sich nicht um Arbeit. Nach dem Drittpersonen-Kriterium sind somit alle Aktivitäten Arbeit, die an Dritte delegiert werden können. Beispiele sind Mahlzeiten zubereiten und Wäsche waschen, denn diese Tätigkeiten können auch von anderen ausgeführt werden, Essen und Schlafen sind dagegen keine Arbeit, denn das muss jede und jeder selbst tun, um satt und ausgeschlafen zu sein. Durch empirische Untersuchungen wie Zeitbudgeterhebungen, Satellitenkonten zur Haushaltsproduktion und Freiwilligensurveys sind zum einen Umfang und Wert der unbezahlten Arbeit sichtbar gemacht worden und zum anderen, damit verbunden, die immense Bedeutung, die diese Arbeit für jede Gesellschaft hat.

Eine Wirtschaftstheorie, die sich mit der bezahlten und der unbezahlten Arbeit auseinandersetzt und beide Bereiche systematisch zusammen denkt, steht noch aus. Als ein erster Ansatz in diese Richtung ist die Lebensweltökonomie zu verstehen. Der Begriff «Lebensweltökonomie» wurde geprägt für bestehende und neue Ansätze, die die erwerbsorientierte Wirtschaftsweise in ihren lebensweltlichen Kontext einbetten und damit das gesamte wirtschaftliche Geschehen in einen gesellschaftlichen, ökologischen, historischen, räumlichen und normativen Zusammenhang stellen (Jochimsen, Kesting & Knobloch 2004). Zusätzlich in den Blick rückt dadurch der gesamte unbezahlte Bereich, in dem auch ökonomisch gehandelt wird, insofern hier Lebenszeit sowie materielle und finanzielle Ressourcen direkt oder indirekt zur eigenen oder zur Versorgung anderer Menschen eingesetzt werden. Der Lebensweltökonomie geht es um eine systematische Verbindung von erwerbswirtschaftlichen und versorgungswirtschaftlichen Tätigkeiten, wobei sie auch die Verschiebungen, die zwischen den beiden Bereichen stattfinden, in den Blick nimmt. Dabei interessiert sich die Lebensweltökonomie insbesondere für die Überschneidungen von Erwerbs- und Versorgungswirtschaft, wie Haushaltsproduktion, Eigenarbeit und Subsistenzwirtschaft, Pflege sowie andere soziale Dienstleistungen, und nimmt die Besonderheiten der Tätigkeiten in diesen Grenzbereichen in den Blick.

32

#### **Handlungsmodell: sorgendes Wirtschaften**

«[H]uman agency is important. ... This emphasis on agency means that questions of power, and unequal access to power, are part of the analysis from the beginning»<sup>6</sup> (Power 2004: 5).

Für die nur noch über das Handlungsmodell des geschlechtsneutralen Nutzenmaximierers bestimmte ökonomische Mainstream-Wissenschaft gehört alles zur Ökonomie, was durch die Brille des am eigenen Nutzen interessierten Handelnden betrachtet werden kann. Doch dieses Handlungsmodell greift überall dort zu kurz, wo es um zwischenmenschliche Entscheidungsprozesse und den verantwortlichen – und eben nicht nur effizienten – Umgang mit knappen Gütern wie zum Beispiel Zeit, Bodenschätze und Trinkwasser geht. Auch auf die Frage «Wer soll in Zukunft die für jede Gesellschaft notwendige unbezahlte Arbeit leisten?» kann der eigeninteressierte Nutzenmaximierer keine sinnvolle Antwort geben. Welche Motive sind dagegen beim sorgenden Handeln handlungsleitend? Vor dem Hintergrund der ökologischen Krise hat sich Anfang der 1990er Jahre das *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* – ein Netzwerk von an ökonomischen Fragen interessierten Frauen, die aus ganz verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen kommen und in vielfältigen Bereichen der Gesellschaft tätig sind – auf

die Suche nach Alternativen zum verkürzten ökonomischen Handlungsmodell begeben (Busch-Lüty u.a. 1994, Biesecker 2000). Ausgehend von den speziellen Lebenszusammenhängen von Frauen, die immer noch stark in der Versorgungswirtschaft eingebunden sind, wurden die in diesem Bereich wirksamen Handlungsprinzipien herausgearbeitet. Die drei zentralen Handlungsprinzipien, die den in der Erwerbswirtschaft dominierenden entgegenstehen, sind: Kooperation statt Konkurrenz, Vorsorge statt Nachsorge und die Orientierung am zum (guten) Leben Notwendigen statt an monetären Grössen. Diese Handlungsprinzipien behalten auch in der Erwerbswirtschaft ihre Gültigkeit, und die Orientierung an ihnen fördert eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise.

Darauf aufbauend hat die Ökonomin Maren Jochimsen (2003a, 2003b) eine Sorgetheorie entworfen, um Sorgesituationen und ihre spezifischen Kennzeichen in der ökonomischen Wissenschaft angemessen erfassen zu können. Ausgangspunkt für ihre Theorie des Sorgens bildet die Bereitstellung von Sorgetätigkeiten insbesondere für Kinder, ältere, kranke und behinderte Menschen. Um die Besonderheit von Sorgesituationen deutlich hervorheben zu können, geht sie von extremen Sorgesituationen aus, die gekennzeichnet sind durch eingeschränkte bzw. nicht vorhandene Handlungsfähigkeit und begrenzte Autonomie sowie durch sich daraus ergebende Asymmetrien und Abhängigkeiten.

Für die Bereitstellung von Sorgetätigkeiten ist es wichtig, zwei Bestandteile dieser Tätigkeiten zu unterscheiden: das instrumentelle Element, also die konkrete sorgende Tätigkeit, z.B. spezielle Handgriffe in der Pflege, und das kommunikative Element, also die ergänzende, aber ebenso wichtige Tätigkeit, die die instrumentelle Sorgetätigkeit begleitet, z.B. das Sprechen mit der umsorgten Person. Erst beide Elemente zusammen sichern als integratives Produkt die Qualität einer Sorgetätigkeit (Jochimsen 2003b: 45).

Diese Sorgetheorie misst dem Konzept der Asymmetrie zentrale analytische Bedeutung bei und macht die in der Mainstream-Ökonomie dominierenden symmetrischen Tauschverhältnisse damit zu einem Sonderfall von Asymmetrie (Jochimsen 2003b: 39). Mit der Umkehrung der Prämissen – Autonomie und Unabhängigkeit als Spezialfall, beschränkte Handlungsfähigkeit und Abhängigkeiten als Normalfall – wird ein neues Handlungsmodell umrissen, das für eine Sorgeökonomie und darüber hinaus auch für eine neue allgemeine ökonomische Theorie einen wesentlichen Ansatzpunkt liefert.

#### **Fazit**

Eine Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie zeichnet sich durch eine eigenständige Methode, durch die Formulierung eines konkreten Gegenstandsbereichs und durch ein erweitertes Handlungsmodell aus. Grundlegend ist die

33

Erkenntnis, dass wirtschaftliches Handeln weder wertfrei noch geschlechtsneutral ist und dass Effizienz ein wichtiges, aber den Fragen nach Sinn und Legitimität des wirtschaftlichen Handelns untergeordnetes Ziel ist. Der Gegenstandsbereich beschränkt sich nicht auf die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern bezieht neben der gesamten bezahlten Erwerbswirtschaft (Unternehmen, Staat, Non-Profit-Sektor) auch die unbezahlte Versorgungswirtschaft mit ein. Das ökonomische Handeln ist weniger durch Symmetrie und Unabhängigkeit, sondern vielmehr durch Asymmetrie und Abhängigkeit geprägt. Handlungsorientierungen bieten erst nachrangig Gewinn- und Nutzenmaximierung, vorrangig aber die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und damit das zum (guten) Leben Nötige. Verallgemeinerungsfähiges Handeln ist nicht auf Konkurrenz, sondern auf Kooperation, nicht auf Nachsorge, sondern auf Vorsorge, nicht auf Mehrung monetärer Größen, sondern auf ein Auskommen mit den vorhandenen Mitteln ausgerichtet. Bei jedem dieser drei Ansatzpunkte – Methode, Gegenstandsreich und Handlungsmodell – wird deutlich, dass es sich bei der traditionellen Mainstream-Ökonomie, die auch heute noch an den Universitäten weit verbreitet ist, um einen Spezialfall handelt, während sich die Besonderheiten, von denen die Sorgeökonomie ausgeht, als Normalfall erweisen.

34 Vor dem Hintergrund, dass Frauen mehr und mehr in der Erwerbswirtschaft tätig sind, Männer sich bisher aber nicht in einem vergleichbaren Umfang in der Versorgungswirtschaft beteiligen, erscheint mir die Frage, wer in Zukunft welche bezahlten und unbezahlten Sorgetätigkeiten erbringen soll, als eine zentrale Herausforderung für moderne Gesellschaften. In diesem Zusammenhang gewinnen neben der Kategorie Geschlecht weitere Kategorien wie Klasse und Ethnizität zunehmend an Bedeutung. Auf der Makroebene bietet eine Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie die Möglichkeit, Verschiebungen zwischen Erwerbs- und Versorgungswirtschaft, zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erkennen und damit eine Grundlage für zukünftige politische Massnahmen zu schaffen. Auf der Mikroebene kann sie Anhaltspunkte geben, die Lebenszeit zwischen bezahlter Erwerbsarbeit, unbezahlter Versorgungsarbeit und Freizeit auszubalancieren, also die von mir so genannte «Work-Work-Life-Balance» herzustellen.

1 Anm. der Red.: Eva Klawatsch-Treitl (siehe Artikel in diesem Heft) unterscheidet fünf Sektoren, nebst den in diesem Artikel erwähnten vier Sektoren kommt dort noch der illegale/kriminelle Sektor dazu.

2 Siehe u.a. Benería (2008), Bennholdt-Thomsen u.a. (1992), Biesecker u.a. (2000), Busch-Lütjens u.a. (1994), Folbre (1995, 2001), Himmelweit (2002, 2007), Jochimsen (2003a, 2003b), Jochimsen u.a. (2004), Jochimsen & Knobloch (2006), Madörin (2006), Razavi (2007).

- 3 Übersetzung: «Ethische Urteile sind ein zulässiger, unvermeidlicher und zudem wünschenswerter Teil einer ökonomischen Analyse. Menschliches Wohlbefinden sollte ein wichtiger Massstab für ökonomischen Erfolg sein.»
- 4 Als Präferenzen werden in der Mainstream-Ökonomie die über den Markt zum Ausdruck gebrachten Vorlieben der Menschen bezeichnet.
- 5 Übersetzung: «Sorgearbeit und Hausarbeit sind wesentliche Bestandteile jedes Wirtschaftssystems und sollten von Beginn an in die Analyse einbezogen, nicht nachträglich reinbugsiert werden.»
- 6 Übersetzung: «Menschliches Handeln ist wichtig. Diese Betonung des Handelns bedeutet, dass von Anfang an auch Machtfragen und ungleicher Zugang zu Macht Teil der Analyse sind.»

#### Literatur

- Benería, Lourdes (2008): The Crisis of Care, International Migration, and Public Policy, in: *Feminist Economics*, 14 (3), 1–21.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika & Maria Mies (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive, München: Frauenoffensive.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika, Maria Mies & Claudia von Werlhof (1992): Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit, 3. Aufl., Zürich: Rotpunktverlag.
- Biesecker, Adelheid, Maite Mathes, Susanne Schön & Babette Scurrell (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Busch-Lütjens, Christiane, Maren Jochimsen, Ulrike Knobloch & Irmi Seidl (Hg.) (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6, München: ökom.
- Folbre, Nancy (2001): *The Invisible Heart. Economics and Family Values*, New York: The New Press.
- Himmelweit, Susan (2007): The Prospects for Caring: economic theory and policy analysis, *Cambridge Journal of Economics*, 31(4), 581–599.
- Himmelweit, Susan (2002): Making Visible the Hidden Economy: The Case for Gender-Impact Analysis of Economic Policy, in: *Feminist Economics*, 8(1), 49–70.
- Jochimsen, Maren A. (2003a): *Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science*, Boston, Dordrecht, London: Kluwer.
- Jochimsen, Maren A. (2003b): Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomie, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 4, Heft 1: Themenschwerpunkt: Feministische Wirtschaftsethik, 38–51.
- Jochimsen, Maren A., Stefan Kesting & Ulrike Knobloch (2004) (Hg.): *Lebensweltökonomie*. Festschrift für Adelheid Biesecker, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Jochimsen, Maren A. & Ulrike Knobloch (2006) (Hg.): *Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung*, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Jochimsen, Maren A. & Knobloch, Ulrike (1997): Making the Hidden Visible: The Importance of Caring Activities and their Principles for any Economy, in: *Ecological Economics, Special Issue: Women, Ecology and Economics*, Vol. 20/2, 1997, 107–112.
- Knobloch, Ulrike (2008): Ansatzpunkte einer Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie: Genderbewusste Wirtschaftsethik – Lebensweltökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften, in: Judith Dellheim & Günther Krause (Hg.): *Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation*. Berlin: Karl Dietz Verlag, 162–176.
- Knobloch, Ulrike (2006): Was ist Ökonomie? Genderbewusste Wirtschaftsethik – Vorsorgendes Wirtschaften – Lebensweltökonomie, in: Carola Möller, Ursula Peters & Irina Valley (Hg.): *Dissidente*

Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation, Königstein Ts.: Ulrike Heimer Verlag, 206–211.

Knobloch, Ulrike (2002): Kooperation in der feministischen Wirtschaftsethik, in: Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner & Klaus Grenzdörffer (Hg.): Kooperation und interaktives Lernen in der Ökonomie, Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang, 151–171.

Knobloch, Ulrike (1993): Eine andere Wirtschaftsethik? Die Bedeutung der Frauenfrage für die Begründung einer grundlagenkritischen Wirtschaftsethik, Beiträge und Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik 59, St. Gallen.

Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Torsten Niechoj & Marco Tullney (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg: Metropolis, 277–297.

Mies, Maria (1990): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, 3. Aufl., Zürich: Rotpunktverlag.

Nussbaum, Martha C. (2003): Frauen und Arbeit. Der Fähigkeitsansatz, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 4, Heft 1, 8–31.

Power, Marilyn (2004): Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics, in: Feminist Economics, 10 (3), 3–19.

Razavi, Shahra (2007): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options, Gender and Development Programme Paper Number 3, Genf: UNRISD.

Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien: Hanser.

**36** Ulrich, Peter (2005): Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung, Freiburg, Basel, Wien: Herder.

Wichterich, Christa (2003): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg: VSA-Verlag.

## Care in Babylon

### Überlegungen zur WIDE-Jahreskonferenz «We Care» 2009

Eva Klawatsch-Treitl

Mit Sorgen und Teilen, Versorgtwerden und auch Bedürftigsein, haben Frauen und Männer in verschiedensten Situationen vielfältige Erfahrungen gemacht. Und da (glücklicherweise) nicht alle Tätigkeiten so leicht von Maschinen ausgeführt werden können, wie beispielsweise das Staubsaugen durch einen derzeit im Feuilleton viel besprochenen selbständigen Staubsauger-Roboter, ist es notwendig, dass Menschen für sich selbst und für andere sorgen. Und vice versa benötigen alle Menschen von Zeit zu Zeit die Sorge anderer. Im Fachdiskurs werden die Tätigkeiten des Sorgens und Teilens als Care-Tätigkeiten bezeichnet. Wenn meine Mutter zum Geburtstag mein Lieblingsessen kocht, dann ist dies neben der Erbringung einer Sorgeleistung auch ein Zeichen ihrer Zuneigung und das macht die ganze Sache in theoretischer Hinsicht noch um einiges komplizierter, als sie sowieso schon ist. Wenn Menschen miteinander «tun», dann sind Emotionen, Abhängigkeiten und Machtbeziehungen nicht zu vernachlässigen. In Österreich würde man sagen: Es «menschelt». Jedoch halte ich es für den ökonomischen Diskurs über Care für kontraproduktiv, gerade die Bedeutung der Liebe so sehr in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken, dass umfassende ökonomische Betrachtungen verunmöglicht werden. Vielmehr erachte ich es als sinnvoll, grundsätzlich davon auszugehen, dass es in allen Bereichen der Ökonomie um Menschen und deren Belange geht. Mit der Soziologin Gertraude Mikl-Horke (2008: 1) kann Wirtschaft deshalb als «soziale Praxis der Menschheit» verstanden werden, was ein Handeln bezeichnet, das auf «Leben, Überleben und Besserleben» bezogen ist. Damit werden Lebens- und auch Überlebensfragen zum zentralen Thema der Ökonomie. Beim Organisieren des Lebensnotwendigen geht es immer auch um

**37**



Beziehungen und dazugehörige positive und negative Gefühle, um Abhängigkeiten und auch um Machtverhältnisse. Gerade diese Tatsache gilt es in feministischen und heterodoxen<sup>1</sup> ökonomischen Analysen als Selbstverständlichkeit zu verdeutlichen.

### **Eine Möglichkeit, das Ganze weiterzudenken**

Eine spezielle Betrachtungsweise von Wirtschaft, die Luise Gubitzer (2006: 17 ff.) als Fünf-Sektoren-Modell<sup>2</sup> der Gesamtwirtschaft bezeichnet, stellt eine hilfreiche Möglichkeit dar, die vielfältigen Aspekte des Wirtschaftens zu analysieren und Interdependenzen aufzuzeigen. In diesem Modell werden fünf Sektoren der Gesamtwirtschaft identifiziert: der Haushalt, der For-Profit-Sektor, der öffentliche Sektor (Staat), der dritte Sektor (z.B. Kooperativen) und fünftens der illegale und der kriminelle Sektor. Wesentlich an dieser Herangehensweise erachte ich das Anliegen der Autorin, vorrangig von Lebensrealitäten und Erfahrungen – speziell von Frauen – auszugehen. Der Haushaltssektor und das damit verbundene Organisieren des Lebensnotwendigen und nicht – wie im Mainstream – der For-Profit-Sektor stellt dabei den Ausgangspunkt der Analyse dar. Damit werden andere Perspektiven eingenommen als in der Mainstreamökonomie üblich. Mit der Betrachtungsweise des Fünf-Sektoren-Modells werden das Sorgen und Teilen, die Bedeutung von Beziehungen und Bedürftigkeiten, aber auch Herrschaftsverhältnisse zwischen Männern und Frauen sichtbar, und andere als Zweck-Mittel-Rationalitäten werden als selbstverständlich erkennbar. Das Sorgen und Teilen als Grundlage jedes Wirtschaftens zu erachten bedeutet, dass Themen, die im Mainstream als ausserökonomisch gelten, ganz selbstverständlich zur ökonomischen Materie werden. Auf theoretischer Ebene rückt Ökonomie näher an die Vielfalt menschlicher Realitäten heran. Es wird deutlich gezeigt, warum Tätigkeiten, die vielfach von Frauen erbracht werden, aufgrund der herrschenden sozialen Geschlechterordnung vom Mainstream überhaupt erst als Sonderfall, Problem oder Nichtökonomie bezeichnet werden können. Hinsichtlich der Praxis wird deutlich, dass viele sogenannte Gesetzmässigkeiten kein Ausdruck von ökonomischer Rationalität, sondern von Machtverhältnissen sind. Weiter können anhand des Modells Interdependenzen zwischen den Sektoren anschaulich gemacht werden und der Analyse des aktuellen wirtschaftspolitischen Geschehens dienen.

Um die selbstverständliche Hineinnahme von Care-Tätigkeiten in die Ökonomie zu bewerkstelligen, brauchen Frauen Deutungsmacht. Um die gesellschaftliche Achtung dieser Tätigkeiten, deren gleichberechtigte Aufteilung zwischen Männern und Frauen (aber auch zwischen wohlhabenden und armen Frauen) und deren faire finanzielle Abgeltung zu erreichen, bedarf es entsprechender Hand-

lungsmacht auf politischer Ebene. Und nicht zuletzt – sondern vielmehr als Voraussetzung – bedarf es einiger inhaltlicher Klärungen, um hinsichtlich der sehr unterschiedlichen Verantwortung der Begriffe von Care bzw. Care-Ökonomie zu verdeutlichen, was mit den Begriffen gemeint ist, aus welcher wissenschaftlichen Disziplin bzw. mit welchem Interesse die theoretische und/oder praktische Auseinandersetzung entsteht und welche politischen Ziele damit verfolgt werden sollen.

### **Chancen und Hürden bei der Überwindung von Sprachverwirrungen**

Ich selbst bin Ökonomin, und meine Brille ist daher eine ökonomische. Vorrangig bin ich Wirtschaftspädagogin und arbeite mit einem Ansatz, der als Economic Literacy bekannt ist. Dieser im Kontext der internationalen Frauenbewegung entstandene Ansatz – in partizipativen Prozessen heterodoxes ökonomisches Praxis- und Theoriewissen zu erwerben, wirtschaftspolitische Zusammenhänge zu verstehen und gesellschaftsverändernd tätig zu sein – bezieht sich u.a. auf die Befreiungspädagogik von Paulo Freire, aber auch auf den Empowermentansatz. Der Empowermentansatz wurde vom Süd-Frauen Netzwerk DAWN (Development Alternatives for Women in a New Era) im Jahr 1985 bei der Weltfrauenkonferenz in Nairobi präsentiert und stellt ein wichtiges Instrument dar, Machtverhältnisse zu thematisieren und Ermächtigungsstrategien zu entwickeln (vgl. Birte Rodenberg, Christa Wichterich 1999: 25). Mit diesem Zugang habe ich in Bezug auf Ökonomie immer auch ein didaktisches Interesse, nämlich jenes, ökonomische Themen bzw. ökonomische Aspekte von Themen in einer verständlichen Sprache zu diskutieren, Zusammenhänge sichtbar zu machen und Diskussionsprozesse so zu strukturieren, dass verschiedene Sichtweisen erkennbar werden. Derart strukturierte Diskurse erachte ich auch im Hinblick auf die Care-Thematik als wesentliche Grundvoraussetzung für eine Weiterentwicklung der Thematik, zudem erkenne ich darin eine interessante pädagogische Herausforderung. Möglich wird dies vor allem, wenn Frauen zusammentreffen und Diskussionen über Länder-, Disziplinen-, Generationen-, Kulturgrenzen etc. hinaus wagen. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus Elfenbeintürmen helfen hierbei sicherlich nicht weiter, und ohne Praxis-Theorie-Austausch bzw. ausreichende empirische Daten sind Klärungen und Weiterentwicklung undenkbar.

Die im Juni 2009 in Basel durchgeführte Jahreskonferenz des internationalen Frauennetzwerkes WIDE (Women in Development Europe) stellte so eine Möglichkeit dar. Der Titel der diesjährigen Konferenz lautete: «WE CARE! Feminist responses to the Care Crises». Die Veranstalterinnen der Konferenz gingen also nicht bloss von einer Notwendigkeit aus, Care zum Thema zu machen, sondern sprachen dezidiert von einer Care-Krise. Angeblich nicht mehr finanzierbare Ge-



sundheitssysteme im globalen Norden bzw. mangelnde Gesundheitsversorgung im globalen Süden, Mehrfachjobs, die Kinderversorgung nahezu verunmöglichen, und staatlich geduldete Schwarzarbeit im Pflegebereich sind nur einige Beispiele von vielen, die eine solche Krise bestätigen. Die Antworten auf diese Krise sollten – so versprach der Titel – ganz selbstverständlich feministischer Natur sein. Diese Klarheit, mit der hier feministische Alternativen bzw. deren Notwendigkeit angekündigt wurden, war in meinen Ohren eine Wohltat nach Jahren, in denen das Hauptaugenmerk vieler internationaler Frauenorganisationen auf dem Einbringen von Genderaspekten in vielfältige Global-Governance-Prozesse lag. Nicht, dass die Berücksichtigung von Genderaspekten unwesentlich wäre, doch sind allein das Durchsetzen dieser Selbstverständlichkeit und das dauernde Nachjustieren ewig geschlechterblinder Positionen in einem Masse energieraubend, dass die relevanten Inhalte oft auf der Strecke blieben und bleiben. Wenn WIDE sich im letzten Jahr dezidiert für einen Weg entschieden hat, der erneut feministische Alternativen für soziale und ökonomische Gerechtigkeit favorisiert, so erachte ich das als ein ermutigendes Zeichen und als im Trend internationaler Frauenorganisationen liegend.

#### 40 Unterschiedliche Fragestellungen, Interessen und Realitäten

Wie bei den bisherigen internationalen WIDE-Konferenzen war das Zusammentreffen von Frauen mit vielfältigen Hintergründen ein ermutigendes und energisierendes Ereignis. Jedoch zeigten die inhaltlichen Beiträge und Diskussionen auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Care-Thema nicht einfach ist, weil sie aus verschiedensten Blickwinkeln heraus geführt wird. Die wichtigste Lernerfahrung, die ich aus der Teilnahme an der diesjährigen WIDE-Jahreskonferenz gewonnen habe, liegt daher gerade in der Erkenntnis, dass strukturierte Diskussionen zum Care-Thema zu forcieren sind. Das mir vertraute Bedürfnis nach Klarheit und Struktur macht sich wieder einmal in meinem Denken bemerkbar, und meine Leidenschaft für Didaktik war geweckt.

Die Frage, die sich stellte, lautete: Ist Care-Ökonomie nun ein Praxisbegriff und meint bestimmte Tätigkeiten, z.B. personennahe Dienstleistungen (Betreuung kleiner Kinder, kochen, Haare schneiden, operieren, jemandem Gesellschaft leisten etc.), und steht dann neben anderer Praxis wie z.B. industrieller oder landwirtschaftlicher Produktion? Eine Theorie zur Care-Ökonomie würde sich dann mit dieser Praxis befassen und stellte eine vergleichbare Theorie dar, wie es bereits die Umweltökonomie oder die Industrieökonomie sind. Oder aber stellt Care-Ökonomie – wie dies mein eingangs dargelegter Zugang vermuten liesse – ganz generell eine Theorieperspektive auf Wirtschaft dar, die einen anderen Ausgangspunkt für Ökonomie wählt, als die Mainstreamökonomie dies tut? Mascha

Madörin (2006: 278 f.) weist genau auf diese beiden unterschiedlichen Zugänge hin und ortet sie im unterschiedlichen Erkenntnisinteresse von Theoretikerinnen. Sie zeigt, dass dieser Interessenunterschied in letzter Konsequenz auch zu unterschiedlichen Definitionen dessen führt, was mit dem Begriff Care gemeint ist. Einerseits spricht Mascha Madörin von Forscherinnen, die sich mit «caring labour» befassen und vor allen die Nicht- oder Minderbezahlung von Sorgetätigkeiten thematisieren. Andererseits erwähnt sie Forscherinnen, für die Care einen Begriff darstellt der vorrangig «den Aspekt des Sorgens, der Kooperation und gegenseitigen Unterstützung als eigenständige Kategorie» (ebd.) repräsentiert. Diese stellen die Frage, «welche institutionellen Bedingungen und ethischen Vorstellungen es braucht, damit die Sorge für andere und der nachhaltige Umgang mit den Grenzen der Natur, der Erde und der Menschen möglich ist.» (ebd.) Dieser zuletzt genannte Ansatz würde von Theoretikerinnen verfolgt, die dem Ökofeminismus, Konzepten des «vorsorgenden Wirtschaftens», der «Moral Economy» und des «guten Lebens» nahestehen.

Neben den erwähnten Interessenunterschieden zum Care-Thema wurde im Rahmen der WIDE-Konferenz auch der unterschiedliche regionale Fokus deutlich. So machte die Forschungskoodinatorin von UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development), Shahra Razavi, in ihrem Statement zur Präsentation der UNRISD-Studie zur Care-Ökonomie deutlich, dass sich die Auseinandersetzung mit Care vielfach auf Problemstellungen postindustrieller Wohlfahrtsstaaten bezieht und daher bislang ein empirischer Fokus auf den Norden zu bemerken ist. Sie zeigte anhand eines Beispiels auf, dass sehr unterschiedliche Situationen in den verschiedenen Ländern und Regionen die Überlegungen prägen. So unterschied sie Einkommens- und Zeitarmut und machte deutlich, dass die jeweilige Kombination ausschlaggebend dafür ist, mit welchen Problemen (vorrangig) Frauen kämpfen. Erkenntnisse der UNRISD-Studie ergaben, dass beispielsweise in Südafrika Zeitreichtum und Einkommensarmut zusammentreffen, in vielen europäischen Ländern hingegen Zeitarmut und Einkommensreichtum und schliesslich in Indien und Tansania Zeit- und Einkommensarmut anzutreffen sind. Francie Lund von der University of Kwa Zulu Natal erläuterte etwa, dass die Familienstrukturen eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Versorgung von Menschen mit Care-Leistungen spielen und dass diese darüber hinaus in engem Zusammenhang mit der Bedeutung bzw. Wirkung staatlicher Transferleistungen zu sehen sind. So stellte sich bei der Südafrika-Länderstudie, die im Rahmen des bereits erwähnten UNRISD-Projektes durchgeführt wurde, heraus, dass die staatlichen Pensionen der «Grosseltern» eine wesentliche Existenzgrundlage für die Haushalte darstellen und Grossfamilien beispielsweise kranke Menschen und auch Kinder von Verwandten aufnehmen.

Neben den geographischen und sozialen Unterschieden stellt auch die Überwindung von Disziplingrenzen eine wichtige Rolle für das Verständnis von Care dar. Einer der Workshops widmete sich speziell der Frage der Interdisziplinarität und begann mit der Einstiegsfrage nach dem Beitrag, den die Ökonomie für die Sozialwissenschaften leisten könnte. Gegenfragen dazu sind blitzschnell in meinem Kopf entstanden: Welche Ökonomie ist gemeint? Warum ist Ökonomie keine Sozialwissenschaft? Zu welchen Themen sollte/könnte Ökonomie etwas beitragen? Die Diskussion war sehr anregend und auch kurzweilig, eine gemeinsame Ebene oder Sprache konnte jedoch nicht gefunden werden. Ich bin davon überzeugt, dass auf einer solch abstrakten Ebene Antworten sowieso nicht zu finden sind und sich vorrangig die Frage stellt, in welcher Weise unterschiedliche Disziplinen auf die Care-Thematik schauen. Die je eigenen Zugänge der Beteiligten müssen sichtbar gemacht werden, um gegenseitige Bezugspunkte überhaupt erst zu verdeutlichen. Insgesamt erachte ich dieses Unterfangen, disziplinenübergreifend zu arbeiten, als eine Art Projekt des interkulturellen Austausches. Wie bei einem Eisberg liegt der weit grössere Teil von Wissen und Herangehensweisen unter der Wasseroberfläche. Disziplinäre Selbstverständlichkeiten sind oft selbst nicht bewusst – und so muss die Fläche oberhalb der Wasseroberfläche vergrössert werden, um eine gemeinsame Sprache zu finden. Missverständnisse sind programmiert und müssen billigend in Kauf genommen werden. Mascha Madörin (2006: 277 ff.) plädiert für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. Möglicherweise würde eine solche auch eine Art Plattform bieten, um die unterschiedlichen Aspekte der Thematik zu bündeln und zu strukturieren. Obwohl die aktuellen sozialen und ökonomischen Probleme drängen, ist derzeit also noch kein einheitlicher Ansatz zum Care-Thema zu erkennen. Und auch im Rahmen der WIDE-Jahreskonferenz ist es nicht gelungen, eine Systematisierung von Care-Verständnissen zu schaffen, Differenzen und kritische Punkte zu benennen bzw. Gemeinsamkeiten und Interessen zu identifizieren. Jahreskonferenzen von WIDE erachte ich jedoch als sinnvolle und bereichernde Foren, weil sie interdisziplinären und interregionalen Austausch von verschiedenen Perspektiven ermöglichen, Weiterentwicklungen zeigen und oftmals eine Ermutigung für die Weiterarbeit darstellen, weil u.a. ähnliche Themen und Erfahrungen deutlich werden. Solche Zusammentreffen auf internationaler Ebene machen sichtbar, wie Praxis und Theorie zusammenwirken können. Erst der Austausch von Frauen mit verschiedenen Kontexten machte zu dieser Thematik einerseits den Mangel an gemeinsamer Sprache deutlich, andererseits aber auch die gemeinsame Perspektive, dass die Auseinandersetzung mit Care unerlässlich ist. In diesem Sinne erachte ich die diesjährigen WIDE-Konferenzen als einen wesentlichen Schritt in Richtung Klärung, aber auch zur Stärkung von Deutungs- und Gestaltungs-

42

macht. Das Sorgen und Teilen ist wesentlich für das Organisieren des Lebensnotwendigen. Gerade deshalb braucht es auch weitere Anstrengungen, um Care als sichtbare, selbstverständliche ökonomische Grösse in der Ökonomietheorie, aber auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verankern.

- 1 Mit Heterodoxie sind alle Ansätze von Wirtschaftstheorien gemeint, die nicht der neoklassischen Theorierichtung angehören. Diese hat sich im Verlauf der letzten dreissig Jahre als DIE Ökonomietheorie durchgesetzt, obwohl es zahlreiche andere Traditionen des Denkens und Neuentwicklungen von theoretischen Ansätzen gibt. Die neoklassische Theorie hat im Wesentlichen die Grundlagen zur wissenschaftlichen Legitimation des Neoliberalismus geliefert.
- 2 Anm. der Redaktion: Andere, wie Ulrike Knobloch (siehe Artikel in diesem Heft), ziehen es vor, nur von vier Sektoren auszugehen und den illegalen und kriminellen Sektor als Anhängsel der anderen vier Sektoren anzusehen.

#### Literatur

- Freire, Paulo (1970/1991): Pädagogik der Unterdrückten, Bildung als Praxis der Befreiung. Rowohlt Verlag, Hamburg.
- Gubitzer, Luise (2006): Wirtschaft ist mehr! Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit. In: WIDERSPRUCH. 26. Jg./1. Halbjahr 2006. 17–30.
- Lund, Francie (2009): The UNRISD Project. The political economy on paid and unpaid care: The South African country study. Power Point presentation – WIDE Annual Conference 2009. Online: [http://www.wide-network.ch/pdf/presentations\\_JaKo/Lund.ppt](http://www.wide-network.ch/pdf/presentations_JaKo/Lund.ppt).
- Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoi Torsten/Tullney Marco (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Metropolis-Verlag, Marburg.
- Mikl-Horke, Gertraude (2008): Sozialwissenschaftliche Perspektiven der Wirtschaft. Oldenburg Verlag, München/Wien.
- Razavi, Shara (2009): (Re)thinking Care in a Development Context. Speech – WIDE Annual Conference 2009. Online: [http://www.wide-network.ch/pdf/presentations\\_JaKo/razavi.pdf](http://www.wide-network.ch/pdf/presentations_JaKo/razavi.pdf).
- Rodenberg, Birte/Wichterich, Christa (1999): Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte in der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland, Berlin.

43

## Care-Ökonomie – ein neuer Ansatz, um Geschlechterungleichheiten in der Entwicklungszusammenarbeit sichtbar zu machen

Annemarie Sancar

44 Die Kategorie Geschlecht ist ein wesentliches, strukturierendes Merkmal der gesellschaftlichen Architektur, sie prägt Prozesse von Teilnahme und Ausschluss, im Süden wie im Norden. Die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern haben sich nicht einfach nur zum Guten verändert – trotz Errungenschaften der alten und der neuen Frauenbewegung im letzten Jahrhundert. Im Gegenteil – und das gilt erst recht für Zeiten der Wirtschaftskrisen –, es vertiefen sich die Gräben zwischen den Männern und den Frauen. Stephanie Seguino<sup>1</sup> äusserte sich zur Krise wie folgt: «Economic effects are not shared equally in terms of gender, not in good times, not in bad times.»<sup>2</sup> Und langfristig wirke sich «Krisenmanagement» erfahrungsgemäss negativer auf die Frauen aus als auf die Männer.

Auf dieser Asymmetrie in den Geschlechterverhältnissen baute die WIDE-Konferenz «We Care» auf. Der vorliegende Essay greift aus dem reichen Programm der Konferenz das Feld der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) heraus und hält Ausschau nach der Bedeutung der Care-Ökonomie für das Begreifen der Asymmetrie der Geschlechter. Der Essay soll die Vorteile der Care-Perspektive<sup>3</sup> aufzeigen, wenn es um das Verstehen von Geschlechterungleichheiten und deren Bedeutung für neue Entwicklungsansätze und politische Forderungen geht. Ausgehend von den Diskussionen in der Entwicklungszusammenarbeit über Ernährungssicherheit und -souveränität sollen einige «Baustellen» abgesteckt werden, wo meines Erachtens Handlungsbedarf besteht.

Im Jargon der EZA kommt der Begriff Care-Ökonomie kaum vor. Gender-Mainstreaming ist zwar unterdessen – mindestens als allgemeines Konzept – breit ver-

ankert und selbstverständlich. Strukturelle Ursachen von Ungleichheit mögen punktuell erfasst und anekdotisch bearbeitet werden. Doch nur selten und wenig systematisch wird nach den Bedingungen gefragt, unter denen diese Ursachen erneuert, vergrössert und legitimiert werden. Nur eine systematische Analyse dieser strukturellen Differenzen ermöglicht jedoch wirkungsvolle EZA.

### Wirtschaftsförderung – wie «care-ful» sind die EZA-Ansätze?

In Programmen zur (lokalen) wirtschaftlichen Entwicklung geht es in erster Linie darum, den Armen mit Krediten, neuen Technologien und mit der Vermittlung des nötigen Wissens den Zugang zum Markt zu erleichtern und damit ihre wirtschaftliche Teilnahme zu verbessern.<sup>4</sup> Der Bedarf an Geld ist gestiegen – dies gilt unterdessen wohl für alle Regionen – und er steigt weiter. Damit wächst der Druck auf die Menschen in Gegenden, die bisher kaum in die Zyklen der kapitalistischen Wirtschaft integriert sind, bares Geld zu haben. Mit «Chains» (Nahrungsketten, Wertschöpfungsketten) soll der Anschluss an marktwirtschaftliche Systeme gefördert werden. Zuerst kamen die Männer in den Genuss dieser Politik, dank Gender-Mainstreaming gehören heute auch Frauen zur Klientel. Das Geschlecht spielt in der Wirtschaftsförderung eine wichtige Rolle, dies ist unbestritten. Frauen sollen anders unterstützt werden als Männer. Marktanalysen, die solchen Programmen jeweils vorangehen, sollen die geschlechterspezifischen Möglichkeiten in Erfahrung bringen und Bedingungen des Umfelds analysieren. Viele Projekte haben «Erfolg»: Geschichten von strahlenden Kleinunternehmerinnen schmücken die Berichte der Geldgeber. Nur, nach welchen Kriterien wird der Erfolg gemessen, und sind diese rein finanzieller Art? Ist es bereits ein Erfolg, wenn Frauen ein eigenes Einkommen haben, das sie investieren, oder gilt es erst als Erfolg, wenn sie das Geld «nützlich» einsetzen können? Gilt es als Erfolg, wenn mehr Frauen Unternehmerinnen sind, oder braucht es auch einen Indikator «Zeit», der Auskunft darüber gibt, wie viel Zeit für welchen Erwerb aufgewendet wird und wie viel Zeit für unbezahlte Care-Arbeit zur Verfügung steht?

Die Care-Perspektive erlaubt, ja verlangt solche Fragen, während die rein einkommensorientierten Ansätze sich mit dem Zählen der begünstigten Frauen (und Männer) begnügen, der tatsächlichen und der potenziellen MarktteilnehmerInnen also, die in erster Linie als autonome Individuen verstanden werden, während das Geflecht von Beziehungen, in dem sie sich organisieren, weitgehend ausgeklammert bleibt. Der Perspektivenwechsel ermöglicht es, die Grenzen und Gefahren der Instrumentalisierung der Geschlechterdifferenz zur Förderung der Wirtschaft zu erfassen, und das ist dringend nötig. «Smart Economy»<sup>5</sup> hat sich als wohlmeinendes Konzept zur Förderung der Geschlechtergleichstellung durch-

gesetzt, und es mag den Frauen in vielen Fällen tatsächlich einen Weg aus der Armut geöffnet haben.<sup>6</sup> Wie der Begriff «Smart Economy» erahnen lässt, geht es dabei weniger um Fragen von sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit, sondern um die Förderung des Zugangs zu Märkten, letztlich also um das BIP-Wachstum.

Einkommensförderung für Frauen ist wichtig, denn Ernährungssicherheit ist nur dann möglich, wenn sich auch die Armen das Lebensnotwendige kaufen können. Frauen brauchen ein Einkommen, doch die Frage ist, zu welchem Preis. Müssen sie dafür beispielsweise eine höhere zeitliche Arbeitsbelastung in Kauf nehmen oder Stress? Wird die Erwerbsarbeit auf Kosten anderer Familienmitglieder, insbesondere der Kinder und der Alten, ausgeübt? Und genau dieser Bezug wird selten hergestellt. So geschieht es oft, dass vor lauter Wirtschaftsförderung das eigentliche Ziel der gerechten Entwicklung verlorengeht. Kann eine Reduktion der Armut durch die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts erreicht werden? Reicht es, wenn neben einer so verstandenen wirtschaftlichen Verbesserung auch Ziele in Bildung, Gesundheit und Nachhaltigkeit definiert werden?<sup>7</sup>

#### **Ernährungssouveränität als Prinzip für Gendergerechtigkeit?**

46 Die Diskussionen an der WIDE-Konferenz zur Ernährungssouveränität haben gezeigt, dass Entwicklungsprogramme im Namen der «Food Security» neue Diskriminierung hervorbringen und die Lebensbedingungen vieler Frauen prekariert werden. Unter schlechtesten Bedingungen leisten Frauen bezahlte Arbeit, der Ertrag ist minimal, der Zeitaufwand enorm, und die Situation auf den Märkten lässt es kaum zu, dass sie profitabler wirtschaften. Dies auch deshalb, weil sie letztlich für die andere, «nicht effiziente» Arbeit Zeit aufwenden müssen. Im Konzept der Care-Ökonomie werden Zeit und Arbeit neu definiert und mit Elementen zusammengeführt, die in ökonomischen Berechnungen und Argumentationen gewöhnlich nicht vorkommen. Dies führt denn auch zu einer neuen Definition des Haushaltes als Ort, wo Lebensstandard produziert wird, wo sich Menschen in hierarchisch strukturierten Systemen aufeinander beziehen.

Die Frage ist, welche Logik den langfristigen Zielen der Armutsbekämpfung zugrunde liegt und wie die Erreichung dieser Ziele gemessen wird. Um beispielsweise das Ziel der Ernährungssicherheit zu überprüfen, wird gefragt, ob die Armen das nötige Geld haben, um sich zu kaufen, was sie nicht selber produzieren können. Es wird gefragt, ob sie Technologiekurse besucht, sich Wissen über Saatgut angeeignet oder den Zugang zu billigen Medikamenten gesichert haben. Aus der Care-Perspektive wird ausserdem danach gefragt, wie Geld verdient wird und wie viel davon für die Ernährung der (abhängigen) Haus-

haltsmitglieder verwendet werden kann usw. Es interessieren die Bedingungen, unter denen Ernährungsaufgaben erfüllt und alle anderen unbezahlten Care-Arbeiten im Haushalt (und ausserhalb) geleistet werden.

In der EZA sind Instrumente zur Erfassung der Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung selten, und die Motivation ist gering, im politischen Spannungsfeld von BefürworterInnen und GegnerInnen der EZA diese komplexen Vorgänge, auf welche die Fragen zur Care-Ökonomie unweigerlich verweisen, auch wirklich zu erkennen. Es ist denn auch tatsächlich schwierig, sinnvolle Fragen zu stellen, um die Vielfalt und Komplexität der Realität nicht schon im Ansatz zu reduzieren – dies erst recht in einem stark nach Sektoren organisierten EZA-System (Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit, Wasser etc.), das von Managementinstrumenten und neoliberalen Wirkungskriterien geprägt und eingeschränkt ist. Aber es gibt bereits eine ganze Reihe Care-ökonomischer Analysen, die erste Hinweise liefern, wie solche Statistiken aussehen könnten. Die in Geld gerechnete Rationalität und Effizienz wurde an der WIDE-Konferenz in unterschiedlichen Zusammenhängen in Frage gestellt, und es war Konsens, dass eine Care-Perspektive Widersprüchlichkeiten in altbewährten Konzepten sichtbar machen und zu neuen Erkenntnissen führen kann.

#### **Reflexion über den Begriff «Familie»**

Anhand eines Begriffs, der in der EZA von zentraler Bedeutung ist, soll gezeigt werden, wie der Care-Ansatz neue Dimensionen zum Beispiel in die Konzepte von Haushalt und Familie bringt bzw. diese in Frage stellt, weil sie die wirtschaftliche Tragweite der Vernetzungen der Haushalte untereinander nicht in Betracht ziehen. Dabei kann es sich um familiäre oder andere persönliche Beziehungsnetze, um Vernetzung mit unterschiedlichsten Basisorganisationen oder anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen handeln.<sup>8</sup>

Es ist historisch erklärbar und selbstredend, dass das Konzept des Haushaltes auch in den Diskussionen zu Care-Arbeit und deren Bedeutung für die Gesellschaft absolut zentral ist und grundsätzlich diskutiert werden muss. In Programmen wirtschaftlicher Entwicklung ist zwar der Haushalt als Produktionseinheit eine der entscheidenden Grössen für Planung, Durchführung und Evaluation. Selten findet man jedoch differenzierte Angaben über Dynamiken innerhalb eines Haushaltes und zwischen diesem und anderen Institutionen der Gesellschaft. Es scheint eher so, dass gerade dieses Konzept einer Stereotypisierung unterliegt, welche die Verflochtenheit der Dynamiken ausblendet, die die Haushalte zu dem machen, was sie sind und was sie für das gesellschaftliche System bedeuten. Vereinfachungen braucht es, um handlungsfähig zu bleiben, und alle sind sich einig, dass sich die EZA in einem extrem komplexen Feld bewegt. Die Frage ist also

eher, was der Vereinfachung zum Opfer fällt, was warum genau ausgeblendet wird, wo hingegen man sich gerne der Komplexität stellt.<sup>9</sup>

Haushalte bilden in sich und miteinander vernetzt ein System, in dem ein grosser Teil der «anderen Ökonomie»<sup>10</sup> stattfindet, in dem die in Abhängigkeiten hineingeborenen Menschen gratis personenbezogene Dienstleistungen erbringen und grundlegende Muster für zwischenmenschliche Beziehungen lernen und lehren.<sup>11</sup> Aus der Care-Perspektive sind genau diese Ereignisse und Abläufe im Haushalt interessant, weil feststeht, dass gerade hier viel geschlechterspezifische Ungerechtigkeit angelegt ist. Oder wie Lynch es ausdrückt: «It is women's unwaged care and related domestic labour that frees men up to exercise control in the public sphere of politics, the economy and culture. In general, men are more likely to be care commanders and women care's footsoldiers.»<sup>12</sup> Genau das macht den Haushalt aber auch zu einem Ort, wo Wandel möglich ist. Wer macht was mit wie viel Ressourcen, und was bringt es an Veränderung für wen? Wer verwendet wie viel Zeit für welche Arbeit, und wie wird die Arbeit entlohnt? Welche Optionen stehen wem offen? Wo besteht Handlungs- und Entscheidungsspielraum, wer kann diesen nutzen? Solche Fragen, der u.a. die UNRISD-Studie unter der Leitung von Shahra Razavi<sup>13</sup> nachgeht, fördern eine Menge von Informationen zutage, welche für den Erfolg der EZA ausschlaggebend sein können, zum Beispiel in den Bereichen von wirtschaftlicher Entwicklung und Gouvernanz, zwei ihrer zentralen Interventionsfelder.

48

### **Rechtsgleichheit für wirtschaftliche Entwicklung oder umgekehrt?**

Beziehungsgeflechte in und zwischen Haushalten sind wirtschaftlichen Dynamiken ausgesetzt. Sie sind aber auch Ausdruck politischer Steuerung, und diese wiederum wird von der EZA in Form von Gouvernanzprogrammen beeinflusst. Gute Staatsführung ist ein wichtiges Ziel der EZA, denn es geht um Demokratie, Rechtsgleichheit, Rechenschaft und Transparenz. Bezugsrahmen sind u.a. die Menschenrechtskonventionen, darunter auch CEDAW<sup>14</sup>, die dank dem hartnäckigen Festhalten am Aktionsplan von Beijing an Gewicht gewonnen hat.<sup>15</sup> Gouvernanzprogramme können tatsächlich die Beteiligung der Frauen an politischen Prozessen verbessern, die Rechenschaftslegung geschlechterspezifischer machen und Dienstleistungen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen und Männern anpassen. Gouvernanzprogramme sind aber nicht per se geschlechtergerecht, es braucht zusätzliche Anstrengungen, um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Asymmetrien aufzubrechen und zu verändern und das Konzept der «citizenship» zu überdenken.

Der Fokus, auf individuelle Verantwortung und Autonomie – auch im Sinne der Menschenrechte – gerichtet, ist zwar vordergründig überzeugend, wirft aber die

Frage auf, ob sich die Gouvernanzprogramme der Logik der wirtschaftlichen Effizienz und Rationalität überhaupt entziehen können oder bereits Teil davon sind. Erfahrungen zeigen auch, dass sich ein «care-less model of citizenship»<sup>16</sup> auch im Süden durchsetzt.

### **Ansatzpunkte für neue Debatten**

An der WIDE-Konferenz, an der viel Wissen vermittelt wurde, ist etwas zu kurz gekommen – die Debatte. Es haben kaum kontroverse Diskussionen stattgefunden zu folgenden Fragen: Wie «care-ful» kann ein moderner Staat überhaupt sein, und inwieweit können oder sollen Wohlfahrtsstaatsmodelle überhaupt in den Süden transferiert werden? Hier seien noch weitere Fragen in den Raum gestellt, über die ich mir eine Diskussion wünschen würde:

- Die EZA ist gespickt mit Biologismen und Stereotypisierungen gerade in der Darstellung der Unterschiede von Frauen- und Männerrollen. Die Trennung in reproduktiv-produktiv zieht sich durch, wenn auch oft unter einem anderen Etikett. Kann mit dem Ansatz der Care-Ökonomie der Fokus vom problematischen Konstrukt der Geschlechterrollen auf die Bedingungen verlagert werden, unter denen ernährt, erzogen, angepflanzt, Erwerbsarbeit geleistet wird? Inwiefern leisten sie den Stereotypisierungen von Arbeitsteilung generell und der Aufteilung von Leistungen im Bereich der «anderen Ökonomie» speziell Vorschub? Und müssen im gleichen Zuge auch die Konzepte der Nahrungssouveränität und -sicherheit neu gedacht, die Diskussion über das Recht auf Produktionsfreiheit neu definiert werden, um die Bedeutung von unbezahlter Care-Arbeit und die Relevanz der Subjekt-Subjekt-Beziehungen systematischer einzubeziehen?<sup>17</sup> Sind Konzepte wie «Food Chains» oder «Value Chains», die in den Strategien für wirtschaftliche Entwicklung und Nahrungssicherheit eine wichtige Rolle spielen, dazu geeignet, mehr als nur die Beziehung zwischen Mensch und Nahrungsmittel bzw. Produktionsmittel zu betrachten, sondern auch die Subjekt-Subjekt-Beziehungen zu erfassen und die damit verbundenen anderen ökonomischen Logiken, die für das Verstehen der «anderen Ökonomie» so entscheidend sind?<sup>18</sup>
- Die EZA hat zum Ziel, das Leben der Armen zu verbessern, indem sie besonders von Entwicklungsvorhaben profitieren sollen. Hier stellen sich natürlich Fragen nach der Qualitätserfassung. Theorien dazu gibt es viele, es lohnt sich aber, vor allem hinter die in der EZA verwendeten Begriffe zu blicken und nach deren Bedeutung zum Beispiel in der Bewertung von Erfolg zu fragen. Welches sind die hegemonialen Konzepte von guter Ernährung und Lebensqualität? Inwieweit sind die Strategien zur Verbesserung des Alltags von Armen von Vorstellungen geleitet, die nicht denjenigen von Armen entsprechen? Wie

49



entstehen Standards von gesundem Essen, welche Rolle spielt dabei der Markt, und zu welchen Ausgrenzungen führen solche Standards? Wer kauft was und warum? Besteht die Gefahr, dass entsprechende Lifestyle-Muster und -Normen die Bewertung von Strategien zur Überwindung von Armut beeinflussen, z.B. wenn es um die «sinnvolle Verwendung» von Kleinkrediten geht?

## Fazit

Die WIDE-Konferenz war ein ausgezeichnetes Moment, sich konzentriert auf das komplexe Thema Care einzulassen. Die «Ernte» für die jeweiligen Arbeitsbereiche der TeilnehmerInnen war sicher gut. Die Motivation, weiterzudenken, ist gestiegen. Dennoch bleibt für mich eine zentrale Frage: Wie kann verhindert werden, dass der Care-Ökonomie-Ansatz, wenn er an Politikfelder herangeführt wird, an kritischem Potenzial verliert? Wie kann verhindert werden, dass die Aufnahme des Care-Ansatzes der feministischen Ökonomie banalisiert wird, indem komplexe Tatbestände vorschnell vereinfacht und auf soziale Stereotype reduziert werden? Welche Verantwortung übernehmen die AkteurInnen der EZA, wenn sie Fragen der politischen und sozialen Ökonomie von Care in Betracht ziehen? Welche Art des «Monitoring» braucht es, um einer Entpolitisierung entgegenzuwirken? Fragen, die weder von den WissenschaftlerInnen noch von den PolitikerInnen, Sozialarbeitenden oder EZA-ExpertInnen allein beantwortet werden können, auch wenn alle Geschlechtergerechtigkeit anstreben. Es braucht nicht nur Interdisziplinarität und eine Vielfalt von Denkschulen, sondern auch Bedingungen, unter denen der Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteurinnen zu einer neuen politischen Praxis führt.

50

- 1 Stephanie Seguino ist Professorin an der Wirtschaftsfakultät der Universität von Vermont (USA). Sie hat sich in den letzten Jahren vor allem mit der Frage befasst, wie das Wirtschaftswachstum die Geschlechterverhältnisse und die (Un)-Gleichheit zwischen den Geschlechtern beeinflusst. Sie hat sowohl an der WIDE-Jahreskonferenz in Basel als auch in Bern (s. Fussnote 2) einen Vortrag gehalten.
- 2 Sinngemässe Übersetzung (Red.): «Ökonomische Entwicklungen haben nicht die gleichen Auswirkungen auf Männer und Frauen, weder in guten noch in schlechten Zeiten.» Stephanie Seguino, Vortrag vom 17. Juni 2009 zu «Cash, Care, Crisis – bringt die Weltwirtschaftskrise einen Backlash?», organisiert von der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern.
- 3 Zitat aus der Präsentation von Shahrā Razavi an der WIDE-Jahreskonferenz (Plenary Session 1, Presentation of the first comparative study north-south). Die meisten Präsentationen von der WIDE-Konferenz sind online unter [www.wide-network.ch](http://www.wide-network.ch) zu finden.
- 4 Ausführlich dazu der Artikel von Annemarie Sancar im «Jahrbuch Denknetz 2009», siehe <http://www.denknetz-online.ch/>, erscheint demnächst.

- 5 Smart Economy: The World Bank is working to increase women's economic opportunity by investing in better access to jobs, land rights, financial services, agricultural inputs and to infrastructure. <http://web.worldbank.org/>.
- 6 Annemarie Sancar und Sabin Bieri (2009): Power and poverty. Reducing gender inequality by ways of rural employment? Workshop-Paper zum Seminar «Gender and rural development» vom April 2009, [www.fao-ilo.org/](http://www.fao-ilo.org/) => Gender and Rural Employment.
- 7 UNO-Millennium Development Goals, siehe [www.un.org/millenniumgoals/](http://www.un.org/millenniumgoals/).
- 8 Die Vielfalt dieser Vernetzungen zeigt sich in den Forschungsberichten der UNRISD zur «Social and Political Economy of Care» (Forschungsberichte z.T. online bei UNRISD unter [www.unrisd.org/](http://www.unrisd.org/) verfügbar).
- 9 Die Stereotypenbildung in der EZA ist eng verknüpft mit dem postkolonialen Entwicklungsdiskurs, s. dazu Mohssen Massarrats verschiedene Veröffentlichungen aus den 1990er Jahren, ebenso Aram Ziai (2004): Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik: Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses, Hamburg.
- 10 Dieser Begriff wurde von der australischen Ökonomin Susan Donath verwendet, um die Ökonomie der Sorge für und der Versorgung von Menschen (maintenance of human beings) als eigenständigen Wirtschaftsbereich zu umschreiben. Es geht um bezahlte und unbezahlte Arbeit, die nicht auf die Produktion für den Markt ausgerichtet ist, sondern direkt auf – eben – die «maintenance» von Menschen. Donath, Susan (2000): The Other Economy. A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics, in: Feminist Economics, Vol. 6, No. 1, 115–125. In der UNRISD-Studie wurden die Grössenordnungen dieser «anderen Ökonomie» in einem der Forschungsberichte (Nr. 2) genauer analysiert, sowohl was die individuelle Arbeitsbelastung, die Verteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern als auch was die volkswirtschaftlichen Aspekte anbelangt. Zu den Grössenordnungen und volkswirtschaftlichen Dynamiken siehe auch: Madörin, Mascha (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Niechoj T., Tullney M. (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg: Metropolis Verlag, 276–297, auch: Mascha Madörin (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Jahrbuch 2007 Denknetz, Zürich, 141–162 (online unter: [www.denknetz-online.ch](http://www.denknetz-online.ch) verfügbar).
- 11 Nach Martha Nussbaum ist «Caring, in its multiple manifestations, (is) a basic human capability serving a fundamental human need.» (Nussbaum, Martha C. 2000: Women and Human Development: The Capabilities Approach, Cambridge: Cambridge University Press), zitiert von Kathleen Lynch, Referat, WIDE-Konferenz.
- 12 Übersetzung Red.: «Es sind die unbezahlte Care-Arbeit und die damit verbundene Hausarbeit, welche es den Männern ermöglichen, ihre Kontrolle in der öffentlichen Sphäre der Politik, der Ökonomie und der Kultur auszuüben. Was Care anbelangt, finden sich Männer eher in führenden Stellungen und Frauen vor allem in Positionen von Fusssoldatinnen.» Kathleen Lynch: Affective Equality: Who Cares? WIDE-Conference June 2009. Siehe auch: Lynch, Kathleen, John Baker and Maureen Lyons (2009): Affective Equality: Love, Care and Injustice, London: Palgrave Macmillan.
- 13 Shahrā Razavi, The Political and Social Economy of Care in a Development Context, UNRISD, Gender and Development Programme, Paper 3, Geneva 2007 ([www.unrisd.org/](http://www.unrisd.org/)).
- 14 CEDAW: The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. [www.un.org/womenwatch/daw/beijing/index.html](http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/index.html).
- 15 Zitat aus dem Referat von Stephanie Seguino, 17. Juni 2009, Bern.
- 16 Das Gleiche gilt auch für Konzepte wie Food-Chains, Value-Chains, und es fragt sich in der Tat, ob das neue Konzept der Care-Chains dabei wirklich hilfreich ist.
- 17 Dazu s. Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Jahrbuch 2007 Denknetz, Zürich, 141–162.

51



## Was haben Nahrungsmittelketten mit der Care-Krise zu tun?

Eine feministische Annäherung auf der WIDE-Jahreskonferenz «We Care» 2009

Heike Wach

52 Es gibt ein Rezept, nach dem ich gerne koche, wenn es schnell und gut sein soll: Ich nehme Crevetten (aus Thailand) und Kefen (aus Kenia), wichtige Zutaten für einen schnellen Thaicurry, serviert mit Jasmin-Reis (aus Thailand). Es geht auch deshalb so schnell, weil alles bereits gepellt und gewaschen eingekauft werden kann. Für mich von grossem Vorteil, denn viel Zeit für die Zubereitung von Mahlzeiten habe ich als berufstätige Familienfrau nicht. Ich mache nichts falsch, denke ich: Gesund, frisch und international, so ist dieses Gericht – ich repräsentiere den Lebensstil der modernen und emanzipierten Mittelschicht, die von den Errungenschaften der feministischen Bewegung der letzten Jahrzehnte stark profitiert. Aber wenn mir noch etwas Zeit zum Nachdenken bleibt, dann frage ich mich, wie es den Frauen ergeht, welche ganz am Anfang der Nahrungsmittelkette diese Produkte in den Händen hielten: burmesische Migrantinnen in Thailand, welche unter ökonomisch, ökologisch und gesundheitlich prekären Bedingungen die Crevetten schälen, die afrikanischen Saisonarbeiterinnen auf den Gemüseplantagen oder die kleinbäuerlichen Reisproduzentinnen.

Das Thema «Food-Chains» wurde bei der WIDE-Konferenz «We Care» 2009 aufgenommen, weil die Ernährungskrise Teil der «Care-Krise» ist, die an der Tagung thematisiert wurde. Auf der einen Seite der Produktionskette wächst die Zahl der Hungernden und auf der anderen Seite die der fehlernährten Personen im Überfluss. In diesem Artikel sollen die wichtigsten Beiträge und Diskussionen des Konferenztages zum Thema «Food-Chains and Care» vorgestellt werden.

Durch die aktuelle Hungerkrise ist in den letzten zwei Jahren die Zahl der Hungernden von 860 Millionen auf rund 1 Milliarde Menschen gestiegen, 70 Prozent

davon sind Frauen und Mädchen. So die Zahlen, die Swissaid und Brot für alle nennen, zwei Nichtregierungsorganisationen, die entwicklungspolitische Lobbyarbeit betreiben. Auch andere Hilfswerke haben das Thema «Hungerkrise» längst aufgenommen und (wieder) in den Vordergrund ihrer Aktivitäten gestellt. Ist doch die Reduktion von Armut und Hunger immer noch das erste der UN-Millenniumsziele.<sup>1</sup> Eine gute und ausgewogene Ernährung liefert die Grundlage für Entwicklung und Wohlbefinden. Aber auch in den Ländern des Überflusses ist Unterernährung ein Phänomen, welches stärker wird, wie z.B. in den USA, wo bereits jedes fünfte Kind von Hunger betroffen ist.

Fehlernährung beschäftigt uns aber auch auf der anderen Seite der «Skala» als ernährungsbedingte Krankheiten wie Fettleibigkeit, Diabetes, Herz-Kreislauf-Krankheiten trotz üppigem Angebot in den Regalen unserer Supermärkte. Von dieser Art der Fehlernährung in den nördlichen Ländern sind vor allem ärmere und bildungsferne Haushalte betroffen. In sogenannten Entwicklungsländern wird diese Form der Fehlernährung zu einer Begleiterscheinung ökonomischer Entwicklung, vor allem im urbanen Raum. Eine westlich orientierte Ernährungsweise wird zum Statussymbol, und leider auch die damit einhergehenden gesundheitlichen Probleme.

53 Damit kommen wir zu den direkten und sichtbaren Verbindungen zwischen Ernährung und der Care-Krise: Sie wird in den Medien und in der Politik als Problem aufgegriffen, und entsprechend gibt es Lösungsvorschläge für die Fehlernährung «hier» und für den Hunger «dort»: Bei uns soll zu Hause wieder gesünder gekocht werden. Ernährungsbedingte Krankheiten werden als Kostenfaktor für das Gesundheitswesen dargestellt und als gesellschaftliches Problem, und der Care-Arbeit im Haushalt wird eine wichtige Rolle bei der Beseitigung der Fehlernährung zugemessen. Wenn jedoch Familien diesen Beitrag nicht mehr leisten und wir aufschreien: Meinen wir dann damit nicht immer noch die Mütter? Diese Einstellung kann schnell zu dem Trugschluss führen, dass die Mütter zur Lösung des Problems beitragen sollten, indem sie sich wieder besser um ihre Kinder kümmern. Für die weltweite Bekämpfung von Hunger liegen ebenfalls Lösungsvorschläge parat: die Verbesserung der Agrarproduktion sowie der Einkommen für Frauen (s. dazu den Artikel von A. Sancar in diesem Heft), damit sie die Nahrungsmittel kaufen können, die sie nicht selbst anpflanzen. Das heisst, die ihnen traditionell zugeteilte Rolle sollen sie besser ausfüllen können.

Diese Massnahmen werden allerdings nicht der dahinter stehenden Komplexität gerecht. Dabei nicht hinterfragt werden Handelsbedingungen, Finanzströme, die Rolle von multinationalen Konzernen sowie die weiterhin existierende Rollenaufteilung zwischen Männern und Frauen. Auf der WIDE-Tagung soll-

ten eine Podiumsveranstaltung sowie zwei vertiefende Workshops am zweiten Konferenztag dieser Komplexität auf den Grund gehen.

Elisabeth Bürgi Bonanomi vom World Trade Institute benannte am Freitag in ihrem Eingangsreferat zum Thema Nahrungsmittelketten den Konflikt: Es geht darum, einerseits den Wert der Versorgungstätigkeiten zu erkennen respektive anzuerkennen und andererseits Frauen davon zu befreien, in genau diese Tätigkeiten gedrängt zu werden, auch im Ernährungsbereich. Sie zeigte die unterschiedlichen Seiten der Verschiebung von der Zubereitung zu Hause zur industriellen Aufbereitung auf: Auf der einen Seite gibt es die Vorteile der billigen und schnellen Küche: Frauen können Zeit sparen und für anderes einsetzen. Auf der anderen Seite – in der Produktion dieser günstigen Nahrungsmittel – sind vermehrt Frauen tätig, als Bäuerinnen und Angestellte in der Verarbeitung. Die industrielle Produktion, die auch mehrheitlich diese «schnellen» Nahrungsmittel liefert, führt zu einer Marginalisierung (und eben oft nicht zu einem Einbezug) der kleinbäuerlichen Produktion und setzt diese unter Druck. Das führt u.a. dazu, dass diese Produktion zunehmend feminisiert wird, da Männer zum Geldverdienen abwandern. Der Druck auf Frauen wird noch mehr verstärkt dadurch, dass der Staat bei den sozialen Dienstleistungen spart.

54 Der Beitrag von Tina Goethe von Swissaid zeigte es mit einem Dia: Die Produktion von Nahrungsmitteln muss sich mit den Versorgungsaufgaben im Haushalt vereinbaren lassen: Entweder kommt das Kind mit auf das Feld oder die Frau arbeitet in der Nähe ihrer Wohnstätte, um zwei typische Situationen herauszugreifen. Noch immer gilt: Cash Crops, d.h., für den Verkauf und den Export bestimmte Nahrungsmittel werden von Männern beherrscht, während die sogenannten Küchengärten für die direkte Versorgung der Familie Frauendomäne bleiben. Der wirkliche Profit wird aber ganz woanders generiert: vor allem von multinationalen Konzernen, welche die Nahrungsmittelkette kontrollieren, gestützt durch das neoliberale ökonomische System und politische Rahmenbedingungen. So präsentierten Agrokonzerne wie Syngenta, Monsanto oder Cargill während der Ernährungskrise im letzten Jahr Rekordgewinne. Das freut die AktionärInnen, für bäuerliche ProduzentInnen (wie für KonsumentInnen) kommt es jedoch zu einem Verlust an Ernährungssouveränität. Die kleinbäuerliche Produktion wird verdrängt, was den betroffenen Haushalten ihre Lebensgrundlage nimmt und schliesslich Hunger produziert.

Als Alternative vertritt die internationale Bewegung «La Via Campesina»<sup>2</sup> bereits seit dem Welternährungsgipfel 1996 die Forderung nach «Ernährungssouveränität»: Jedes Land und jede Gemeinschaft hat das Recht, selber zu bestimmen, was auf ihre Felder und ihre Teller kommt. Lebensmittel müssen primär entsprechend den Bedürfnissen lokaler Gemeinden produziert und konsumiert werden.

Es braucht also einen Schutz und eine Stärkung der bäuerlichen Produktion, die vor allem für lokale und regionale Märkte und nicht für den Export und den Weltmarkt produziert. Ernährungssouveränität beinhaltet ein ganzes Paket von politischen Forderungen und Massnahmen: Landreformen, faire Preise, förderliche Rahmenbedingungen für eine bäuerliche und ökologische Produktion sowie die Anerkennung der Rechte von Bäuerinnen. Diese sind bei Via Campesina einflussreich und haben kürzlich eine Erklärung verabschiedet, welche über die Interessen von Bäuerinnen hinausgeht (siehe Fussnote 2).

Ermutigend ist in diesem Zusammenhang, dass der aktuelle Weltagrarbericht<sup>3</sup> zum Schluss kommt, dass ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik stattfinden muss: hin zu einer multifunktionalen, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft, weg von einer kapital- und energieintensiven industriellen Produktion.

Ana Tallada von REMTE (Red Mujeres Transformando la Economía, Peru) bekräftigte die oben erwähnten Aussagen mit dem aktuellen Beispiel aus dem Amazonas-Gebiet in Peru. Mehr als 300 Gesetzesänderungen sollten geschützte Gebiete des Amazonas für die kommerzielle Nutzung freigeben und damit die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung zerstören. Das ist eine klare Verletzung des Rechts auf Nahrung. In Peru und anderswo sind Mädchen und Frauen überproportional von der Verletzung dieses Rechts betroffen. Unter- und Mangelernährung treffen sie mehr, obwohl vor allem sie am Kochtopf stehen. In Lima haben Frauen Kollektivküchen zur Versorgung von Armen organisiert, und national sind sie massgeblich an der Gestaltung des Widerstands gegen die Gesetzesänderungen beteiligt.

Das Recht auf angemessene Ernährung, ein universelles Menschenrecht, ist verankert in dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Trotzdem wird es nicht erfolgreich gestützt und politisch umgesetzt – unter anderem aufgrund des Drucks ökonomischer Kräfte, deren Ziel es ist, in der globalisierten Welt so günstig wie möglich zu produzieren und die dabei die Menschenrechte ausser Acht lassen. Da Frauen besonders betroffen sind, ist für die Menschenrechtsarbeit, so Ester Wolf von Brot für alle und Vertreterin von FIAN-Schweiz, daher der Genderansatz wichtig. «Empowerment» soll es auch Frauen ermöglichen, Druck auf Regierungen und andere Verantwortliche auszuüben, das Recht auf Nahrung für alle umzusetzen. Geschlechtergerechtigkeit und eine neue Definition des Machtbegriffs liegen dem Konzept von «Empowerment» zugrunde, wie es in der Entwicklungszusammenarbeit angestrebt wird.

Als Vertreterin der DEZA präsentierte Annemarie Sancar die Ergebnisse einer ausführlichen Gender-Analyse der Mongolei. Die Transition des ehemals sozialistischen Landes hat bewirkt, dass staatliche Leistungen nun kostenpflichtig sind, was den Bargeldbedarf und somit die Nachfrage nach bezahlter Arbeit massiv

erhöht hat. Gleichzeitig gibt es aber kaum eine Reduktion der (zeitlichen) Anforderungen durch die unbezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit. Für die Frauen heisst das nicht nur mehr Belastung in den traditionellen Rollen, sondern auch mehr Druck, für Geld zu arbeiten. Und es verstärken sich wieder die bekannten Phänomene: Frauen sorgen, pflegen und hüten und bleiben in Kleinprojekten stecken, die sie wirtschaftlich und politisch nicht weit bringen, das heisst, die Care-Krise wird eher verstärkt als abgeschwächt.

Entlang der gesamten Nahrungsmittelkette werden nach wie vor Aufgaben und Gewinne im Einklang mit stereotypen Annahmen über Genderbeziehungen «verteilt». Es ist weiterhin so, dass Männer als «Brotverdiener» die besseren und gesicherten Positionen einnehmen, während Frauen vor allem «dazuverdienen» und dabei flexibel auf ihre häuslichen Anforderungen reagieren müssen, auf die Versorgung von Kindern, Alten und Kranken oder die Bereitstellung von Mahlzeiten. Bei verschiedenen Vorträgen an der Konferenz hatten wir bereits erfahren, dass das Brotverdienermodell längst nicht mehr der Normalfall ist: Erstens reichen die meisten Gehälter auch der Männer gar nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, und zweitens führen viele Frauen allein einen Haushalt. Zudem ist die Gefahr gross, dass die Verhandlungsposition von Frauen geschwächt wird als Zuverdienerinnen, im Haushalt und auf dem Arbeitsmarkt.

56

Immer noch bleibt die Care-Ökonomie aussen vor, wenn wirtschaftliche Themen diskutiert und angegangen werden. Statt das Wohlbefinden ihrer Bürger und Bürgerinnen in den Vordergrund zu stellen, orientieren sich Regierungen an einem Prinzip des Wachstums der Produktion und des Einkommens. Am Beispiel der Nahrungsmittelketten wird deutlich, wie sehr dieses System Ungleichheiten verstärkt: Es besteht eine hohe Konzentration von Marktmacht, die die Gewinne auf wenige verteilt und in der Frauen mehr noch als Männer in besonders prekären Positionen anzutreffen sind. In den Produktionsländern sind dies unbezahlte Familienkräfte, Saisonarbeiterinnen mit unsicheren Verträgen bis hin zu Zwangsarbeit, wie z.B. bei der Crevettenverarbeitung<sup>4</sup>. In der Schweiz, einem Land des Konsums, sind es wiederum Frauen, die diese Nahrungsmittel in die Regale einräumen und die Preise in die Kasse tippen – am unteren Ende der Verdienstskaala. Beide Gruppen sind in Gefahr, ihre eigenen Haushalte nicht optimal ernähren zu können, ihre Versorgung ist nicht gewährleistet. Im schlimmsten Fall sind sie damit der Willkür männlicher Vorgesetzter und/oder ihrer Partner zu Hause ausgesetzt.

Es besteht ein Paradox: Frauen werden immer wieder dafür gepriesen, dass sie sich besser als Männer um die gute Ernährung ihrer Angehörigen kümmern. Ihnen wird zugestanden, dass sie nachhaltiger Landwirtschaft betreiben, also auch Sorge für die Umwelt tragen. Sie sollen ein wenig mehr Geld verdienen, um ihre

Familie zu ernähren, ohne dass sich etwas auf der grossen Bühne der Macht und der Profite ändert. Was sind feministische Antworten dazu? In Workshops sollten zwei Ebenen beleuchtet werden: der Haushalt als Ort der Ernährungssicherung<sup>5</sup> sowie der globale Handel mit Nahrungsmitteln.

Im Haushalt ist eine ausgewogene Ernährung notwendig, damit wir wachsen und gedeihen können. Das benötigt Zeit und Wissen der Person, die dafür zuständig ist. Im Jahr 2004 haben wir in der Schweiz 2,3 Mrd. Stunden mit der Zubereitung von Mahlzeiten und dem Abwaschen von Geschirr verbracht. Das ist mehr als doppelt so viel, als im gesamten Erwerbszweig «Handel und Reparaturgewerbe» bezahlt gearbeitet wurde.<sup>6</sup> Ausserdem wird jede Mahlzeit geplant, die Zutaten werden eingekauft und gelagert. Ausgehend von der Annahme, dass die aktuelle Rollenverteilung die Position der Frauen schwächt, wurde im ersten Workshop die Frage gestellt, ob «Empowerment» dazu beitragen kann, das derzeit existierende System zu durchbrechen. Dazu wurden Erfahrungen mit dem Programm «Economic Literacy»<sup>7</sup> aus dem Libanon vorgestellt. In interaktiven Workshops lernten diese Frauen, ihren Beitrag der unbezahlten Hausarbeit in den grösseren wirtschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Organisiert in Kooperativen, konnten sie ihre Position vielfältig stärken: im Haushalt, in der männerdominierten Welt der Kooperativen bis hin zum politischen Lobbying. Die anschliessende Diskussion setzte am europäischen Umfeld an: Was bedeutet in diesem Zusammenhang die Forderung nach mehr Ernährungssouveränität in der Schweiz? Wie können wir wieder mehr Kontrolle und Souveränität über unsere Nahrung, deren Produktion und Zubereitung gewinnen, ohne als Frauen wieder an den Herd verbannt zu werden und ungleiche Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten?

57

Im zweiten Workshop ging es um die Zusammenhänge zwischen Agrarproduktion im Allgemeinen und «Care». Wenn Produktion und Handel dazu führen, dass lokale Versorgungssysteme zerstört werden, sind Frauen besonders betroffen. Ein wirtschaftliches System, welches nur den Profit als Zielsetzung hat, ohne sich um das Wohlbefinden der Menschen zu «sorgen», hat versagt. Daher wurde in diesem Workshop der Ruf nach einer «sorgenden Wirtschaft» laut. Nur: Wie ist diese Idee «an den Mann zu bringen»?

Abschliessend sollen drei Ideen herausgestrichen werden, welche bei unterschiedlichen Diskussionen und Beiträgen genannt wurden, um Nahrungsmittelketten mit der Sorge-Ökonomie weiter zu verknüpfen:

1. Die Weiterentwicklung einer «sorgenden Ökonomie», die z.B. eine strenge Regulierung der Spekulation mit Nahrungsmitteln und den Schutz der lokalen Produktion im Sinn von Ernährungssouveränität vorsieht;
2. entlang der Nahrungsmittelkette eine Annäherung zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen, die offen sind für derartige Veränderungen, um die Soli-

darität zwischen ihnen in sehr unterschiedlichen Positionen und Situationen zu fördern;

3. eine weitere Auseinandersetzung mit dem Verständnis von Männlichkeit und Weiblichkeit im Zusammenhang mit Sorge und Versorgung und mit der Perspektive, die klare Zuständigkeit von Frauen aufzubrechen und Männer «mit ins Boot zu holen».

Am Ende wurde kritisch bemerkt, was denn jetzt an der Konferenz Neues thematisiert worden sei. Vielleicht ist gerade das der Skandal: Es fehlt nach wie vor die Verbindung zwischen der «Frauendomäne» Ernährung und den politisch/wirtschaftlichen Machtzentren, welche «männlich» funktionieren und die Rahmenbedingungen setzen. An der Konferenz wurde «Care» als feministisches Anliegen thematisiert und diskutiert, nicht nur als ewiger Hemmschuh für die wirkliche Entfaltung von Frauen in der «Männerwelt». Ein Recht darauf, andere zu versorgen, für Männer ebenso wie für Frauen, sowie eine «caring economy» geben neue Anstöße aus feministischer Sicht. Sie müssen noch weiter ausgearbeitet werden und dürfen nicht in konservativen Stereotypen enden, die den Frauen die Hausarbeit zuschreiben. Und: Wie gehen wir mit dem Widerspruch um, immer weniger

58 Zeit für die Produktion und die Verarbeitung von Lebensmitteln aufwenden zu wollen, ohne die Kontrolle und die Souveränität darüber abzugeben, was produziert und konsumiert wird? Welche Perspektiven bietet eine höher gewichtete «care economy» für den Weg hin zu einer «caring economy»?

Es bleibt eine Gratwanderung – so wie die Vereinbarkeit von häuslichen und professionellen Freuden bei uns im Haushalt: Der Thaicurry hat nach dieser Reflexion einen etwas schalen Geschmack angenommen. Glücklicherweise können wir das Rezept umstellen nach dem Motto «regional, saisonal, ökologisch und fair», um mit unserem Konsum auch anderen Menschen und der Umwelt Sorge zu tragen. Solche Alternativen im Kleinen machen aber hoffentlich Lust auf mehr: auf neue Prioritäten bei den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, die sowohl die globalen als auch die lokalen Rahmenbedingungen für die Nahrungsmittelproduktion vorgeben.

1 Anlässlich der UN-Millenniumskonferenz (Millennium Development Goals) wurden acht Entwicklungsziele formuliert, die bis ins Jahr 2015 erreicht werden sollen (gute Zusammenstellung in Wikipedia).

2 Siehe <http://www.viacampesina.org>; ein wichtiges Netzwerk zum Menschenrecht auf Ernährung ist FIAN (Food First Information and Action Network, [www.fian.org/](http://www.fian.org/)).

3 International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD), 2008: Global Report: Agriculture at a crossroads; <http://www.agassessment.org>.

4 Siehe Solidarity Center (2008): The true cost of shrimp – how shrimp industry workers in Bangladesh and Thailand pay the price for affordable shrimp (S. 18 ff.); [http://www.solidaritycenter.org/files/pubs\\_True\\_Cost\\_of\\_Shrimp.pdf](http://www.solidaritycenter.org/files/pubs_True_Cost_of_Shrimp.pdf).

5 Das Konzept der Ernährungssicherheit geht davon aus, dass das Vorhandensein von Nahrung nicht automatisch mit einem gesunden Ernährungsstatus einhergeht; es braucht «Care» in Form von Zeit und Wissen, diese Nahrungsmittel angemessen einzusetzen.

6 Quelle: Mascha Madörin, zusammengestellt aus Zahlen des Bundesamtes für Statistik: SAKE, AVOL, ETS (online 12/2008).

7 Siehe WIDE 2009: <http://62.149.193.10/wide/download/Middle%20East.pdf?id=559>. Mehr Informationen zum Programm «Economic Literacy» unter <http://www.wide-network.org>.

## Body-Politics: Wie gelebte Erfahrung politisch verhandelbar wird

Sabin Bieri

60

Die Perspektive der Body-Politics greift eine für die Sozialwissenschaften traditionelle Herausforderung auf: Es geht um die Verbindung der Mikroebene, verstanden als die gelebte Alltagserfahrung von realen Personen, mit der Makroebene der internationalen Politik. Der Körper wird via feministische Lesart als wichtige Kategorie für die Analyse staatlicher und internationaler Politik eingeführt und sowohl als Quelle der Unterdrückung als auch der Ermächtigung theoretisiert. Körper sind gemäss diesem Verständnis integrale Bestandteile von politischen Handlungen, auch wenn sie nicht die primäre Zielebene einer politischen Aktion darstellen. Theoretisch stützen sich die VertreterInnen eines Body-Politics-Ansatzes auf den Foucault'schen Entwurf der Biomacht und seine positive Inwertsetzung von Macht als «machen können» («pouvoir», im Gegensatz zu «puissance»). Diese Voraussetzung macht den Körper zu einem wichtigen Ort der politischen Mobilisierung.

Von solchen Mobilisierungsprozessen ging Wendy Harcourt in ihrem Tagungsbeitrag aus. Sie interessiert sich für die unausgesprochenen Bezugsgrössen, die in politischen Strategien implizit enthalten sind. Dabei fragt sie, wie sich das Modell einer sozial gerechten Gesellschaft verändert, wenn es nicht auf der Grundlage einer dominanten, heteronormativ angelegten Ökonomie und Politik aufbaut. Dieselbe Frage gilt für die herrschenden Care-Regime und damit für die Art und Weise, wie wir in unseren Gegenwartsgesellschaften über Verletzlichkeit und Abhängigkeit entscheiden. Schliesslich beschäftigt sich Harcourt mit dem Problem, wer autorisiert ist, über andere zu sprechen und deren gelebte, körperliche Erfahrung in politische Handlungen zu überführen. Beispiele dazu finden sich in der

Debatte um die Genitalverstümmelung bei Frauen ebenso wie im entwicklungs-politischen Diskurs zu HIV/Aids.

Bezogen auf die Versorgungsökonomie rückt die sogenannte Liebesarbeit – ebenfalls ein altes feministisches Thema<sup>1</sup> – ins Blickfeld. Die Herausforderung ist hierbei, die neuen feministischen Verbindungen zu suchen, aber auch die Trennungen zu analysieren, wie sie etwa die globale Versorgungskette schafft. Wie Rhacel Parreñas in ihren Arbeiten zur Care-Chain gezeigt hat, ist die verstärkte Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt in der westlichen Welt zusammen mit den globalisierten Arbeitsverhältnissen Ursache von neuen Verwerfungen zwischen Frauen des globalen Südens und des globalen Nordens. Nach Harcourt eröffnet die Herangehensweise der Body-Politics eine Perspektive, um Fragen der Gemeinsamkeiten sowie der Trennungen zu klären.

Wie das System politische Subjekte via Körper reguliert, stellte Indyra Mendoza-Aguilar in ihrer Intervention dar. Sie beschrieb den erstarkenden Einfluss religiöser Fundamentalismen in der honduranischen Politik und die Folgen am Beispiel eines neuen Gesetzes, welches die «Pille danach» verbieten sollte. Während vierzig Tagen war dieses Gesetz in Kraft, bis die Regierung dem stetig wachsenden und öffentlich demonstrierten Volksprotest nachgab und die Apotheken das Medikament wieder zur Verfügung stellen durften. Mendoza-Aguilar forderte eine starke feministische Stimme für Anliegen wie dieses, und sie rief angesichts des vergifteten Klimas, das in Honduras gegenüber *transgender* und transsexuellen Personen herrscht, zu Solidarität mit marginalisierten Gruppen auf.

Der Uterus sei dasjenige Körperorgan, welches in juristischen Diskursen am häufigsten zur Debatte stehe. Mit dieser Feststellung engagierte sich die dritte Referentin, Zeedah Meierhofer-Mangeli, für die feministische Wiederaneignung der Definitionsmacht über den weiblichen Körper. Sie erklärte die Grossmütter zu den kompetentesten Sorgearbeiterinnen und schlug vor, sich der Ökonomisierung der Sorgearbeit zu widersetzen, indem Frauen ihre Tätigkeitsfelder auf der Basis ihrer reichhaltigen Erfahrungen selbst vermarkten. In einem Plädoyer für «Self-Care» forderte sie das Publikum auf, den eigenen Körper so gut wie möglich zu pflegen. Genügend Zeit für Genuss und Musse, «leisure and pleasure», bilde die Grundlage für eine Überwindung der frauentypischen (Selbst-)Ausbeutung.

61

1 Bock, Gisela und Duden, Barbara, 1976. «Arbeit aus Liebe/Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus.» Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976/1977: S. 118–199.



## Die Care-Ökonomien in Lateinamerika<sup>1</sup>

Irma Arriagada, Amaia Orozco

Die Care-Ökonomie in Lateinamerika unterscheidet sich von der europäischen in Bezug auf mehrere Aspekte:

- 62
- die Zusammensetzung des Care-Bedarfs: in Lateinamerika ist der Anteil der Kinder im Vergleich zu alten Menschen hoch;
  - die Zusammensetzung der unbezahlten Arbeit: der Aufwand, um die Voraussetzungen für die direkte Betreuungs- und Pflegearbeit zu erbringen, ist relativ hoch;
  - die institutionellen Voraussetzungen: weniger Staat und mehr zivilgesellschaftliches Engagement;
  - die Migration: Lateinamerika ist ein Auswanderungsland, Europa ist ein Einwanderungsgebiet für Care-Arbeiterinnen.

Die Voraussetzungen für die Care-Ökonomie gestalten sich innerhalb des lateinamerikanischen Kontinents als äusserst heterogen. So zeichnen sich die einzelnen Länder durch unterschiedliche Einkommensniveaus, sozio-ökonomische Bedingungen und demographische Entwicklungen aus. Weiter können die Wohlfahrtsregime der einzelnen Länder unterschiedlich als staatlich-protektionistisch, produktivistisch-informell<sup>2</sup>, familiaristisch und stark familiaristisch charakterisiert werden.<sup>3</sup> Zudem nehmen die einzelnen Länder unterschiedliche Rollen als Herkunfts- und Zielort regionaler Migration von Frauen ein. Die einzelnen lateinamerikanischen Länder unterscheiden sich jedoch nicht nur untereinander, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder gibt es grosse regionale sozioökonomische Unterschiede. Trotz dieser Unterschiede weisen die lateinamerikanischen Länder bezüglich der Care-Ökonomie auch Gemeinsamkeiten auf. Die Verantwortung für die Care-

Arbeit liegt in erster Linie bei den Privathaushalten. Dies ist auf die immer noch stark verbreitete traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die schwache, segmentierte<sup>4</sup> soziale Sicherheit zurückzuführen. Die tragende Säule der Care-Ökonomie ist somit die unbezahlte Arbeit von Frauen. Bezahlte Hausarbeit hingegen ist nur in bestimmten Bevölkerungsschichten von Bedeutung. Die Präsenz des Staates ist schwach, da dieser praktisch keine Verantwortung für seine pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger übernimmt. Aus diesem Grund ist der Umfang der Care-Arbeit ausserhalb des Familiensystems sehr gering. Zudem führt die starke Segmentierung der Wohlfahrtsstaaten dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung keinen Zugang zu Leistungen des Gesundheits- und Erziehungswesens hat sowie zu Leistungen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen («servicios de conciliación»<sup>5</sup>). Diese sind an eine Erwerbstätigkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt gekoppelt, von dem aber die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen ist. Mit bedarfsabhängigen, zielgruppenorientierten Massnahmen der Sozialhilfe, die nicht Teil des Regulierungssystems der sozialen Sicherheit sind, wird versucht, Situationen der Armut und der Exklusion, beispielsweise für Kinder unter drei Jahren, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, zu lindern.

### Die Care-Krise

Die Funktionsweise der Care-Ökonomie reproduziert Ungleichheit, und dabei fungiert Care als Schlüsselement der sozialen Differenzierung. Auf würdige Weise Hilfe und Pflege zu geben und zu erhalten ist nur für privilegierte Bevölkerungsschichten ein einfordersbares Recht. Die Mehrheit der Bevölkerung ist prekären Care-Situationen ausgesetzt: So erhalten Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung Hilfe und Pflege unter unangemessenen und unsicheren Bedingungen. Frauen haben keine Möglichkeit, zu entscheiden, ob sie Hilfe und Pflege geben möchten oder nicht. Institutionalisierte Mechanismen, welche Konflikte zwischen Care-Arbeit und bezahlter Arbeit mildern, fehlen.

In Lateinamerika ist für Frauen die Arbeit als Hausangestellte die wichtigste Erwerbsarbeit, wobei Frauen mit Migrationshintergrund stark vertreten sind, wie beispielsweise indigene Frauen aus ländlichen Gebieten in Bolivien – als Ergebnis von intranationaler Migration – oder Frauen aus Nicaragua in Costa Rica (als Ergebnis von transnationaler Migration). Die Arbeit der Hausangestellten unterliegt einem Rechtsstatus, der sich von demjenigen von Arbeitnehmenden in anderen Sektoren unterscheidet und diskriminierend ist in Bezug auf Entlohnung, Arbeitsstunden, Kündigungen und Beitragszahlungen für die soziale Sicherheit. Zudem finden das Recht und die entsprechenden Gesetze oft keine Anwendung,



was zu einer ausgeprägten Informalität innerhalb dieses Arbeitssektors führt. In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Chile und Bolivien, hat sich die Gesetzgebung für die Hausangestellten in jüngster Zeit allerdings etwas verbessert.

Weitere bezahlte Care-Arbeiten, beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen, weisen ebenfalls grosse Unterschiede auf bei der Entlohnung und den generellen Arbeitsbedingungen, welche stark mit dem Feminisierungsgrad dieser Arbeitsbereiche korrelieren. Die zunehmende Institutionalisierung gemeinnütziger Angebote wie beispielsweise Mittagstische für bedürftige Personen in Peru («comedores populares») oder Kinderheime in Mexiko («residencias infantiles») führt in der Regel nicht zu einer vollen Anerkennung der verrichteten Care-Arbeiten.

Alles in allem äussert sich die Care-Krise in Lateinamerika auf zweifache Art und Weise: erstens als ein *konjunkturelles, jüngeres* Phänomen, was insbesondere die steigende Nachfrage und Komplexität auf der einen Seite und den Rückgang der potentiellen Angebote der Pflegenden auf der andern Seite betrifft. Gründe hierfür sind die niedrigeren Geburtenraten, das Steigen der Lebenserwartung, die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, der familiäre Wandel, neue Haushaltsformen mit weiblichen Haushaltsvorstehern und mehr allein lebenden Personen sowie die zunehmende Migration unter Frauen. Zweitens weist die Care-Krise auch *strukturelle, endemische* Merkmale auf, was die längerfristige Sicherstellung der täglichen sozialen Reproduktion und das Erreichen eines befriedigenden, multidimensionalen Lebensstandards betrifft – und was die Care-Ökonomie (zwangsläufig) mit einschliesst.

### Strategien zum Erreichen von mehr gesellschaftlicher Verantwortung in der Care-Ökonomie

Die gegenwärtige Situation in der lateinamerikanischen Care-Ökonomie ruft nach neuen Lösungsansätzen. Zunächst ist es notwendig, die Care-Krise zu einem öffentlichen Thema zu machen und auf die politische Agenda zu setzen, indem sich soziale und feministische Organisationen in einer breiten Koalition zusammenschliessen.

Dies muss zu einem Wandel in den Privathaushalten (Mitverantwortung der Männer) und in der öffentlichen Politik (Vorstösse zu integrierten Systemen der sozialen Sicherheit, welche Care als zentrale Dimension der sozialen Wohlfahrt einschliessen) führen. Bei diesem Prozess müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden: erstens, dass Care der gesellschaftlichen und nicht nur der familiären Verantwortung, geschweige denn der Verantwortung der Frauen unterliegt; zweitens, dass die Care-Ökonomie mit ihren unbezahlten und bezahlten Sektoren Teil der Dynamiken des gesellschaftlichen Ein- und Ausschlusses ist, weshalb Care-

Arbeit bei der Umverteilungspolitik berücksichtigt werden muss. Lateinamerika durchläuft zurzeit einen Wandel, der auch der Weiterentwicklung der Care-Ökonomie in diesen Ländern förderlich sein kann, da Massnahmen zur Umverteilung neue Betonung finden und die in der Entwicklungspolitik gesetzten Prioritäten förderliche Bedingungen für die soziale Reproduktion schaffen. Beispielsweise wurde in Bolivien und Ecuador das Konzept des «guten Lebens» («buen vivir») in den jüngst eingeführten Verfassungen verankert.

Konkreter ausgedrückt ist die Antwort auf die Care-Krise, dass die Schaffung von Arbeitsstellen mit der Erweiterung des Care-Angebots gekoppelt werden muss. Somit werden für die Bürgerinnen und Bürger sowohl Arbeitsstellen als auch Leistungen angeboten, die sie brauchen. Es wird ein kultureller Wandel hinsichtlich der Idee gefördert, dass Care einen Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung darstellt. Barrieren für Frauen, die erwerbstätig sein wollen, können auf diese Weise abgebaut werden.<sup>6</sup> Und es würden weitere Optionen, Kapazitäten und Freiheiten eröffnet und würde einen Schritt in Richtung gerechterer Verteilung der Care-Verantwortung zwischen dem Staat und den Privathaushalten sowie zwischen den Geschlechtern bedeuten.

*Übersetzung aus dem Spanischen: Rahel Strohmeier Navarro Smith, Dozentin und Projektleiterin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der SKOS.*

- 1 Der Text entstand im Rahmen des Projekts UN-INSTRAW, welches durch AECID «Construyendo redes: mujeres latinoamericanas en las cadenas globales de cuidados» finanziert wird und in welchem CEM Chile, CIDES-UMSA Bolivia, CISEPA-PUC Perú y FLACSO Ecuador ebenfalls beteiligt sind (siehe [www.un-instraw.org](http://www.un-instraw.org)).
- 2 Anm. der Übersetzerin: Im produktivistisch-informellen Wohlfahrtsregime wird die Mehrheit der Bedürfnisse der Bevölkerung in Bezug auf Pflege, Erziehung, Gesundheit, soziale Sicherheit weder durch öffentliche Institutionen noch durch Einkäufe auf dem formellen Markt, sondern durch informelle Netzwerke der Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit und oftmals auch in Form von unbezahlter Arbeit befriedigt.
- 3 Martínez Franzoni, Juliana (2007): Regímenes de bienestar en América Latina, Fundación Carolina-CeALCI.
- 4 Anm. der Übersetzerin: Segmentiert meint hier, dass nicht alle Menschen in einem System der sozialen Sicherheit gleichermaßen gegen die sogenannten sozialen Risiken Alter, Invalidität, Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. abgesichert sind, da gemäss Versicherungsprinzip der Zugang zu den Leistungen durch die (vorgängige) Erwerbstätigkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt definiert wird. Ein Grossteil der Bevölkerung ist aus diesem Grund letztendlich auf die nach dem Bedarfsprinzip ausgerichteten Leistungen der Sozialhilfe angewiesen, weil sie nur eingeschränkten oder keinen Zugang zu Sozialversicherungsleistungen hat.
- 5 Anm. der Übersetzerin: Unter «servicios de conciliación» werden Leistungen und Massnahmen verstanden wie Elternhilfe, Elternurlaub, Stillurlaubnis, flexibler Arbeitsplan etc.
- 6 OIT-PNUD (2009): «Trabajo y Familia: Hacia nuevas formas de conciliación con co-responsabilidad social», Santiago de Chile.

## Beziehungs- oder Sorgearbeit? Versuch einer Orientierung

Mascha Madörin

66 Es ist nicht klar, was genau zur Care-Arbeit gezählt wird und wann Arbeit Care ist. Einige AutorInnen sehen «Abhängigkeit» von der Sorge anderer, wie sie für Kinder, Kranke und Gebrechliche besteht, als Hauptkriterium für Care. Zentral für diese Sicht sind Begriffe wie «altruistische Motivation» und «Verantwortung» für andere, die dem Konzept des Eigeninteresses widersprechen, das den neoklassischen Markttheorien zugrunde liegt. Maren A. Jochimsen (siehe Buchbesprechung von Anni Lanz am Schluss dieses Kapitels) geht vom Begriff Care als generellem Konzept eines sorgenden respektive vorsorgenden Verhältnisses zur Welt aus und untersucht am Beispiel der Pflege die Besonderheiten des Arbeitsprozesses der «Caring-Arbeit». Das ist ein möglicher Ansatz und, wie die Buchbesprechung zeigt, ein ausgesprochen produktiver, der zu sehr vielen neuen Überlegungen anregt.

Ich selbst habe bei meinen bisherigen Analysen<sup>1</sup> nicht ein sorgendes Verhältnis zur Welt als Ausgangspunkt für meine eigenen Analysen gewählt, sondern ziehe den Begriff der «personenbezogenen Dienstleistung» als übergeordneten Begriff vor, nicht zuletzt, weil mich die Übergänge zwischen unbezahlter Care-Arbeit und bezahlter Dienstleistung – und umgekehrt – interessieren. Aber es ergibt Sinn, die Care-Arbeit als Unterkategorie von personenbezogenen Dienstleistungen, als bezahlte oder unbezahlte Sorge- und Versorgungsarbeit für Kinder, Kranke, Gebrechliche und generell unterstützungsbedürftige Personen zu betrachten, wie dies in allen drei Artikeln dieses Kapitels der Fall ist. «Personenbezogene Dienstleistung» überzeugt mich als übergeordneter Begriff aus folgendem Grund: Vielleicht ändern sich Gefühle, Motivationen und ethische Vorstellungen, und trotzdem ist die Personenbezogenheit sowohl der bezahlten

als auch der unbezahlten Care-Arbeit eine unausweichliche Eigenheit mit einer eigenen ökonomischen Logik. Im deutschsprachigen Raum ist von der neuen Frauenbewegung der Begriff «Beziehungsarbeit» geprägt worden. Wie er damals gebraucht wurde, hatte dieser Begriff eine andere Konnotation als Care heute, und er ist dem Begriff «personenbezogene Dienstleistung» näher als Care- oder Sorgearbeit. Hier ist festzuhalten, dass, wie bei der Debatte zur Care-Ökonomie, kein Konsens darüber besteht, welche personenbezogenen Dienstleistungen zur «Care-Arbeit» gezählt werden sollen.

### Eine grosse Herausforderung für das ökonomische und politische Denken

Eine der schwierigen, dem bisherigen ökonomischen Denken ziemlich fremden Fragen besteht darin, was eine personenbezogene Dienstleistung oder «Caring-Arbeit» von anderen Dienstleistungen und der Güterproduktion unterscheidet und wie das aus ökonomischer Sicht auf einen Nenner gebracht werden kann. Antwort: Bei der Debatte über Care-Arbeit oder personenbezogene Dienstleistungen geht es um eine Dienstleistung, die ohne Gegenwart der Empfängerin, des Empfängers der Dienstleistung nicht möglich ist. Die Beziehung zwischen Arbeitenden und Empfänger/innen ist immer gegeben, egal welche Qualität sie hat. Die Frage stellt sich dann, was die ökonomischen Voraussetzungen dafür sind, dass beispielsweise eine gute Pflege überhaupt möglich ist (Zeit, Arbeitsteilung und -organisation etc.).

Es gibt unterschiedlich stark personenbezogene Dienstleistungen sowie solche, bei denen besondere Abhängigkeitsverhältnisse und/oder existenzielle Bedürfnisse bestehen. Personenbezogene Dienstleistungen können nicht nur mehr oder weniger lebensnotwendig sein, sie können auch in unterschiedlichem Grad intim sein, einem unterschiedlich «nahe» gehen.

Wichtiges Merkmal aller personenbezogenen Dienstleistungen ist erstens, dass – im Unterschied zur Güterproduktion und zu nichtpersonenbezogenen Dienstleistungen – Produktions- und Konsumtionsprozesse nicht getrennt sind und nicht getrennt werden können. Der Austausch findet direkt zwischen Menschen statt – den DienstleisterInnen und Empfänger/innen – und nicht über den anonymen Markt. Zwischenmenschliche Beziehungen sind Teil des Arbeitsprozesses und des Austauschs. Die Arbeitszeit, die aufgewendet wird, ist Teil der Leistung. Zweitens sind Care-Tätigkeiten wie die Pflege von Kranken oder die Betreuung von Kindern durch ein Machtgefälle zwischen Dienstleistenden und KlientInnen charakterisiert, durch ein Verantwortlichkeits- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Betreuer/innen und den Betreuten. Drittens sind Care-Arbeiten meistens prozesshafter Natur, sowohl die Leistungen als auch ihre Wirkungen meistens zu komplex, um quantifiziert werden zu können. Die drei Merkmale

widersprechen den Annahmen, die in den gängigen Effizienz-, Anreiz-, Rationalitäts- und Marktvorstellungen als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Nichtsdestotrotz wird gegenwärtig beispielsweise in der Gesundheitspolitik unerbittlich auf ebendiese Modelle zurückgegriffen.

Es wird, wie in der Einleitung zu Kapitel 1 grafisch dargestellt, in allen Gesellschaften sehr viel Sorge- und Versorgungsarbeit geleistet, aber es handelt sich um viele verschiedene Varianten. Die Bereiche der personenbezogenen Dienstleistungen sind riesig, wenn wir die unbezahlte Arbeit dazuzählen. Es fehlt weitgehend eine Wirtschaftsgeschichte der gesellschaftlichen Organisation der «anderen Ökonomie» oder der Care-Ökonomie, der darin herrschenden Arbeits-, Austausch-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse. Und es fehlen differenzierte ökonomische Begriffe für die Beschreibung dieser unterschiedlichen Care-Verhältnisse und Care-Arbeiten.

Lange Zeit wurde der Begriff «Care-Arbeit» für die unbezahlte Arbeit im Rahmen der Familie gebraucht. Es schien wie klar, worum es sich dabei handelte, im Unterschied beispielsweise zur Arbeit für den Markt. Die beiden Artikel der Lausanner SozialwissenschaftlerInnen Marianne Modak, Françoise Messant und Jean-Michel Bonvin zeigen am Beispiel der Sozialarbeit auf eindrückliche Weise die Zwickmühle, in der heute Berufstätige stecken, welche Care-Arbeit leisten: Einerseits passen die in der Familie gelernten Formen des Umsorgens und Betreuens nicht zu den Erfordernissen ihrer Berufsarbeit, andererseits ist in ihrer Berufsarbeit Leistung so definiert, dass die Erfordernisse von Care, die ihrer Berufstätigkeit eigen sind, ignoriert werden. Beide Artikel zeigen in ihren «langsamen» und genauen Argumentationen, wie schwierig es ist, Care-Arbeit als berufliche Herausforderung ernst zu nehmen, sowohl was die Ausbildung für diese Berufe, die Leistungsprofile als auch was die Erfassung und Beurteilung der Leistungen anbelangt. Die Buchbesprechung von Anni Lanz beschreibt, mit welchen Stolpersteinen des Denkens die Ökonomin Maren Jochimsen sich konfrontiert sah, als sie sich auf den Weg machte, «Caring-Arbeit» in ökonomische Kategorien zu fassen.

Care, die Sorge um andere, kann in sehr repressiven, paternalistischen Verhältnissen organisiert sein – oder auch in anderen, demokratischeren. Die Debatte darüber, was denn Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit in dieser «anderen Wirtschaft» der personenbezogenen Dienstleistungen, der Intersubjektivität, heissen könnte, ist bis jetzt kaum geführt worden. Ebenso wenig die Diskussion über die Frage, welche wirtschaftlichen Strukturen Voraussetzung für eine Demokratisierung dieser «anderen Ökonomie» wären.

- 1 Beispielsweise im Artikel «Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze». In: Jahrbuch 2007 des Denknetz. Zürich, S. 141–162. Etliche meiner Überlegungen haben den Ausgangspunkt in einem erhellenden Artikel der australischen Ökonomin Susan Donath 2000: *The Other Economy. A suggestion for a Distinctively Feminist Economics*. In: *Feminist Economics*, vol. 6, (1), S. 115–125.

## Sozialarbeit: Dilemmas und Verwicklungen der Care-Dienstleistungen im Berufsalltag<sup>1</sup>

Marianne Modak, Françoise Messant

70

Unser Ziel ist es, einige «Schlüssel» zur Sichtbarmachung der Betreuungs- respektive Sorgearbeit<sup>2</sup> zu vermitteln. Wir wollen aber auch zeigen, was es mit dieser Sichtbarmachung insbesondere für die Anerkennung dieser Tätigkeit auf sich hat. In der Folge verzichten wir auf den Begriff «Betreuen/Sorgen» zugunsten von «Care», denn unter Benutzung dieses Anglizismus wurden zu diesem Thema, zumindest in jüngster Zeit, die meisten Studien durchgeführt und Überlegungsansätze entwickelt. Schon allein darum ist der Ausdruck «Care» inzwischen praktisch unumgänglich. Dies aber auch deshalb, weil das englische «Care» besser als die deutschen Ausdrücke «Sorgen» und «Betreuen» oder das französische «prendre soin» sowohl die betreuende Geste als auch die Fürsorge, welche die Geste veranlasst, bezeichnet.

In diesem Sinne ist Care eine Arbeit, deren Eigenheit darin besteht, dass in derselben Praktik eine Mischung aus auf die Bedürfnisse einer Person ausgerichteter Fürsorge und Übernahme von konkreter Verantwortung zur Stillung dieser Bedürfnisse vereint ist. In unserer soziologischen Untersuchung zu den Care-Praktiken der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (in der Folge: SA)<sup>3</sup> zeigen wir, dass eine derartige Kombination von Fachwissen und Fürsorge für die Care erbringende Person eine relativ grosse Handlungsfreiheit erfordert. Da Handlungsspielraum bekanntlich mit der wirtschaftlichen Logik insofern unvereinbar ist, als sie die Kosten durch eine Standardisierung der den Benutzern zustehenden Betreuung zu senken sucht, ist Care-Arbeit in Ermangelung von Minimalbedingungen zu deren Erbringung – seien diese auch nur zeitlicher Art – dem Unter-

gang geweiht. In den im Rahmen unseres Forschungsprojektes beobachteten und analysierten Sozialdiensten, die durchaus von Budgetkürzungen betroffen sind, ist jedoch von einem Untergang nichts zu spüren. Die Care-Arbeit wird erbracht, auch wenn sie nicht vorgeschrieben ist (in den Pflichtenheften ist sie relativ selten erwähnt). Dies sogar dann, wenn die Bedingungen schlecht sind – ein zusätzlicher Beweis dafür, dass sie eine unerlässliche Ergänzung zur vorgeschriebenen Arbeit darstellt –, manchmal fast im Geheimen, ohne moralische Unterstützung und mit zusehends schwächerer institutioneller Anerkennung. Somit lautet die Frage, die wir beantworten wollen, da sie die Produktionsbedingungen der Care und deren Kosten hinterfragt: Warum erbringen SozialarbeiterInnen (Pflegefachfrauen, Fachangestellte Gesundheit, PflegeassistentInnen, Spitex-Angestellte usw.) Leistungen, die über das hinausgehen, was formell von ihnen verlangt wird, und laufen sogar Gefahr, durch Überarbeitung ihr persönliches Gleichgewicht aufs Spiel zu setzen? Sind Leiden und Bedürfnisse der anderen derart schwerwiegend, dass sich jede (und jeder) betroffen fühlt, ganz zu schweigen von jenen, deren Beruf eben im «Betreuen» besteht? Hat der Umstand, eine Frau zu sein (was auf eine überwältigende Mehrheit der Angestellten im Sozial- und Gesundheitswesen zutrifft), zur Folge, dass man «ganz natürlich» mehr unternimmt als verlangt? Oder ist die Care-Arbeit, wie weit unten sie in der Hierarchie der Berufe auch eingestuft ist, aufgrund des Nützlichkeitsgefühls, das sie verschafft, immer noch mehr wert als «Drecksarbeit» (z.B. Putzen)?

Die Forschung im Bereich der Arbeitsplätze im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen erlaubt es, einige dieser möglichen Antworten zu überprüfen. Doch lassen sich Ergebnisse, die aufgrund der Aussagen unqualifizierter und ausschliesslich weiblicher Arbeitskräfte erlangt wurden, auf qualifizierte Care-Berufe, wie z.B. den der SozialarbeiterInnen, übertragen? Immerhin kann hier ein anerkanntes Diplom erworben werden. Ausserdem stellen in der Schweiz Männer etwa ein Drittel der SA. A priori scheint es, dass status- und geschlechtsgebundene «Vorrechte» die Tatsache nicht aufwiegen, dass das «Betreuen» soziale Berufe besonders anfällig macht für Sparmassnahmen. Denn es wird deutlich, dass das Element, das Care-Berufe verbindet und deren eigentlichen Angelpunkt darstellt, diese schwächt, weil es sich einer quantitativen Messung entzieht. Denn die nunmehr gut eingespielten Methoden der Kompetenzmessung eignen sich nicht zur Messung der für Care charakteristischen Fürsorglichkeit.

Die Schwierigkeiten beim Messen des «Betreuens» behindern zudem den Professionalisierungsprozess deutlich. Wie wir wissen, basiert die Professionalisierung auf institutionell erworbenen Kompetenzen und nicht auf Beziehungskompetenzen und emotionalen Fähigkeiten, welche nicht von der Person zu trennen und somit schwer übertragbar sind. Anders gesagt: «Sorge» ist keine von der Person

71

loslösbare Qualifizierung und wird deshalb im Allgemeinen als natürliche Veranlagung, als Begabung betrachtet. Es kann nicht gelernt werden, ist kaum zu bemerken und zählt somit schwerlich als Kompetenz. Und trotzdem ist «Sorge» (Care) Angelpunkt des Berufes! Extrem vereinfacht kann gesagt werden, dass das Problem, mit dem sich die SA und deren Berufsorganisationen herumschlagen müssen, folgendes ist: Wie lässt sich ein Care-Beruf professionalisieren, sein Status verbessern, ohne auf Care zu verzichten und ohne dass die SA zu VerwalterInnen werden, zu «BeamtenInnen», wie viele SA in unseren Gesprächen es nannten.

«Zuhören, die Person begleiten», so drückte es eine der interviewten Personen aus, «das ist eine <Beigabe>, aber eine <unverlangte Beigabe>. Ich vergleiche diese Einschätzung immer mit der M-Budget-Linie. Dort wird zwar Quantität geliefert, aber nicht Qualität.»

Was ist diese von SA erwähnte «Beigabe» wert? Wie könnte sie anerkannt werden? Untersuchen wir nun einige theoretische Anhaltspunkte, die uns bei diesen Überlegungen leiten.

#### **Das Care-Konzept, theoretische Anhaltspunkte**

72 Nach Arlie Hochschild (2003), deren Definition wir hier sinngemäss übernehmen, ist Care eine oft wechselseitige emotionale Bindung zwischen einer Person, die Care-Leistungen anbietet, und einer anderen, der sie zugutekommt. Dabei fühlt sich der/die Care-Geber/in für das Wohlbefinden der/des Care-Empfängerin/s verantwortlich und erbringt eine geistige, emotionale und körperliche Arbeit, um diese Verantwortung zu tragen. Care ist somit mehr als Empathie und geht über Fürsorge hinaus, ist mehr als Beziehungstechnik. Care ist also mehr als all diese Methoden, die SA in ihrer täglichen Arbeit einzusetzen gelernt haben – und einsetzen, bevor die Auseinandersetzung über die Anerkennung dieser Arbeit losging. Care umfasst diese Techniken und diese persönlichkeitsbezogenen Kompetenzen («savoir-être»), zeigt aber das Problem unter einem anderen Gesichtspunkt. Care wirft Licht auf einen wenig bekannten, aber unerlässlichen Aspekt, der zu verstehen hilft, was sich im Bereich der Anerkennung des Berufes abspielt.

Doch kommen wir zuerst auf theoretische Elemente zurück, die uns als Bezugspunkte dienen sollen. Zum Ersten konnte in den 1970er Jahren dank den feministischen Untersuchungen zur Haus- und Familienarbeit erstmals Licht auf Care geworfen werden. Diese Untersuchungen hinterfragten die Unentgeltlichkeit der Frauenarbeit in der Privatsphäre. Die (Schein-)Begründung für die Gratisarbeit war, es handle sich um eine beziehungs- und gefühlsmässig erfüllende Tätigkeit und die für Care nötigen Kenntnisse seien schwer erkennbar.

Die Untersuchungen zeigten weiter, dass die Gründe für diese Verschleierung innerhalb der Familie auf die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Geschlechtern zurückzuführen sind.

Zum Zweiten verschob sich das Interesse der Forschung in den 1980er Jahren auf die Berufswelt: Untersucht wurden die Arbeitsstellen, die durch die zunehmende Externalisierung der herkömmlicherweise der Familie zufallenden Aufgaben (Haushalthilfen, Krippe-Erzieherinnen usw.) entstanden waren. Diese Studien zeigen, dass auch bezahlte Care-Berufe nicht besser eingestuft werden: Sie werden schlecht entlohnt, geniessen geringes Ansehen und werden weiterhin fast ausschliesslich von Frauen ausgeübt. Denn Frauen gehen offenbar ganz «natürlich» vom Privaten zum Beruflichen über und betreuen privat ihre Angehörigen und beruflich z.B. SozialhilfeempfängerInnen. Diese Sicht, die an Verachtung grenzt – Frauen leisten Care-Arbeit, ohne dass es sie etwas kostet und ohne dass es die Gemeinschaft etwas kostet –, verstärkt die Idee, Familien-Care und berufliche Care seien ein und dasselbe. Für Berufe, die aus der Externalisierung der Familien- und Hausarbeit hervorgegangen sind und die nach einer echten Professionalisierung streben, ist also Folgendes wichtig: Die Verknüpfung von beruflicher und Familien-Care verstärkt die Geringschätzung gegenüber der Ersteren. Es sieht ganz so aus, als kontaminiere die Arbeit, die in der Privatsphäre unbezahlt abgenötigt wird, die materielle Anerkennung und die soziale Achtung ebendieser Arbeit in der beruflichen Sphäre.

Zum Dritten gewinnt die Reflexion über Care in den 1990er Jahren im Bereich der sozialen Gerechtigkeit, der Public Policy und der Ethik eine neue Dynamik. Es wird versucht, Care aufzuwerten, indem deren gesellschaftlicher (und wirtschaftlicher) Verdienst unterstrichen wird: Einerseits kommt Care-Arbeit nicht nur der Person zugute, für die sie bestimmt ist, sondern sie produziert auch kollektive Ressourcen («public goods»), von denen die Gesellschaft profitiert. Andererseits zeugen die Care-Praktiken vom Bestehen eines Gerechtigkeitsideals bei ihren ErbringerInnen, das deren Verantwortungsgefühl für soziale Kontakte, deren Sinn für Beziehungen anstelle blosser Rechte und Regeln ausdrückt. Diese der Care eigene ethische und moralische Dimension der Gerechtigkeit – die lange nicht als solche erkannt wurde, da sie mit der Familie und der Privatsphäre verknüpft wurde – ist insofern spezifisch, als sie sich auf die Anerkennung des Individuums stützt und die Verletzlichkeit seines ganzen Lebens umfasst: Kind, krank, behindert, mittellos usw. Anders gesagt beruht die Ethik von Care auf der Idee, dass Abhängigkeit in einem grösseren Ausmass als individuelle Autonomie zum menschlichen Schicksal gehört. In dieser Bedeutung hat Care eine kritische Tragweite: Sie betrifft uns alle.<sup>4</sup>



### Kontrastreiche Vorstellungen über das «Betreuen»

Gegenwärtig stehen sich zwei Sichtweisen von Care gegenüber, die den Erbringerinnen und Erbringern von Care-Leistungen (insbesondere Fachleuten) bekannt sind und die auf die eine oder andere Weise ihre Praxis beeinflussen. So haben wir eine ziemlich negative Sichtweise dieser wenig prestigeträchtigen und oft mühsamen Arbeit, die Personen mit geringer sozialer Macht zugeteilt wird. Es ist eine Arbeit, die sie nicht wählen oder anderen «überlassen» können, die ihnen also zwangsläufig zufällt. Dies zeigt der Ausschnitt aus folgendem Votum:

«Als ich dieses Paar (...) sah, verlor ich sogleich den Mut und hätte am liebsten losgeheult. Es war ein solches Bild von Elend, dass ich mir sagte, «Nein, ich habe nicht den Mut, mich damit zu konfrontieren!». Und es hat mich gekostet, enorm gekostet. Aber ich hatte nicht die Wahl, ich hatte einen Termin mit diesen Leuten, ich musste meiner Verpflichtung nachkommen.»

Demgegenüber steht eine Sichtweise von Care, die von positiven Werten gefärbt ist, weil Care eine klare Abkehr von der wirtschaftlichen Rentabilität der Handelssphäre symbolisiert und zum Allgemeinwohl beiträgt. Diese Sicht preist ein gewisses Konzept der sozialen Gerechtigkeit, der Wichtigkeit von Beziehungen und affektiven Werten, die von gewissen Berufen verfochten werden. Sie stellt aber auch eine Ressource für autonomes berufliches Handeln dar.

«Care besteht darin, Fragen zu beantworten, für die es oft keine Lösung gibt. Care begleitet somit alles, was die Gesellschaft nicht beantworten will, ist also zugleich unnützlich und unentbehrlich ...»

«... es ist auch das Revier, das der SA eigen ist, und auf dieses Privileg beruft sie sich, gibt sich neuen Mut, wenn es ihr z.B. intern an beruflicher Anerkennung mangelt oder wenn die Stelle (von aussen) bedroht ist.»

«Eine Sozialhilfebezügerin oder ein Sozialhilfebezüger kann unumwunden sagen: «Ich bin nicht einverstanden mit Ihnen und ich kämpfe für mein Recht, ich werde mein Recht geltend machen.» So etwas macht mir Freude. Wenn man so weit ist, ist es auch, weil am Anfang SozialarbeiterInnen stehen, die an dieses Ideal geglaubt haben und die bereits kleine Schritte vollbracht haben, damit es erreichbar wird.»

Das Bestehen dieser zwei antagonistischen Sichtweisen von Care weist deutlich auf die kritische Tragweite des Care-Konzeptes hin: Die multidimensionale Realität der Betreuungsarbeit lässt sich ohne vorgefasste Meinung darüber, was sie letzten Endes bedeutet, nicht erfassen. Anders gesagt ist die Mobilisierung von Care in der Berufspraxis positiv oder negativ konnotiert, stärkt oder schwächt das Selbstwertgefühl und funktioniert grundsätzlich wie ein Mechanismus zum Etikettieren von Berufsidentitäten.

Unsere Untersuchung zeigt, dass diese positiven oder negativen Sichtweisen von Care bei den SA die Art, wie sie für andere Verantwortung übernehmen (im Sinne von «eine Last tragen»), auf unterschiedliche Art beeinflussen. Wir behaupten damit allerdings nicht, dass der Umfang der Betreuungssituationen allein von den SA abhängt. Ganz offensichtlich existiert eine objektive Arbeitslast, die von allen übereinstimmend als zunehmend schwerer eingeschätzt wird.

«Es ist Rentabilität, Leistung (...). Ich muss jährlich 250 [Akten] (...) bewältigen: Ich arbeite zu soundso viel Prozent, ich muss soundso viel erledigen, ich arbeite im Akkord. Das kann sehr schmerzhaft sein, denn man merkt sehr wohl, dass es nicht um den Umgang mit Menschen geht. Ich arbeite für die Stückzahl, das ist alles, was ich tun kann.»

Wir haben nicht die Absicht, diese Realität abzustreiten. Wir behaupten aber, dass bezüglich des gleichen Umfangs von Akten die geistige und emotionale Belastung, das Verantwortungsgefühl für Care verschieden sind, was sich auf die Dauer der Betreuungssituationen auswirkt. Je nach Status und insbesondere je nach Geschlecht grenzt nun der/die SA seine/ihre Pflichten anders ab. Dabei handelt es sich um einen Prozess des Tragens von Verantwortung, der komplex und schwer zu beherrschen ist. Er kann zur Zwickmühle werden, falls aus der Sicht der Fachleute keine objektiven und legitimen Grenzen gesetzt werden. Was geschieht in einer sozialen Beratung, wenn diese plötzlich zum Teufelskreis wird oder gar zum «Burn-out» führt?

«Das Gefühl von Ohnmacht ist ein sehr schwieriges Gefühl. Es spannt auf die Folter, es macht einen fertig. Man wird es nicht los, mittel- oder langfristig springt es uns plötzlich an, schlägt aufs Gemüt, auf die Psyche. Wenn man sich ständig ohnmächtig fühlt, endet dies in einer Depression.»

Unsere Studie hat einige für die Care-Praktiken der SA typische Mechanismen aufgezeigt, die direkt mit der Art und Weise zu tun haben, wie Care von den ProtagonistInnen der Beratung empfunden wurde. Dabei wird deutlich, dass die SA im Laufe der Gespräche während der sozialen Beratung (zusätzlich zu den konkreten Problemen) vier Dilemmas lösen müssen. Die Lösung dieser Dilemmas zeugt von der Existenz von Zwickmühlen bei diesen Fachleuten bei der Übernahme von Verantwortung zugunsten anderer, was sehr unterschiedlich gehandhabt wird.<sup>5</sup>

«Man gerät in eine Falle, sitzt komplett in der Falle und in Überlebensstrategien. Meine Strategie besteht darin, dass ich meine Handynummer gebe – es ist bequemer, wenn man mich zu Hause erreichen kann (...) –, und ich lehne es ab, mehr zu arbeiten: Wenn ich das täte, hätte ich mehr Akten und somit weniger Zeit, meine Arbeit recht zu machen. Ich weiss nicht, ob Sie sich das vorstellen können.»

### 1. Dilemma hinsichtlich Care als naturgegebene Veranlagung

Da die emotionalen und relationalen Kompetenzen, die zu Care gehören, von den Mädchen von klein auf erworben werden (Spiel mit Puppen und Puppenküche, Handreichungen im Haushalt usw.), scheinen sie im Erwachsenenalter selbstverständlich, und was im Kindesalter erworben wurde, wenn auch manchmal mit Mühe, wird später als eine persönliche Eigenheit gewertet. Dass man auf dieser Basis eine fürsorgliche Haltung als angeborene Veranlagung betrachtet, kann rasch einmal vorkommen, sogar bei gewissen Fachleuten:

«Er (...), er wählt seine Worte mit Sorgfalt, und sie haben empathische Kräfte. Ich, (...), würde mehr Warmherzigkeit und Mütterlichkeit hineingeben, aber das ist, weil ich in meinem Leben Kinder gewiegt habe, das ist normal. Er, er wäre ganz rationell, er hat das ganze Drumherum nicht nötig: Er braucht nur das richtige Wort, und alles geht bestens.»

Diese Haltung, die Care-Kompetenzen bei Frauen als «naturgegeben» zu sehen, ist üblich und sehr verbreitet, und dies, wie wir feststellen, nicht nur bei Laien. Im beruflichen Kontext erübrigt sie das Hinterfragen der Bedingungen, welche Care überhaupt möglich machen: Wenn diese aus einer persönlichen Veranlagung hervorgegangen sind und nicht aus einer beruflichen Rolle, brauchen sie nicht institutionell anerkannt zu werden, im Besonderen durch ein Diplom. Unsere Studie zeigt jedoch die Lage nicht auf eine so überspitzte Art. Fürsorge, Empathie, Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer sind nicht für alle SA selbstverständlich. *Selbstverständlich* sind sie im Wesentlichen bei SA, denen man eher solche Eigenschaften zuerkennt, das heisst vorwiegend bei Frauen.

Die Übertragung von Werten, die für die SA ein Dilemma darstellen, präsentiert sich somit in der folgenden dualen Form: Wird Care-Arbeit von weiblichen SA ausgeführt, ist die Tendenz stärker, sie als natürliche, «normale» Verlängerung der Persönlichkeit wahrzunehmen, so natürlich, dass sie praktisch unsichtbar ist. Weibliche SA laufen deshalb Gefahr, sich verpflichtet zu fühlen, «immer mehr» zu leisten, damit ihre Arbeit sichtbar wird. Wird aber Care-Arbeit von männlichen SA ausgeführt, geht die Tendenz dahin, Care von der Person losgelöst zu sehen, als angelernte Kompetenz zu betrachten und somit stärker zu registrieren, was den Fachmann dann dazu bringt, seine Anstrengungen besser zu dosieren, d.h. wahrscheinlich «gerade genug» zu leisten. Dieses erste Dilemma hat Folgen für das weitere Vorgehen.

### 2. Dilemma hinsichtlich der beruflichen Identität der SA

Die Care-Praktiken, die einen wichtigen Bestandteil des Berufs der SA (wie auch anderer Berufe) bilden, stehen im Zentrum eines intensiven identitären Seilziehens, namentlich für den Schutz des Berufes. Doch die Tatsache, dass diese Prakti-

ken weiblich konnotiert sind, diskreditiert sie, da sie mit ethischen und religiösen Werten verbunden werden, die aus der Vergangenheit stammen und von einem gewissen Puritanismus geprägt sind. Welche/r Pflegefachfrau/mann würde heute ohne Widerspruch akzeptieren, dass ihr/sein Lohn unter dem Vorwand abgegolten wird, ihre/seine Berufswahl beruhe auf Berufung? Diese Diskreditierung ist auch in gewissen Meinungen spürbar, die manche Personen über die Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen äussern.

«Gut, ein sehr konkretes Beispiel ist ein Umzug (...). Also wenn man die Theorie der maximalen sozialen Begleitung anwendet, so sucht man für die Person eine Wohnung, ist am Tag des Umzugs anwesend, mietet den Möbelwagen und packt mit an. So etwas kommt vor! Es gibt Leute, die das tun, und manchmal stellen sie gleich noch zwei, drei Kumpel an, die sich so ein kleines Trinkgeld verdienen. (...). Und dann legt man sich voll ins Zeug, richtet die Wohnung ein. Mit dieser Optik arbeiten die Leute, die sich für die soziale Begleitung starkmachen. Die andere Optik, wie ich es halte, besteht darin, [der Person zu sagen]: «Wenn Sie in einer Wohnung leben wollen, sind Sie fähig, eine zu finden. Sobald Ihnen dies gelungen ist, unternehme ich die nötigen Schritte und befasse mich mit dem offiziellen Teil, am Umzugstag. Ich beauftrage einen Umzugstransport, der Ihre Möbel abholen kommt und sie transportiert, und ich werde am Tag der Wohnungsübergabe zur Bestandesaufnahme da sein.» Der Zeitaufwand ist in den beiden Fällen radikal verschieden.»

Die berufliche Identität der SA ist auf des Messers Schneide, denn sie wird von Care gekennzeichnet und zugleich abgewertet. Mit anderen Worten stärkt dies für die SA, die «immer mehr Care-Arbeit erledigen müssen», ihre berufliche Identität, doch sie riskieren gleichzeitig, den Beruf zur Berufung zu machen. Umgekehrt verleihen Situationen, in denen man «nur das Nötigste macht», die nötige Verfügbarkeit, um neuartige Berufstechniken zu entwickeln, doch zur heutigen Zeit besteht das Risiko, dass die durch das Wegfallen des Betreuens entstandene Verfügbarkeit ausschliesslich durch administrative Aufgaben ausgefüllt wird, was den Beruf langfristig in Richtung Büroangestellte treibt.

### 3. Dilemma hinsichtlich der Übertragbarkeit der familiären Kompetenzen

Eine der Schwierigkeiten der Care-Praktiken im beruflichen Umfeld besteht darin, diese von den Kompetenzen im familiären Umfeld abzugrenzen, um sich der in der Privatsphäre gültigen Logik der Unentgeltlichkeit zu entziehen.

«Gerade heute Morgen sagte mir eine meiner jungen Kolleginnen (...): Ja, ist es eigentlich legitim, dass ich hier bin und Leuten Ratschläge erteile, die Kinder haben, wenn ich selber keine habe?»

«Ich betrachte sie nicht als meine Tochter, aber ich kommuniziere mit ihr wie mit meiner Tochter. Ich sage ihr nicht weniger, als ich meiner Tochter sage, mehr auch nicht. So verstehe ich das, wenn ich sage «wie meine Tochter», denn altersmässig könnte ich ihre Mutter sein, deshalb erlaube ich mir, ihr Dinge zu sagen, die ich mir gegenüber meiner Tochter herausnehme.»

Es ist effektiv schwierig, die beiden Welten, die private und die berufliche, voneinander abzugrenzen, obgleich alle Fachpersonen von der Notwendigkeit dessen überzeugt sind. Dies rührt einerseits daher, dass die Möglichkeit, von klein auf erlernte Kompetenzen in seine Berufspraxis aufzunehmen, einen Vorteil und eine zusätzliche Erfahrung darstellt. (Das Erlernen von Care in der Familie ist in Wirklichkeit ein Erwerb von Know-how, auch wenn dies selten anerkannt wird.) Andererseits verleiht wahrscheinlich die Logik des Gebens, der Unentgeltlichkeit, die den Austausch innerhalb der Familie rechtfertigt, Care-Tätigkeiten einen magischen Reiz. Es ist ein Gemeinplatz, zu glauben, alles, was unentgeltlich ist, sei notgedrungen besser als etwas Entsprechendes, das seinen Preis hat.

Anders gesagt bildet die Möglichkeit, Können von einer Welt in die andere zu übertragen, eine gewaltige Erfahrungs-Ressource, doch ist sie nicht unbedingt prestigeträchtig, denn der familiäre Aspekt wird oft als abwertend empfunden (in unseren Gesprächen war sogar von «Care-Mamis» die Rede). Auf der anderen Seite scheint die strikte Unterscheidung zwischen privater und beruflicher Care in Richtung einer Professionalisierung zu weisen, die jedoch noch in den absoluten Anfängen steckt. Dabei geht es in der Tat um die Idee, dass Care in der Arbeitswelt etwas Spezifisches ist und auf der Legitimierung von emotionalen Praktiken und Beziehungen beruht, die aus ihrer privaten und familiären Verankerung herausgelöst werden müssen.

#### 4. Dilemma hinsichtlich zweier im Spannungsfeld stehender Gerechtigkeitsprinzipien

Wie bereits oben erwähnt beruhen die Eigenheit der Care-Arbeit und deren Reichhaltigkeit zu einem guten Teil auf der Tatsache, dass diese Praktiken sich an Werten orientieren, die, obgleich sie vorrangig den Einzelnen betreffen, zumindest in der Berufswelt das Prinzip des gleichen Zugangs für alle zu den Rechten und Mitteln sicherstellen müssen. Es ist somit offensichtlich, dass es keine Anerkennung von spezifischen Bedürfnissen der Care-EmpfängerInnen geben kann, ohne dass vorher die Rechte anerkannt wurden, die eine Person zur Beanspruchung von Care-Leistungen qualifizieren. Umgekehrt scheint die Achtung ihrer Rechte ohne die Existenz von Empathie schwer haltbar. In der Tat schwächt die «juristische» Kälte die Wirkung der Hilfe und, mehr noch, deren Akzeptanz.<sup>6</sup> Unsere Gespräche mit den SA zeigen aber auch, dass sich Care-Praktiken nie so gut

entfalten, wie wenn sie mit objektiven Rechten abgegrenzt und in einem Rahmen gehalten werden. So wie auch die Rechte nie so wirksam sind, wie wenn sie der Person wirklich klar und verständlich erklärt wurden. Doch ein Gleichgewicht ist schwer zu erlangen.

«Ich war nach Abwägen von Dafür und Dagegen einverstanden, ihm diesen Dienst zu erweisen (...), doch es geht mir immer noch gegen den Strich, denn für mich ist es eine Gewissensfrage. Denn es muss natürlich so sein, dass ich gegenüber allen Personen die gleiche Haltung einnehme, also dass wir institutionell vorgehen und nicht einzelfallmässig.»

Die der Care entstammende Anforderung, die sich den SA in ihrer Arbeit stellt – nämlich ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden «in Konkurrenz stehenden» Prinzipien aufrechtzuerhalten –, ist eine schwierige Aufgabe. Bei der Beobachtung der Praktiken der SA zeigt sich ein Schwanken zwischen einer starken Gewichtung der Kommunikation der Bedürfnisse durch die Care-EmpfängerInnen, mit dem Risiko, dass diejenigen, die «schlecht» im Kommunizieren sind, benachteiligt werden, und einer starken Gewichtung der Gleichheit der Rechte im diskriminierten Kollektiv. Dies mit dem Risiko, dass der Einzelne mit seinen persönlichen Bedürfnissen vernachlässigt wird.

#### Schlussfolgerung

In unserer Studie betrifft der berufliche Einsatz von Care alle interviewten SA, Frauen und Männer, da Care ein inhärenter, grundlegender Teil ihrer Arbeit, ein Bestandteil ihrer beruflichen Identität ist. Man kann somit nicht behaupten, dass diese Arbeit, zumindest im Beruf der SA, einem Geschlecht zuzuschreiben ist. Doch die Möglichkeit, in eine der Zwickmühlen zu geraten, die wir hier schematisiert gezeigt haben, hängt im Gegensatz dazu stark vom Geschlecht ab. So ist die Schwierigkeit, sich gegen eine Flut von Care-Arbeit zu schützen, die von Frauen aufgrund ihrer Einbindung in Privat- und Berufssphäre erwartet wird, eine typisch weibliche. Denn Sinnübertragungen sind nun einmal, wie sie sind, und zahlreiche Frauen (ab und zu auch Männer) haben eine typische berufliche Laufbahn mit Verknüpfungen zur Privatsphäre, die sie dazu führen, in Abteilungen und mit BezügerInnen von Care-Leistungen zu arbeiten, wo Care tendenziell vorrangig und zugleich wirksam ist: in der Opferhilfe oder bei Pro Senectute zum Beispiel, und nicht bei der Amtsvormundschaft für Erwachsene.

Für die SA geht es bei der Lösung dieser Dilemmas konkret darum, das Ineinanderspielen verschiedener Verantwortungen zu meistern, die jede Care-Praktik mit sich bringt. Die Beherrschung dieser Verwicklungen ist je nach Geschlecht der Betreuenden von unterschiedlichen (gesellschaftlichen) Erwartungen geprägt. Sie konditioniert die Fähigkeit, dem beruflichen «Burn-out» entgegen-

zuwirken oder eben nicht. Sie ist somit keine rein technische Operation, auch wenn sie sich mit zunehmender Berufserfahrung aneignen lässt: Sie ist normativ, geschlechterspezifisch und strategisch, sie ist somit auch politisch. Was dabei auf dem Spiel steht, ist einerseits die Anerkennung des Berufs, die Möglichkeit, dass dabei das persönliche Prestige steigt oder im Gegenteil sinkt. Andererseits geht es darum, dass auf persönlicher Ebene die Qualität der Betreuungen aufrechterhalten werden kann, ohne dass man sich selber körperlich oder seelisch zerstören lässt. Davon handeln die Care-Praktiken der SA ... unter der Bedingung, dass man über die nötigen konzeptuellen und methodologischen Schlüssel verfügt, um sie ausloten zu können.

*Übersetzung aus dem Französischen: Marianne Scheer*

80

- 1 Wir geben hier einen Vortrag vom 28. Januar 2009 wieder, den Prof. Marianne Modak anlässlich eines Studientages der Forschungs- und Weiterbildungseinheit an der Fachhochschule für Soziale Arbeit (EESP) in Lausanne, zum Thema der Ökonomie des «Sorgens und Betreuens», gehalten hat. Das Referat wurde von Marianne Modak und Françoise Messant ausgearbeitet.
- 2 Anm. der Redaktion: Im französischen Text ist hier von «le travail du prendre soin» die Rede. In der deutschsprachigen Fachliteratur wird heute für die Pflege- und Betreuungsarbeit oft übergreifend der Begriff «Sorgearbeit» (oder «Sorge- und Versorgungsarbeit») gebraucht, um generell bezahlte und unbezahlte personenbezogene Dienstleistungen zu beschreiben, welche Beziehungsarbeit, das Sich-Kümmern um und die Sorge für andere beinhalten.
- 3 Modak, Marianne et al.: Du privé au public; travail social et professionnalisation du care. Etude sur les pratiques de care chez les AS. Finanzierung der Studie durch den Schweizerischen Nationalfonds (Fonds DORE, Nr. 13DPD\*-109374) und Kompetenznetz REA der HES-SO. Partner der Studie: fünf Sozialdienste der französischen Schweiz (Opferhilfe, Vormundschaftsdienst, Jugendschutz, Sozialhilfe, Betagtendienst).
- 4 Für eine Synthese (in französischer Sprache), der wichtigsten Arbeiten in dieser Perspektive siehe P. Paperman und S. Laugier (Verl.) (2005): Le souci des autres. Ethique et politique du care. Paris: Editions de l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales.
- 5 Siehe Tabelle am Ende des Artikels.
- 6 Fisher, Jeffrey/Nadler, Arie/DePaulo, Bella (Hg.) (1983): New Directions in Helping. Recipient Reactions to Help. New York: Academic Press.

#### Literatur

Bachmann, Laurence et al. (Hg.) (2004): Famille-travail: une perspective radicale? Nouvelles Questions Féministes, 23 (3), 4–10.

Bubeck, Grace (1995): Care, Gender, and Justice. Oxford: Clarendon Press.

Modak, Marianne/Benelli, Natalie/De Kinkelin, Carol (2008): La reconnaissance du care dans le travail social: éléments pour une analyse du travail des assistant-e-s sociales. In: Rosende, M./Benelli, N. (Hg.): Laboratoires du travail. Lausanne: Antipodes.

Nadai, Eva Sommerfeld, Peter Bühlmann, Felix (2005): Fürsorgliche Verstrickung, Soziale Arbeit zwischen Profession und Freiwilligenarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Paperman, Patricia Laugier, Sandra (Hg.) (2005): Le souci des autres. Ethique et politique du care. Raisons pratiques, 16. Paris: Editions de l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales.

#### Dilemmas und Verwicklungen in den Care-Praktiken

<b>Naturgegebenheit</b>	Die Care-Praktiken der Personen, die als «Versorger» bezeichnet werden, sind selbstverständlich ...	Die Care-Praktiken der Personen, von denen kaum solche erwartet werden, erlauben eine rollengebundene Distanz ...
<b>Berufliche Identität</b>	... man sieht sie nicht und riskiert, dass die Arbeitslast ständig zunimmt, die «Verweiblichung» des Berufs und die Geringschätzung sich verstärken.	... man bemerkt sie, mit dem Vorteil, dass man so viel macht wie nötig, aber nicht mehr, was den Berufswert stärkt.
<b>Übertragbarkeit der familiären Kompetenzen</b>	Anknüpfung ans Familiäre/Mütterliche: echte Erfahrung, aber geringe berufliche Valorisierung.	Care-Praktiken, die einen Bruch mit dem Familiären markieren: Sie müssen mit neuen Kriterien definiert und legitimiert werden.
<b>Zentraler Wert des Berufs</b>	Persönliche Beziehung (Nähe, Authentizität) zu Empfängern.	Abstraktion und Beziehungsdistanz zu Empfängern, Rechtssubjekt.

81

## Care, Respekt und New Public Management<sup>1</sup>

Jean-Michel Bonvin

82

In einer Care-Beziehung stehen sich ein/e Pflege- oder Betreuungserbringer/in und eine verletzbare oder abhängige Person gegenüber. In dieser dissymmetrischen Beziehung ist die Frage des Respekts vorrangig. Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, die Chancen der Einführung einer respektvollen Care in einem vom New Public Management geprägten Rahmen zu prüfen. Zu Beginn wird versucht, die Bedingungen für Respekt in der Care-Beziehung zu identifizieren, wobei wir uns an den Überlegungen des Philosophen Jean-Louis Genard sowie der feministischen Soziologin Patricia Paperman orientieren werden. Danach wird untersucht, inwiefern das New Public Management eine respektvolle Care-Beziehung erleichtert oder im Gegenteil erschwert.

### Die Care-Beziehung und die Formen von Respektlosigkeit

Genard unterscheidet diesbezüglich zwei Situationen: einerseits die, in welcher sich die beteiligten Personen als Gleichgestellte betrachten, die über gleiche Fähigkeiten zur Selbständigkeit verfügen und somit ähnliche Erwartungen aneinander stellen; andererseits die, in der sich eine der Personen in einem Zustand der Abhängigkeit befindet und die andere braucht, um zurechtzukommen. Hier zeugen eher Anteilnahme und Empathie von Respekt als Gegenseitigkeit oder die Aufforderung zur Selbständigkeit. In beiden Situationen kommt dem Respekt ein spezifischer Raum zu, der aber ständig vom Auftreten einer respektlosen Haltung bedroht ist.

Im Fall der Beziehung zwischen Gleichgestellten kann sich Respektlosigkeit auf zwei Arten äussern. Zuerst einmal durch eine überspitzte Aufforderung zu

Selbständigkeit und Verantwortung, die eine der beiden Parteien der Beziehung mit übermässigen Erwartungen belastet. Diese erste Form von Respektlosigkeit führt dazu, dass von der anderen Person zu viel Verantwortungsbewusstsein gefordert wird, dass im Hinblick auf deren effektive Fähigkeiten zu viel von ihr verlangt oder erwartet wird. Weiter ist aber auch die Verweigerung der Fähigkeit zur Selbständigkeit eine Form von Respektlosigkeit, da die Person behandelt wird, als sei sie unzurechnungsfähig oder unfähig, selber zurechtzukommen. Mit dieser zweiten Form von Respektlosigkeit, die Genard mit der «Verweigerung der Gegenseitigkeit» gleichsetzt, wird der Person sozusagen ihre Menschlichkeit verweigert. Eine respektvolle Haltung liegt zwischen diesen beiden Extremen, ohne zu grosse Erwartungen oder Forderungen zu stellen, aber auch ohne die Fähigkeit zur Selbständigkeit des anderen gänzlich zu leugnen.

Genauso kann sich in einer Beziehung zwischen Ungleichgestellten die Respektlosigkeit sowohl aus der gesteigerten Abhängigkeit vom anderen als auch umgekehrt aus der Verweigerung ebendieser Abhängigkeit ergeben. Im ersten Fall besteht das Risiko darin, die Person zu infantilisieren, indem ihr jegliche Fähigkeit zur Selbständigkeit abgesprochen wird und sie überbeschützt wird. Die Abhängigkeit der Person im Hinblick auf einen klar abgegrenzten Aspekt (körperliche Behinderung, Unfähigkeit, die eigenen Finanzen zu verwalten usw.) wird auf die ganze Person extrapoliert, die somit als total abhängig betrachtet wird. Mit dieser dritten Form von Respektlosigkeit wird der Hilferuf der verletzten Person überbewertet, und sie wird daran gehindert, in den Bereichen ihrer Existenz selbständig zu sein, wo sie nicht abhängig ist. So ist zum Beispiel eine paternalistische Haltung, in welcher der/die Care-Erbringer/in die Person vollumfänglich betreuen will und so weit geht, ihr jede Form von Selbständigkeit oder Eigenverantwortung abzusprechen, eine Form von Respektlosigkeit, obgleich sie einer wohlwollenden Gesinnung entspringen mag. Genau umgekehrt wird im zweiten Fall der Hilferuf der verletzten Person zurückgewiesen, und dieser wird mit Gleichgültigkeit begegnet. Eine solche Haltung der Gleichgültigkeit ist manchmal gerechtfertigt mit dem Ziel, die verletzbare Person nicht in ihrer Abhängigkeit verharren zu lassen und ihre Fähigkeiten zur Selbständigkeit zu wecken. Diese vierte Form von Respektlosigkeit ist umso plausibler, als die Care-Zeit, das heisst die zur Anteilnahme am anderen und zur Empathie ihm/ihr gegenüber vorgesehene Zeit, nicht gewährt wird. Wenn der/die Betreuungserbringer/in etwa dringliche Fälle betreuen muss und die Care-Zeit nicht gewähren kann, obwohl ihm/ihr diese nötig erscheint, existiert ein echtes Risiko von Respektlosigkeit in dieser Form einer «Hilfe-Verweigerung».

Mit Hilfe dieser vier Formen von Respektlosigkeit lässt sich im Umkehrschluss das Feld definieren, in dem sich eine respektvolle Care-Haltung umsetzen lässt.

83



Das Ausbleiben von Care (Gleichgültigkeit) oder eine allzu paternalistische Care sind gleichermaßen Formen von Respektlosigkeit wie das Pochen auf Selbständigkeit der Person oder das Abstreiten derselben. Es ist wichtig, jedem dieser vier Pole insofern Rechnung zu tragen, als die Care-Beziehung sich nicht um eine/n völlig abhängige/n Dritte/n dreht. Die Care-Erbringer/innen haben es mit einer Person zu tun, die verletzbar ist und zugleich über Fähigkeiten zur Selbständigkeit verfügt. Sie müssen deshalb ständig auf der Hut sein, um diese vier Klippen der Respektlosigkeit umschiffen zu können.

### Die Bedingungen einer respektvollen Care

Patricia Paperman unterstreicht ihrerseits zwei für eine respektvolle Care grundlegende Haltungen. Als erste wichtige Bedingung nennt sie, dass der/die Care-Erbringer/in ebenso respektiert wird wie die verletzbare oder abhängige Person. In der Tat führt die Disqualifizierung der Care, die als Familien- und Frauenaufgabe dargestellt wird, die keine spezifischen Kompetenzen, sondern einen naturgegebenen Sinn für Anteilnahme und Empathie erfordert, dazu, dass der/die Care-Erbringer/in zusammen mit der abhängigen Person in einen Sog der Respektlosigkeit gerät. Hier wird Gewicht auf durchaus konkrete Fragen wie zum Beispiel die materiellen Mittel und die für die Care-Aufgaben verfügbare Zeit gelegt, aber auch auf die Anerkennung und die symbolische und rechtliche Aufwertung, die diesen Aufgaben zubilligt werden. Nach Paperman führen unzureichende Mittel, eine übermäßige Arbeitslast, eine ungenügende rechtliche und symbolische Anerkennung (beispielsweise durch eine sehr bescheidene Entlohnung oder eine Positionierung der Care auf den untersten Stufen der Berufshierarchie) dazu, dass nicht nur die Care-Erbringer/innen, sondern auch die abhängigen Personen missachtet werden. Eine Gesellschaft, die Care-Aufgaben nicht schätzt und (unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Effizienz) nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, um sie auf angemessene Weise zu erfüllen, missachtet damit implizit die verletzbarsten ihrer Mitglieder.

Aufgrund der inhärenten Nähe zwischen der abhängigen Person und dem/der Betreuungserbringer/in ist die Care-Beziehung besonders anfällig für ein Abdriften in das, was Richard Sennett als die Tyrannei der Intimität bezeichnet, nämlich die Einmischung in die Privatsphäre der verletzbaren Person. In einem solchen Rahmen verlangt der Respekt, eine gewisse Distanz einzuhalten. Natürlich muss das Gegenüber angehört und unterstützt werden, doch es will auch in seiner Sphäre der Selbständigkeit geachtet werden. Care ist jedoch nach Papermans Auffassung nicht eine Frage von abstrakten Prinzipien und Regeln, sondern von konkreten Gesten, bei denen es darum geht, Aufmerksamkeit zu schenken, sich Zeit zu nehmen, herauszufinden, was ein Ausdruck an Signifikantem enthalten mag. Es geht

somit nicht darum, die Nähe, die der Care-Beziehung zugrunde liegt, für ungültig zu erklären, und sich hinter der sturen Anwendung abstrakter Rechtsnormen und -regeln zu verschanzen. Ganz im Gegenteil, und dies ist die zweite von Paperman unterstrichene Bedingung, erfordert der Respekt, dass ein schwieriges und nie konstantes Gleichgewicht zwischen Nähe und Distanz gefunden wird. Paperman bezeichnet dieses als Form der Betreuung, was nicht im medizinischen oder therapeutischen Sinn zu verstehen ist, sondern im Sinn einer feinfühligem Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der verletzbaren Person.

### New Public Management und respektvolle Care-Beziehung

Ob in sozialen oder in sanitären Einrichtungen, die Care-Beziehung wird sich zusehends in einem Umfeld entwickeln müssen, das die Zeichen der immer häufiger umgesetzten Prinzipien des New Public Management (NPM) trägt. Diese Prinzipien verfolgen drei Ziele, die als komplementär dargestellt werden: das öffentliche Handeln wirksamer machen, indem es denselben Managementregeln unterworfen wird wie der private Sektor; auf operativer Ebene den Akteuren vor Ort mehr Spielraum einräumen, was ihnen auch mehr Verantwortung überträgt und ihre Arbeitsmotivation verstärkt (im Gegensatz zum von Max Weber angeprangerten eisernen Käfig der Bürokratie); und die Qualität der Leistungen verbessern. Von diesen guten Absichten einmal abgesehen, zeigen die verfügbaren empirischen Studien, dass die Umsetzung dieser drei Ziele in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens oft eine schädliche Wirkung auf die konkreten Care-Praktiken hat.

Die Einführung der privatwirtschaftlichen Managementregeln führt zur Verstärkung des Kostendrucks. Nach der Logik des NPM werden Mandate und Leistungsaufträge aufgrund von Ausschreibungen vergeben, und die Leistung wird der Offerte zugesprochen, die das beste Kosten-Leistungs-Verhältnis bietet. In einem solchen Rahmen wird die Performance der sozialen oder pflegerischen Einrichtung mit der Elle ihrer Fähigkeit zur Kostenzügelung bzw. -senkung gemessen. Der Care-Beziehung steht damit eine doppelte Klippe im Weg: Einerseits ist das Ziel der Wiederherstellung der Selbständigkeit durchaus kongruent mit den Erwartungen der finanzierenden Instanzen, da eine verletzbare Person, deren Fähigkeiten zur Selbständigkeit wiederhergestellt sind, keiner spezifischen Betreuung mehr bedarf und somit den Haushalt der subventionierten Institution nicht mehr belastet. In diesem Sinn erlaubt die Selbständigkeit eine bedeutendere Kostensenkung als Care, die auf Anteilnahme und Empathie beruht. Somit besteht das Risiko, dass Einrichtungen, die dieser Finanzierungsart unterworfen werden (konkurrenzfördernde Ausschreibung), ihren Leistungsempfängern/innen zu viel Verantwortung auferlegen oder «ihre Fähigkeiten zur Selbständig-

keit überschätzen», um es in Genards Worten zu sagen. Dies umso mehr, als sie Gefahr laufen, den Leistungsauftrag zu verlieren, wenn ihre Performance in diesem Bereich schlechter ist als die der Konkurrenz. Weiter erfordern diese neuen Finanzierungsmodelle das Führen einer transparenten Kostenrechnung der Leistungen. Hier stellt sich die Frage, wie die wirtschaftliche Effizienz der Care gemessen werden soll. Da Care angesichts der Kriterien der klassischen Wirtschaft geringes Ansehen genießt, scheint es schwierig, sie mit Hilfe von Instrumenten wie der Kostenrechnung zu valorisieren. Somit besteht die Gefahr, dass die Care-Aufgaben von den finanzierenden Instanzen nicht anerkannt werden, dass gar die Einrichtungen selber sie nicht in ihre Kostenrechnung der Leistungen aufnehmen. Die Care-Erbringer/innen stehen somit vor einem Dilemma, dessen Lösungen beide nicht annehmbar sind: entweder die Care-Leistung erbringen, ohne dafür anerkannt oder entlohnt zu werden, oder die Care-Tätigkeit schlichtweg aufgeben. In beiden Fällen fällt die dem/der Leistungserbringer/in entgegengebrachte Verachtung, wie dies Paperman ausgeführt hat, auf die verletzbar Person zurück.

Der den Akteuren/innen vor Ort gewährte operative Spielraum wird strikt flankiert von Monitoring-Instrumenten, mit denen die von diesen Akteuren/innen erzielten Ergebnisse mit den Erwartungen der Institution verglichen werden können, die ihrerseits in Form von Leistungs-Indikatoren ausgedrückt werden. Eine derartige Steuerung des sozialen und pflegerischen Handelns hat zahlreiche paradoxe Nebenwirkungen. Diese Indikatoren definieren nämlich eine für die Care-Tätigkeit bestimmende Finalität, schliessen aber das oft bewahrheitete Risiko ein, dass die Akteure/innen vor Ort ihre Arbeit auf die Indikatoren abstimmen statt auf die Situation und die Bedürfnisse der verletzbar Person. Sie suchen somit in erster Linie die Performance zu verbessern, auch wenn diese sich nicht mit den Zielen der Care-Arbeit deckt. Weiter erfordert der Einsatz dieser Monitoring-Instrumente das Sammeln zahlreicher Informationen zur Messung der Effizienz der Akteure vor Ort. Diese Verwaltungsaufgabe beansprucht einen beachtlichen Teil der Arbeitszeit, der somit für die Care-Beziehung verlorengeht. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass die Akteure/innen vor Ort ein standardisiertes Vorgehen bevorzugen, das zwar weniger zeitraubend, jedoch auch und vor allem sehr weit entfernt ist vom von Paperman entwickelten Care-Konzept der Sorge und Anteilnahme dem/der anderen gegenüber.

Die Qualitätsverbesserung läuft oft über die Einführung von Qualitätzertifizierungen wie ISO, EDUQUA usw. Solche Verfahren, die immer zulasten der sozialen und sanitären Einrichtungen stattfinden, haben bedeutende Nachteile. Sie sind zeitaufwendig und teuer, was sich, jedenfalls auf kurze Sicht, negativ auf die Bedingungen auswirken kann, unter denen die Care-Arbeit erbracht wird.

Mehr noch haben die zur Erreichung der angestrebten Zertifizierung eingesetzten Qualitätsverfahren nicht immer einen direkten Bezug zur Arbeit vor Ort. In vielen Einrichtungen werden diese Verfahren nach einer Top-down-Logik durchgeführt, in welche die Akteure/innen vor Ort nicht einbezogen werden, und sobald die Zertifizierung einmal erreicht ist, haben sie nur geringfügige Auswirkungen auf die effektive Qualität der Leistungen. Der Qualitätsansatz wird somit eher als Marketingargument zuhanden der finanzierenden Instanzen aufgefasst (da die Zertifizierung in deren Augen eine Qualitätsgarantie darstellt) denn als Instrument im Dienste der fortwährenden Verbesserung der effektiven Qualität. Weiter greift der Qualitätsansatz oft auf die Rhetorik der Formel «der Kunde ist König» zurück, nach der sich die Einrichtung zu richten hätte. Diese Rhetorik läuft jedoch Gefahr, die Ungleichheit der Care-Beziehung zu kaschieren und die Fähigkeit zur Selbständigkeit der verletzbar Person zu überschätzen, was schliesslich, wie von Genard beanstandet, in die Übertragung von allzu viel Verantwortung ausarten kann.

### Schlussfolgerung

Abschliessend wird deutlich, dass der durch das NPM definierte Rahmen die Bedingungen für eine respektvolle Care-Beziehung mindestens im Hinblick auf drei Aspekte nicht garantiert:

- Die Konzentration auf Leistungserfüllung und Kostenzügelung führt tendenziell dazu, dass verletzbar Personen übermässig viel Verantwortung auferlegt wird, was einer Form von Respektlosigkeit entspricht, wie dies Jean-Louis Genard aufgezeigt hat. Hingegen erscheint das Risiko einer paternalistischen oder überbeschützenden Care im Rahmen des NPM gering.
- Das NPM beinhaltet eine Zunahme von zeitraubenden administrativen Aufgaben (Kostenrechnung, Monitoring-Instrumente usw.), die sich negativ auf die für Care verfügbare Zeit auszuwirken droht. Ist aber die nötige Verfügbarkeit für die Anteilnahme, für die Suche nach dem richtigen Gleichgewicht zwischen Nähe und Distanz nicht mehr gegeben, riskiert man, dass – oft unter dem Deckmantel des Respekts vor der Selbständigkeit der Person – der Weg der Distanz und der Gleichgültigkeit eingeschlagen wird.
- Die Monitoring-Instrumente, die dazu dienen, die Arbeit der Akteure vor Ort zu überwachen und gegebenenfalls deren schlechte Performance zu sanktionieren, verbreiten ein Klima des Misstrauens innerhalb der Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens. Somit fühlen sich die Akteure/innen vor Ort durch solche Instrumente missachtet. Wie indes von Paperman sehr anschaulich beschrieben wurde, hat Respektlosigkeit den Care-Erbringern/innen gegenüber die Tendenz, sich auf die verletzbar Personen selber zu übertragen.

Es muss somit der Schluss gezogen werden, dass das NPM nicht den Bedingungen für eine respektvolle Care-Beziehung entspricht. Um dessen negative Konsequenzen aufzufangen, wäre es aus unserer Sicht nötig, die Begriffe «Leistung» und «Qualität» in einem Sinn neu zu definieren, der den AkteurInnen vor Ort sowie den verletzlichen Personen besser Rechnung trägt. Soziales und betreuendes Handeln lässt sich nicht einzig mit dem quasi zwanghaften Ziel der Kostenkontrolle steuern.

*Übersetzung aus dem Französischen: Marianne Scheer*

- 1 Wir geben hier einen Vortrag vom 28. Januar 2009 wieder, den Prof. Jean-Michel Bonvin anlässlich eines Studententages der Forschungs- und Weiterbildungseinheit der Fachhochschule für Soziale Arbeit (EESP) in Lausanne, zum Thema der Ökonomie des «Sorgens und Betreuens» gehalten hat.

#### Literatur

Genard, Jean-Louis (2008): Le respect sous l'horizon de la responsabilité. In: Zaccarè-Reyners Nathalie (Hg.), Questions de respect, Enquête sur les figures contemporaines du respect, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 21–40.

Paperman, Patricia (2008): Tenir la distance et regarder de près: l'éthique du care et le respect des proches. In: Zaccarè Reyners Nathalie (Hg.): op. cit., S. 85–95.

88

## Care-Arbeit – nicht leicht in Begriffe zu fassen.

Eine Buchbesprechung<sup>1</sup>

Anni Lanz

Es gibt wenige Bücher, die sich aus ökonomietheoretischer Sicht damit befassen, wie und in welchen Kategorien typische Care-Arbeiten wie beispielsweise Pflegen erfasst werden können. Maren Jochimsen leistet einen wertvollen Beitrag an die feministische Theorie der Care-Ökonomie, indem sie dem nicht leicht fassbaren Begriff der Care-Arbeit nachgeht, dazu in der Fachliteratur nach geeigneten Konzepten sucht, sie kritisch überprüft, verwirft und nach neuen Ansätzen sucht.

Jochimsen beginnt ihr erstes Kapitel mit dem Satz: «To care is to relate: to fellow human beings, to the environment, to the self, as individuals and members of society (...).»<sup>2</sup> Damit eröffnet sie die weiten Dimensionen von Care-Arbeit, beschränkt sich im vorliegenden Buch jedoch auf die Care-Arbeit für die davon existenziell abhängigen Personen wie Kinder, Kranke, Behinderte, betagte Gebrechliche.

Es ist schwierig, in der deutschen Sprache ein Synonym für «to care» zu finden. «Sorgen für» enthält nicht alle Konnotationen der Zuwendung und vor allem der Tätigkeiten, die im Begriff «to care» enthalten sind. «Fürsorge» weist auf ein entmündigendes Verhältnis des Sorgenden zum Umsorgten hin, das nicht notwendigerweise von Verantwortung und Anteilnahme geprägt ist. Zwar zählt Jochimsen neben der zwischenmenschlichen Verbundenheit auch stets die Beziehungs- und Machtasymmetrie sowie die einseitige Abhängigkeit zu den Wesensmerkmalen ihres Care-Begriffs, was jedoch nicht zwangsläufig der bevormundenden Färbung von «Fürsorge» entspricht.

#### Ungeeignete Theorien und Denkmodelle

Care-Tätigkeit ist, so Jochimsen, am Interesse des anderen orientiert («other-interested») und nicht auf einen zu erhaltenden Gegenwert ausgerichtet. Sie

89

wird auch verrichtet, wenn sie nicht einmal einen psychischen Gewinn einbringt. Als Erstes versucht Jochimsen aufzuzeigen, wieso mit der neoklassischen Wirtschaftstheorie – heute Mainstream – die Care-Tätigkeit für Abhängige nicht befriedigend erklärt werden kann. Die Theorie baut auf der Grundannahme auf, dass die Menschen als autonome Individuen auf dem Markt ein Produkt zu den höchstmöglichen Kosten anbieten und zum grösstmöglichen Nutzen erwerben. Individuen verfügen somit über eine uneingeschränkte Autonomie und können uneingeschränkt ihre bevorzugte Wahl treffen. Das auf dem Eigeninteresse beruhende Kosten-Nutzen-Modell gerät jedoch ins Wanken, wenn es versucht, den Nutzen des oder der Care Gebenden als einen psychologischen Gewinn, als ein anderen Personen zugewandtes Eigeninteresse zu interpretieren oder Kinder als «passive Nichtpersonen» sowie als eine Art Konsumgut zu sehen. Die auf Care angewiesenen Personen (wie Kinder, Kranke, Behinderte, betagte Gebrechliche) geraten durch das Konzept der Kosten-Nutzen-Rechnung der nach Eigeninteressen entscheidenden Care Gebenden in eine höchst riskante Situation, wenn letztere nach Lust und Eigeninteressen die eingegangene Care-Beziehung verlassen würden. Die EmpfängerInnen befinden sich zwangsläufig in einer asymmetrischen Beziehung. Einige neoklassische Ökonomen lösen diesen Widerspruch, indem sie solche Care-Beziehungen einfach ausserhalb des Marktes ansiedeln und einer familiären Privatsphäre zuweisen.

90

Jochimsen testet die Erklärungsfähigkeit gegenüber Care-Arbeit an den verschiedensten in den Wirtschaftswissenschaften vorhandenen Denkansätzen aus und gelangt jedes Mal zum Ergebnis, dass sie versagen. So zum Beispiel die Aufteilung von Care in einen Tätigkeits- und einen Motivbestandteil. Care-Leistungen liessen sich, so dieses Konzept, auch ohne Care-Motive erbringen. Dabei wird zwischen einem instrumentellen und einem kommunikativen Anteil der Care-Tätigkeit unterschieden, wobei erst der kommunikative Anteil den EmpfängerInnen das Gefühl vermittelt, umsorgt zu werden. Dieser Anteil sei auch nicht, im Unterschied zum instrumentellen, vermarktbar. Jochimsen hält dagegen jedoch fest, dass «Caring»-Motivation ein unverzichtbares Element jeder Care-Tätigkeit sei. Eine rein instrumentelle Verrichtung könne, so Jochimsen, keine Care-Tätigkeit ergeben. Jochimsen nimmt auch die Motivationstheorien der sogenannten «Crowding»-Theorie kritisch unter die Lupe, welche die gegenseitige Beeinflussung von extrinsischer Motivation (durch Belohnung von aussen wie Geld oder Lob) und intrinsischer Motivation (Motivation aus innerem Antrieb) zu erfassen versucht.

Care-Verhalten beruht, so schliesst Jochimsen, weit weniger auf Eigeninteresse oder intrinsischen Motiven als vielmehr auf einer bestimmten verantwortungsgeleiteten Identität. Verantwortung hat mehr mit dem, was man ist, als mit dem, was

man macht, zu tun. Es geht dabei um einen Kernbereich des Sozialen. Jochimsen betont, dass sich das Konzept der Identität grundlegend vom Konzept der freien Wahl unterscheidet, wie es in den ökonomischen Markttheorien gebraucht wird. Da aber alle Identitäten, auch diejenigen der Care Gebenden, sozial konstruiert sind, reflektieren sie auch die zugrundeliegende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (S. 71).

### **Drei wichtige Aspekte der Abhängigkeit**

Jochimsen geht anschliessend auf drei Komponenten ein, aus welchen sich die «Caring»-Situation zusammensetzt: aus einer Motivations-, einer Arbeits- und einer Ressourcenkomponente.

1. Die Motive hinter einer Care-Tätigkeit lassen sich in zwei Kategorien erfassen: Die erste umfasst Motive, die von Nützlichkeits- und Wohlfahrtserwägungen inspiriert sind. Die zweite bezieht sich auf einen moralischen Ansatz, der sich durch soziales Engagement in Verantwortung und Verpflichtung oder durch andere Motivationen der emotionalen Zuwendung entwickelt (S. 77).

2. Motivation allein genügt nicht, um Care-Tätigkeiten befriedigend auszuüben: Es braucht besondere Kompetenzen und auch die Fähigkeit, komplexe Situationen kommunikativ zu analysieren und die adäquaten Mittel zu finden.

3. Der Erfolg eines Care-Verhältnisses hängt auch von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab – neben den materiellen auch von den zeitlichen. Erfolgreiche Care-Tätigkeiten erfordern in der Regel viel Zeit.

Die Ausgestaltung der drei Komponenten führt zu unterschiedlich starken Beziehungsasymmetrien und -abhängigkeiten, wie Jochimsen in Kapitel 7 aufzeigt.

Abhängigkeiten der Care-EmpfängerInnen sind umso grösser, je weniger sie existenzielle Bedürfnisse selbst befriedigen können. Eine robuste, aber mental verwirrte Person hat wohl die physischen, nicht aber die mentalen Fähigkeiten dazu, während sehr gebrechliche Leute trotz ihrer mentalen Präsenz nicht mehr für sich selber sorgen können. Manche Care-EmpfängerInnen, wie etwa Kleinkinder, sind nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, und sind darauf angewiesen, dass dies jemand anderes für sie tut. Wer bestimmt jeweils, welches Bedürfnis ansteht und wie es am besten zu befriedigen ist: die Care Gebenden, die Empfangenden oder eine dritte Partei, wie der Arzt, der Gesundheitsinspektor, die PolitikerInnen oder die SteuerzahlerInnen? Die Antworten auf diese Fragen verweisen auf unterschiedliche Abhängigkeitsrelationen.

Die Verfügungsmacht über die für das Care-Verhältnis benötigten Ressourcen ist ein weiteres abhängigkeitsbestimmendes Moment. Besitzt der/die EmpfängerIn ausreichend materielle Ressourcen, um für die Kosten aufzukommen, verringert sich seine/ihre Abhängigkeit. Umgekehrt stärkt sich seine/ihre Abhängigkeit

91

von einem/einer bestimmten Care GeberIn, wenn diese/r auch für die Kosten (Ressourcen) aufkommt. Weitere Möglichkeiten der Versorgung werden durch einen oder mehrere externe «Provider» gewährleistet – vor allem für die auf dem Markt angebotenen Care-Leistungen –, was wiederum die Abhängigkeitsverhältnisse verschiebt.

Auch die «Caring»-Motivation kann Abhängigkeiten hervorbringen. Sie stellt sicher, das Care auch unter schwierigsten Bedingungen geleistet wird. Grosse existenzielle und materielle Abhängigkeit des/der Care-Empfängers/in kann die Care-GeberInnen in ein grosses moralisches Dilemma versetzen, das zur Aufopferung der Care Gebenden führt, die bis zum völligen Bedürfnisverzicht gehen kann. Damit werden beide Seiten zu verletzlichen Personen.

### Institutionelle Bedingungen

Nicht alle Abhängigkeiten in «Caring»-Verhältnissen lassen sich vom Beziehungsverhältnis in der «Caring»-Situation allein ableiten, sondern vom institutionellen Arrangement von Care-Leistungen. Als Beispiel führt Jochimsen den Druck auf das Pflegepersonal in Pflegeheimen an, sich auf instrumentelle Leistungen zu beschränken und damit die (zeitlichen) Ressourcen zu beschneiden. Die Beschneidung der Zeitressourcen kann sich auch durch die volle Erwerbstätigkeit ergeben, die den Care Gebenden zu wenig Zeit für ihre Care-Aufgaben lässt. Eine solche Doppelbelastung verweist auf eine Asymmetrie zwischen Personen, die in einem Care-Verhältnis stehen, und Personen ohne solche Verpflichtungen, die in einer «privilegierten Verantwortungslosigkeit» leben. Diese Asymmetrie wird durch gesellschaftliche Werte oder Konstrukte geschaffen, die bestimmten Gesellschaftsgruppen (Frauen, Arme, Minderheiten, Ethnien etc.) die Care-Tätigkeit zuweisen und diese Tätigkeit gleichzeitig entwerten. Entwertung von Care-Tätigkeit und Diskriminierung von Care Gebenden schaffen erhebliche Abhängigkeiten und beschneiden die Aushandlungsmacht – ein gesellschaftlicher Vorgang, den Jochimsen detailliert und anhand von vielen Beispielen auslotet. Jochimsen schliesst mit der interessanten Beobachtung, dass in manchen westlichen Gesellschaften die Bereitschaft, sich ehrenamtlich für zivilgesellschaftliche Belange zu engagieren, sich von den verantwortungsvollen Care-Tätigkeiten entfernt und eher Tätigkeiten der Selbstentfaltung zuwendet (S. 118).

1 Jochimsen, Maren A. (2003): Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science. Boston, Dordrecht, London: Kluwer Academic Publishers.

2 Übersetzung der Red.: «Sich um andere kümmern heisst Beziehungen eingehen: zu ändern Menschen, zur Umwelt, zu sich selbst, als Individuen und als Mitglieder der Gesellschaft (...).»

## Im Gesundheitswesen werden keine Autos montiert – eine Rahmenerzählung

Mascha Madörin

Man kann zwar schneller Autos produzieren, aber nicht schneller Kinder aufziehen. Schon 1967 hat der bekannte Wirtschaftstheoretiker und Wohlfahrtsökonom William Baumol mit grosser Weitsicht auf das Problem hingewiesen, dass es Wirtschaftszweige gibt, in denen Produktivitätsfortschritte nur sehr begrenzt möglich sind. Er hat vom «cost disease», von einer Kostenkrankheit dieser Branchen (z.B. personenbezogene Dienstleistungen, Kunst, Wissenschaft) gesprochen. Nach den Theorien der Marktwirtschaft<sup>1</sup> müssten die Löhne in Branchen mit niedriger Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Stunde Arbeit) verglichen mit solchen mit hoher Arbeitsproduktivität entsprechend niedriger sein. Sie sind es aber nicht, weil sich tendenziell das Lohnniveau demjenigen der arbeitsproduktiven Sektoren anpasst und weil es Berufe gibt, die eine qualifizierte Ausbildung verlangen. Dazu kommt, dass es sich bei persönlichen Dienstleistungen beispielsweise im Bildungs- und im Gesundheitswesen um Leistungen handelt, die aus wirtschafts-, sozialpolitischen und menschenrechtlichen Gründen nicht abgeschafft werden sollten, auch wenn die Löhne sehr hohe Kosten verursachen. Solche Leistungen können für die breite Bevölkerung nur gewährleistet werden, wenn der Staat sie selbst anbietet oder subventioniert. Das Gesundheitspersonal wird es immer brauchen, aber immer weniger IndustriearbeiterInnen, um das zu produzieren, was wir konsumieren. Baumol hat deshalb für weit entwickelte Volkswirtschaften zum einen eine Verschiebung der Erwerbsarbeit aus den «produktiven» zu den Erwerbssektoren mit niedrigerer Arbeitsproduktivität vorausgesagt, zum anderen einen steigenden Anteil an staatlichen Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und eine verringerte Wachstumsrate des BIP.



**Vollzeitäquivalente nach Wirtschaftsabteilungen in der Schweiz: 3. Quartal 1991 und 4. Quartal 2007**

1000 Stellen in Vollzeitäquivalenten

	QIII 1991	QIV 2007	Veränderung	
	in 1000	in 1000	in 1000	in %
<b>SEKTOR 2 (Industrie- und Bausektor)</b>	<b>1 212.4</b>	<b>974.9</b>	<b>-237.6</b>	<b>-19.6</b>
<b>SEKTOR 3 (Dienstleistungen)</b>	<b>2 069.1</b>	<b>2 289.6</b>	<b>220.5</b>	<b>10.7</b>
Grosshandel, Autohandel, Reparaturen	266.1	260.3	-5.9	-2.2
Detailhandel; Reparatur v. Gebrauchsgütern	301.6	247.3	-54.2	-18.0
Gastgewerbe	209.9	182.5	-27.4	-13.1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	221.5	218.6	-2.8	-1.3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	186.0	193.4	7.4	4.0
Immobilien; Dienstleistungen für Unternehmen	257.4	391.5	134.1	52.1
Öfftl. Verwaltung, Sozialvers., Verteidigung	126.1	149.6	23.5	18.6
Unterrichtswesen	135.9	176.9	41.0	30.2
Gesundheits- und Sozialwesen	247.5	343.5	96.0	38.8
Erbringung v. sonst. öff. u. pers. Dienstleistungen	117.1	126.0	9.0	7.6

Bundesamt für Statistik: Beschäftigungsstatistik (BESTA) (online Nov. 07, rev. Version)  
Zusammenstellung M. Madörin

Wie die Tabelle zeigt, hat diese Verschiebung der Arbeitsplätze in der Schweiz seit 1991 zu weniger ertragreichen, zum Teil öffentlich finanzierten Wirtschaftsbranchen in einem beeindruckenden Ausmass stattgefunden. Bemerkenswert sind vor allem der Anstieg der Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialwesen. Die einzigen Branchen, die vor allem ab 2005 noch stärker gewachsen sind, betreffen den Immobilienmarkt und die Dienstleistungen für Unternehmen. Die Arbeitsplätze der Letzteren haben ab 2005 dank des enormen Wachstums der Export- und Finanzindustrie stark zugenommen, nehmen jedoch, zusätzlich zu den Arbeitsplätzen in der Exportindustrie, seit 2009 wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder ab. Ein wesentlicher Teil der massiven Verluste von Erwerbsarbeitsplätzen im Industriesektor wurde also durch die klassischen Care-Sektoren (Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen) wettgemacht. Die Tabelle weist auch auf eine andere Auswirkung der Baumol'schen «Kostenkrankheit» hin: Im Gastgewerbe und im Detailhandel haben trotz traditionell niedriger Löhne die Jobs stark abgenommen: Die Lohnkosten fallen in diesen Bereichen ins Gewicht, können nicht noch weiter gesenkt werden; wegen des Fehlens staatlicher Subventionen schrumpfen die Arbeitsplatzzahlen in diesen Branchen Jahr für Jahr. Was aus der Tabelle nicht

ersichtlich ist: Seit 1991 haben die Arbeitsplätze insgesamt (ohne Landwirtschaft) für Männer um rund 125000 Vollzeitäquivalente abgenommen, diejenigen für Frauen haben jedoch um knapp 110000 Vollzeitstellen zugenommen. Es handelt sich um eine Entwicklung, die beispielsweise auch für die USA zu beobachten ist: Anfang 2009 waren mehr Frauen als Männer erwerbstätig – das erste Mal in der Geschichte der USA.

Die Thesen von Baumol treffen zu, jedenfalls was die Arbeitsplatzstruktur und das Wirtschaftswachstum seit den 1990er Jahren in der Schweiz anbelangt. Diese Entwicklungen werfen neue Fragen auf: Wenn Baumols These stimmt, so ist beispielsweise ein Teil der – im Vergleich zum BIP – überproportionalen Zunahme der Gesundheitskosten durch die Zunahme der Arbeitsplätze im arbeitsintensiven Gesundheitswesen zu erklären. Dies ist jedenfalls auch das Fazit des Ökonomen Jochen Hartwig (2005, siehe Fussnote 1), der daran zweifelt, dass jemals die Politik damit einen vernünftigen Umgang wird finden können. Welche PolitikerInnen wollen steigende Gesundheitskosten verteidigen, wer höhere Steuern? Und welche PolitikerInnen würden sich jemals getrauen, von Wachstumsillusionen und steigenden Staatsausgaben zu reden, ausser vorübergehend nach Finanzkrisen? Die bisherige politische Antwort in der Schweiz bis weit in die Sozialdemokratie ist wie auch in Nachbarländern klar: Gesundheitskosten sollen gesenkt werden. Da die Pharma-, Diagnostik- und Versicherungsindustrien viel zu mächtig sind, um dort zu sparen, wo es ökonomisch möglicherweise sinnvoll wäre, heisst das im Klartext, dass am Gesundheitspersonal gespart wird, genau dort, wo nicht gespart werden kann oder sollte. Kein Wunder, dass das Gesundheitspersonal in etlichen Ländern auf die Barrikaden steigt.

In den drei folgenden Artikeln ist nachzulesen, wie Kostenersparnisse in der Schweiz auf dem Buckel von Pflegenden, Betreuenden und PatientInnen gegenwärtig durchgesetzt werden und wie wichtig dabei die Rechtlosigkeit und Benachteiligung von Migrantinnen ist.

1 Baumol beruft sich auf neoklassische Markttheorien und modifiziert sie. Susan Donath (2000) beschreibt die Relevanz dieser These für die feministische Ökonomie im Artikel: The Other Economy. A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics, in: Feminist Economics, vol 6 (1), S.115-125. Eine neuere Darstellung und Diskussion der Relevanz von Baumols Thesen für die Entwicklung der Gesundheitskosten in OECD-Ländern findet sich in diversen Artikeln von Jochen Hartwig: «Sind unsere gesamtwirtschaftlichen Probleme überhaupt lösbar?» KOF Konjunkturforschungsstelle der Eidg. Technischen Hochschule Zürich, Arbeitspapier 112/November 2005; «What Drives Health Care Expenditure? Baumol's Model of «Unbalanced Growth» Revisited.» KOF Konjunkturforschungsstelle der Eidg. Technischen Hochschule Zürich, Arbeitspapier 133/März 2006; «Productivity Growth in Service Industries – Has «Baumol's Disease» Really Been Cured?» KOF Konjunkturforschungsstelle der Eidg. Technischen Hochschule Zürich, Arbeitspapier 155/November 2006; «Can Baumol's Model of Unbalanced Growth Contribute to Explaining the Secular Rise in Health Care Expenditure?» Eidg. Technischen Hochschule Zürich, KOF Working Papers Nov. 2007; alle auf [www.kof.ethz.ch](http://www.kof.ethz.ch).

## Lohngleichheit – eine Farce!

Eine Geschichte ohne Ende

Susi Wiederkehr

96

Entlöhnte Care-Berufe – im Gesundheitsbereich –, in der Regel typische Frauenberufe, unterliegen im Kanton und in der Stadt Zürich seit drei Jahrzehnten trotz erfolgreicher Lohnklagen immer wieder Lohndiskriminierungen. Mit neuen Lohnsystemen, die sich als Sparsysteme entpuppen, wird die Lohngleichheit verhindert oder werden errungene Erfolge rückgängig gemacht. Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre zeigt ebenso das Auf und Ab wie die Gespaltenheit von Verbänden und Gleichstellungsverantwortlichen.

### 2. Mai 2000

Unglaubliches gibt es schon am frühen Morgen auf dem Gelände des Universitätsspitals Zürich (USZ) zu sehen: An allen Gebäuden, in jeder Etage, sind von Fenster zu Fenster, Wäscheleinen mit angehängten Berufskleidern montiert; dazu flattern riesige Transparente im Wind. Um 8.00 Uhr beginnen die drei Aktionstage «Ohne uns läuft nichts». Und so fragen sich die AktivistInnen: Wird das Gesundheitspersonal des Kantons Zürich die Spitäler tatsächlich zwingen, an drei Tagen auf Sonntagsdienst zu reduzieren? Werden die Operationssäle geschlossen bleiben? Werden sich die Pflegefachfrauen und -männer, die PflegeassistentInnen, die Ergo- und PhysiotherapeutInnen, die AktivierungstherapeutInnen, die Hebammen, die Fachleute für Radiologie, die LaborantInnen, ErnährungsberaterInnen und SozialarbeiterInnen nun vor dem Spital versammeln? Bis kurz vor Beginn versuchten Spitalleitungen, das Personal durch Drohungen einzuschüchtern. Drei Tage lang die Arbeit in 23 kantonalen und städtischen Spitälern auf Sonntagsdienst zu reduzieren, das brauchte eine minutiöse Vorbereitung. Ein Sicher-

heitskonzept musste erstellt werden um die professionelle Versorgung der PatientInnen während der Aktionstage zu gewährleisten. Die an der Vorbereitung Beteiligten, vorwiegend Frauen, viele von ihnen noch sehr jung, kämpfen zum ersten Mal für ihre Rechte. Bevor die Aktionen in den Spitälern konkret geplant wurden, mussten sie sich der obersten Spitalleitung stellen, ihre Forderungen vertreten und klar zu verstehen geben, dass kein Aushandeln mehr möglich ist, dass die Aktionstage so oder so durchgeführt werden. Es wurde versucht, die Frauen auszugrenzen, als Störerinnen im Betrieb zu brandmarken. Doch die Bewegung ist schon zu gross, immer mehr Personen aus dem Gesundheitsbereich unterstützen den Protest.

Was waren die auslösenden Faktoren, dass das Gesundheitspersonal Mitte Januar 2000 an einer Vollversammlung beschloss, vom 2. bis 4. Mai 2000 in den Spitälern des Kantons Zürich Aktionstage durchzuführen? In den 1990er Jahren hatte ein markanter Personalabbau stattgefunden, verbunden mit kürzeren Aufenthaltsdauern für die PatientInnen, was zu unerträglichem Stress im Berufsalltag führte. Zudem wurde bei der Besoldungsrevision 1991 entschieden, die Angehörigen der Gesundheitsberufe um zwei Lohnklassen (LK) zurückzustufen (Minusklassenentscheid). Die Kantonsregierung, aber auch die Gewerkschaft VPOD und der SBK (Schweizer Berufsverband für Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner), die diesen Entscheid mittrugen, waren sich bewusst, dass dieser Minusklassenentscheid den Verfassungsartikel «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» verletzt. Wohl wissend, dass Frauen schwach organisiert sind und daher politisch kaum Widerstand zu erwarten war, konnten sie der Verlockung nicht widerstehen, auf dem Buckel einer Berufsgruppe, zu der vorwiegend Frauen gehören, ungeschoren grosse Einsparungen einzufahren. So konnten bei dieser Revision die Besitzstände der Angestellten in sogenannten Männerberufen gewahrt und gleichzeitig riesige Einsparungen gemacht werden. Die Minusklassenentscheide, verbunden mit den rigorosen Sparmassnahmen – bis 1999 wurde achtmal kein Stufenanstieg und fünfmal kein Teuerungsausgleich gewährt –, führten beim Gesundheitspersonal zu einer Lohneinbusse von 22,5%!

Dazu wollte die Spitalleitung des Universitätsspitals Zürich Ende des zweiten Jahrtausends als weitere Sparmassnahme ein Konzept für die «Rationierung in der Pflege» einführen. Dieses sollte neue Arbeitsgrundsätze für das Gesundheitspersonal etablieren und legitimieren. Prinzipiell sollten den grundversicherten PatientInnen nützliche Leistungen vorenthalten, die Zuwendung auf das Nötigste reduziert werden. Im Kern ist eine solche Rationierung eine versicherungstechnische Massnahme.<sup>1</sup> Indem gewisse Leistungen nicht mehr von der Grundversicherung übernommen werden, sind Grundversicherte gezwungen, diese Leistungen über eine Zusatzversicherung abzudecken. Die Grundversicherung

97

wird ausgehöhlt, die Krankenkassen laben sich an den gewinnorientierten Zusatzversicherungen.

Als Reaktion auf den Versuch der Spitalleitung des USZ, die Rationierung der Pflege offiziell einzuführen, und das als erstes Spital in der Schweiz, beschloss das Gesundheitspersonal, von der «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik» (AGGP)<sup>2</sup> dazu aufgerufen, an einer Vollversammlung im November 1999, eine Petition mit folgenden Forderungen zu lancieren: eine Erhöhung des Monatslohns um 1200 Franken, LK 15 statt 12, Gewährleistung des jährlichen Erfahrungsstufenanstiegs, so wie es das gültige kantonale Lohnkonzept vorsieht, und Verzicht auf die Rationierung in der Pflege. Innert kurzer Zeit wurden an den Spitälern 8000 Unterschriften gesammelt.

Das Rationierungskonzept war der Tropfen, der das Fass überlaufen liess. Schon am 6. Dezember 1999 demonstrierten 3000 Personen, überwiegend Frauen, in Zürichs Strassen und forderten die sofortige Rücknahme dieses Konzepts. Tags darauf zog die Leitung des Universitätsspitals das Konzept zurück. Die Protestbewegung wuchs aber weiter an. Im Januar 2000 wurden die Aktionstage für den folgenden Mai beschlossen.

98 Die Aktionstage waren ein Riesenerfolg. Eine Grossdemonstration in Zürich mit 7000 TeilnehmerInnen bildete den Schlusspunkt. Das Gesundheitspersonal erlebte eine intensive gegenseitige Solidarität und erhielt für seine Forderungen von der Bevölkerung und den Medien volle Unterstützung. Die Regierung stellte sich aber weiter gegen die Lohngleichstellung, sie bot zwar zwei Lohnklassen mehr an, aber verbunden mit einem Stufenverlust, was eine Lohnerhöhung von lediglich 200 Franken bewirkt hätte.

### **2001: Lohngleichheitsklagen gegen den Kanton Zürich haben Erfolg**

Die Aushandlungen mit der Regierung sind im Jahr 2001 noch in vollem Gang. Da fällt das Verwaltungsgericht von Zürich die Urteile zu den Lohnklagen von 1996 zugunsten der Klägerinnen. Am 1. Juli 1996, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des eidgenössischen Gleichstellungsgesetzes und 15 Jahre nach der Verankerung des Gleichstellungsartikels in der Verfassung, wurden 47 Einzelklagen, von 20 Pflegefachfrauen, 9 Ergotherapeutinnen, 6 Physiotherapeutinnen, 12 Berufsschullehrerinnen für Pflege, eingereicht. Die Klägerinnen sind im Vergleich zu den Polizeisoldaten seit der Besoldungsrevision 1991 diskriminierend entlohnt worden.

Die vor fünf Jahren eingereichten Lohnklagen waren notwendig geworden, weil Recherchen der AGGP ergeben hatten, dass der Regierungsrat bei der 1991 erfolgten strukturellen Besoldungsrevision des Kantons Zürich aus Spargründen Minusklassenentscheide für die Pflegefachleute, die Ergo- und Physiotherapeu-

Innen und die BerufsschullehrerInnen für Pflege gefällt hatte. Die AGGP beauftragte einen Arbeitspsychologen, ein Gutachten zur Besoldungsrevision mit Fokus auf das Pflegepersonal zu erstellen. Dieses bestätigte, dass es eine gravierende Lohndiskriminierung gegeben hatte. Die Methode der Arbeitsplatzbewertung hatte grundsätzlich für Frauen diskriminierende Auswirkungen. Zum Beispiel wurden Männer begünstigende Kriterien wie «Ausbildung und Erfahrung» mit sechsmal soviel Punkten bewertet wie Frauen begünstigende wie «psychische Anforderungen und Belastung». Trotz des diskriminierenden Verfahrens hätten die Pflegefachleute mit diesen Arbeitsplatzbewertungen LK 14 erreicht. Durch den Minusklassenentscheid der Regierung wurden sie in Klasse 12 eingestuft. Im Gegensatz dazu erzielte zwar ein typischer Männerberuf wie der des Polizeisoldaten weniger Punkte bei der Bewertung als jener der Pflegefachfrau, der Polizeisoldat wurde aber in die Klasse 14 eingeteilt und es wurde kein Minusklassenentscheid gefällt! Daraufhin beschlossen die AGGP und die Frauengewerkschaft Schweiz, dieser Diskriminierung mit Lohngleichheitsklagen für die vier Berufsgruppen zu begegnen. Dazu initiierten sie die «Koordinationsgruppe Trägerinnenschaft Lohngleichheitsklagen» (KOG)<sup>3</sup>, die von den Klägerinnen, der Anwältin und verschiedenen Berufsverbänden und Gewerkschaften getragen wurde.

Das Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichts hatte grosse Auswirkungen für alle Angehörigen der vier klagenden Berufsgruppen. Nicht nur mussten sie um zwei Lohnklassen höher eingeteilt werden, sondern es mussten auch noch Lohnnachzahlungen für die Jahre 1996 bis 2001 geleistet werden, was den Kanton rund 280 Millionen Franken kostete. Für die Klägerinnen musste der Kanton die vollen zehn Jahre der Diskriminierung nachzahlen (1991 bis 2001, da durch die Klagen ein Verjährungsunterbruch stattgefunden hatte). Dazu musste wegen des Lohnklassenanstiegs die ganze Lohnkette nach oben verschoben werden; somit erhielten schliesslich alle Gesundheitsberufe höhere Löhne. Die erfolgreichen Lohngleichheitsklagen wurden schweizweit in den Medien kommentiert. In Anlehnung an die Zürcher Lohngleichheitsklagen folgten in vielen Kantonen weitere, ebenfalls erfolgreiche Lohngleichheitsklagen.

### **2002: Lohngleichheitsklagen gegen die Stadt Zürich**

Gerade erst hatte der Vorsteher des städtischen Gesundheitsdepartements als Reaktion auf das Urteil eine analoge Regelung, wie der Kanton sie nun für das kantonale Gesundheitspersonal einführen musste, auch für das städtische Gesundheitspersonal in Aussicht gestellt. Doch der Stadtrat änderte seine Meinung um 180 Grad und stellte sich nur zwei Monate nach dem Urteil zu den kantonalen Klagen gegen die Lohngleichheit und die Lohnnachzahlungen. Ihre Kehrtwende erklärte die Stadt damit, dass sie nicht mit dem Kanton verglichen werden könne,

99

denn bei den städtischen Betrieben sei die Lohngleichheit seit Jahren eine Realität (!). Alle Versuche, mit der städtischen Regierung in Gesprächen eine Lösung zu finden, scheiterten. Die KOG<sup>4</sup> reichte 2002 erneut Einzelklagen von Pflegefachfrauen, Ergo- und Physiotherapeutinnen sowie vier Verbandsklagen (AGGP, FGS, SBK, Syna) gegen die Stadt Zürich ein. Ein jahrelanges Prozedere stand den Klägerinnen bevor, denn die Stadt baute neue Hürden auf:

- Die kantonalen Klagen hatten noch direkt beim Verwaltungsgericht eingereicht werden können, neu musste nun zuerst ein Feststellungsbegehren gestellt werden. 2004 lehnte der Stadtrat dieses ab.
- Die nächste Hürde: Es musste beim Bezirksrat rekurriert werden. 2006 stellte dieser zugunsten der Klägerinnen fest: Es besteht eine Lohndiskriminierung um zwei Lohnklassen.
- In der Zwischenzeit hatten zwei städtische Besoldungsrevisionen (2002 und 2007) stattgefunden, was alles noch komplizierter machte, da die diskriminierenden Löhne nun zweimal in die neuen Besoldungssysteme überführt worden waren, was bedeutete, dass für die Berechnung der neuen Löhne die alten diskriminierenden Löhne als Basis dienten.<sup>5</sup> Anfang 2006 zog die Stadt die Lohnklage von 2002 ans Verwaltungsgericht weiter; dieses stellte Ende 2006 ebenfalls fest, dass die Stadt die klagenden Gesundheitsberufe diskriminierend um zwei Lohnklassen zu niedrig eingestuft hatte.
- Anfang 2007 zog die Stadt weiter ans Bundesgericht, das Ende 2007 den Entscheid fällte: Die Stadt hatte die drei klagenden Berufsgruppen gegenüber den Polizeisoldaten diskriminiert und musste die Löhne um zwei Lohnklassen anheben und Nachzahlungen von rund 50 Millionen Franken entrichten.
- Ende gut, alles gut? Die gezielte siebenjährige Verschleppung des Verfahrens durch den notabene rot-grünen Stadtrat droht sich auszuzahlen. Die Verjährungsfalle schnappt zu. Noch am Tag der Urteilsverkündung frohlockt der Vorsteher des Finanzdepartements in der Presse: Nur 900 Personen würden in den Genuss von Nachzahlungen kommen, da nur diese im Jahr 2002 die Stadt auf die durch Diskriminierung entgangenen Lohnanteile betrieben und so die Verjährung unterbrochen hätten. Die 1100 Personen, die nicht betrieben haben, sollen also leer ausgehen. Die Stadt kann so rund 30 Millionen Franken einsparen, ihre Rechnung geht auf. Juristisch legal, aber Frauen diskriminierend.

Dieser Diskriminierung versucht das Gesundheitspersonal auf politischem Weg entgegenzutreten. Im Frühling 2008 überreicht es dem Vorsteher des städtischen Gesundheitsdepartements, einem Sozialdemokraten, nach einer Demonstration durch Zürich eine Petition mit 2400 Unterschriften mit der Forderung, die Lohnnachzahlungen für alle Berechtigten zu entrichten, unabhängig davon, ob sie betrieben haben oder nicht. Auf dem Weg zum Gesundheitsdepartement hält

der Demonstrationsumzug vor dem Stadthaus an. Die Tore sind verschlossen, nichts deutet auf den Anlass hin, der hier während der Demonstration stattfindet. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey eröffnet den dreitägigen Kongress «Gleichstellung in den Städten». Der sozialdemokratische Stadtpräsident wird am nächsten Tag zu «Strategien der Gleichstellung» referieren. Während abgeschottet die «gehobene Gleichstellung» zelebriert wird, protestiert das Gesundheitspersonal auf der Strasse vor verschlossenen Toren gegen die Frauen diskriminierende Lohnpolitik der Stadt. Zwei Vertreterinnen der städtischen Fachstelle für Gleichstellung nehmen auf der Strasse die schriftliche Botschaft des protestierenden Gesundheitspersonals an die KongressteilnehmerInnen entgegen. Niemand teilt den KongressteilnehmerInnen mit, was sich draussen abspielt, die Botschaft wird nicht angekündigt. Die Feier soll nicht gestört werden ...

Im Juni 2008 stösst die Grüne Partei im Gemeinderat der Stadt Zürich mit einer Motion nach: Allen Gesundheitsangestellten, die eine Lohndiskriminierung erfahren haben, sollen die Nachzahlungen gewährt werden, auch denjenigen, die nicht betrieben haben. Die Motion wird überwiesen. Der Stadtrat muss nun eine Vorlage für den Auszahlungsmodus ausarbeiten; er hat eine Frist bis im Juni 2010. Im Jahre 2001 wurden die Lohnklagen eingereicht, 2007 wurden sie gewonnen – 2009 wartet das Gesundheitspersonal – trotz gewonnener Lohnklagen und überwiesener Motion – noch immer auf die widerrechtlich vorenthaltenen Lohnanteile.

#### **2002– 2009: Diskriminierende Auswirkungen von zwei Besoldungsrevisionen**

Wie schon erwähnt anerkannte der Stadtrat die Urteile zu den kantonalen Lohngleichstellungsklagen von 2001 nicht. Daher wurden bei der Besoldungsrevision 2002 die Löhne des Gesundheitspersonals nicht um zwei Lohnklassen angehoben. Diskriminierende Löhne dienten also als Basis bei der Überführung ins neue Lohnsystem 2002 und folglich auch bei der Einführung des neuen Lohnsystems 2007. Die KOG<sup>6</sup> reichte 2002 Klagen gegen das diskriminierende Verfahren ein.

Das Bundesgericht hat Mitte 2009 zugunsten des Gesundheitspersonals entschieden: Die Stadt muss die Überführung der Löhne der Gesundheitsberufe aus dem Jahr 2002 wiederholen. Das heisst, sie muss erst die Löhne um zwei Lohnklassen anheben und dann überführen und dazu für die entgangenen Lohnanteile Nachzahlungen leisten, sowie als weitere Folge, die Überführung der Löhne im Rahmen des 2007 eingeführten neuen Lohnsystems (SLS) wiederholen.

Die Klagen der KOG verlangten zusätzlich, dass die Löhne bei den Gesundheitsberufen grundsätzlich von 95% auf 100% im Lohnband herangeführt wer-

den müssen. Sie erhob diese Forderung, weil die gemäss der alten Besoldungsverordnung bereits weit unten eingereihten typischen Frauenberufe aus dem Gesundheitsbereich auch im neuen System schlechter positioniert wurden als die schon vorher korrekt oder gut entlöhnten «neutralen» oder typisch männlichen Berufe. Die vorher schlecht entlöhnten Berufe wurden im Lohnband mehrheitlich bei 95% eingereiht; die vorher besser entlöhnten «neutralen» oder typischen Männerberufe kamen demgegenüber auf bis zu 105% im Lohnband. Mit der diskriminierenden Einreihung der typischen Frauenberufe bei nur 95% sollten «unverhältnismässige» Lohnerhöhungen vermieden werden, im Klartext hiess das: Einsparungen bei den Frauenberufen.

Das Bundesgericht lehnte diese Forderung der Klagenden ab, es befand, dass eine Überführung ins neue Lohnband unter 100% zwar «befremdend» sei, aber keinen diskriminierenden Charakter der Lohneinreihung darstelle!

Im September 2009 beschliesst der Stadtrat infolge der Gerichtsurteile, die Nachzahlungen in der Höhe von ca. 4,4 Millionen Franken für die widerrechtlich vorenthaltenen Lohnanteile bei der Überführung von 2002 zu leisten. Davon sollen aber wiederum nur diejenigen profitieren, die mit einer Betreibung einen Verjährungsunterbruch erwirkt haben. Wieder werden zwei Dritteln der Anspruchsberechtigten die Nachzahlungen für tatsächlich geleistete Arbeit vorenthalten. Damit kann die Stadtregierung eine weit grössere Geldsumme einsparen, als zur vollständigen Nachzahlung für alle Berechtigten, welche betrieben hatten, aufgewendet werden musste. In den vergangenen zwanzig Jahren wurden dem Gesundheitspersonal der Stadt Zürich trotz mehreren gewonnenen Lohnklagen durch Lohndiskriminierungen rund 150 Millionen Franken vorenthalten.

#### **2008: Die Tücken des neuen Lohnsystems der Stadt Zürich (SLS)<sup>7</sup>**

«Transparent und gerecht», unter diesem Titel steht das neue System, das bei der Besoldungsrevision von 2007 in der Stadt Zürich eingeführt wurde. Mit ihm wird der Leistungslohn eingeführt. Er soll transparent sein, die Leistung honorieren und die Gleichstellung bei den Löhnen garantieren. Wie erfüllt die Stadtregierung diese Versprechen? «Transparenz», «Leistungslohn» und auch «Lohngleichheit» entpuppen sich als Schwindel.

– *Leistungshonorierung*: Die Leistungshonorierung richtet sich nach dem jeweils vorgegebenen Budget und kann die erbrachten Leistungen nur innerhalb dieses begrenzten Rahmens honorieren. Von der Gesamtlohnsomme setzt der Stadtrat jedes Jahr je nach Finanzlage den Leistungslohnanteil fest. Wenn beispielsweise das Personal seine Leistungen mehrheitlich massiv verbessert, ergeben sich dadurch pro Person kleinere Leistungslohnanteile, weil das Budget

fix ist. Mit den tatsächlich erbrachten Leistungen hat das nichts zu tun. Auch fallen in der Regel Lohnmassnahmen, die aus Leistungsbewertungen resultieren, zu Ungunsten der Frauen aus, da Frauen sich unterschätzen und schlechter «verkaufen». Die KOG lehnt das SLS ab: Sie stellt sich gegen diese Art von Schein-Leistungslohn. Alle übrigen Gewerkschaften und Berufsverbände unterstützen das SLS. Bereits nach einem Jahr zeichnet sich ab, dass die Löhne bei gleichen Funktionen und Erfahrungen unterschiedlich sind. Kein Wunder, wenn das Personal das als Willkür empfindet.

– *Transparenz*: Die Sicherstellung der Lohngleichheit setzt die Möglichkeit individueller Lohnvergleiche voraus. Für jede/n Angestellte/n muss die Einreihung ins Lohnsystem nachvollziehbar sein. Dies hängt davon ab, dass klare Regeln festgelegt werden und bei jeder/m Einzelnen gleich zur Anwendung kommen. Beim neuen System ändert sich die Natur der Regeln. Es ist nicht auf die individuellen Löhne ausgerichtet, sondern massgebend ist der durchschnittliche Lohn für die jeweilige Berufsgruppe. Die/der Einzelne ist weder zu orten noch zu vergleichen. Die individuelle Situation verschwindet in den Gesetzen der Statistik und ist der Willkür von Spurenscheiden und Leistungsbeurteilungen ausgeliefert.

– *Lohngleichstellung*: Die Gleichstellung im neuen System wird als erfüllt erachtet, sobald ein Frauenberuf und ein mit ihm vergleichbarer Männerberuf den gleichen Grundlohn aufweisen. Faktoren wie nutzbare Erfahrung, Leistungslohn, Marktlage, die zum Grundlohn dazukommen, erklären und legitimieren die jeweils entstehenden Lohnunterschiede von bis zu 20%. Die Flexibilisierung der Löhne verunmöglicht einen Lohnvergleich, eine Voraussetzung, um die Lohngleichstellung zu garantieren. Die Positionierungen im Lohnband sind nicht mehr klar feststellbar. Die Lohngleichstellung für Frau und Mann wird so ausgehebelt und verhindert den Vollzug des Gleichstellungsgesetzes.

Die angekündigte Lohngerechtigkeit der Stadtregierung geht klar am Gesundheitspersonal, vor allem den Frauen, vorbei.

#### **2009: Neue Diskriminierung durch die kantonale Besoldungsrevision**

2009 präsentiert die Kantonsregierung eine Teilrevision des Lohnsystems.<sup>8</sup> Anlass war unter anderem die neue Bildungssystematik bei den Gesundheitsberufen. Bei der Arbeitsbewertung, beim Kriterium «geistige Anforderungen», wurden die Punkte bei den Pflegefachfrauen und -männern HF (Höhere Fachschule) von 2,5 nach unten auf 2,0 gedrückt – die Pflegenden bleiben also auf ihrem bisherigen Lohn, auf der Lohnklasse 14, sitzen.

Da die Löhne der Pflegefachfrauen und -männer die Referenzgrösse bei den Gesundheitsberufen bilden, wurden als Folge der Unterbewertung der Pflege-



fachfrauen und -männer durch die Quervergleiche die Frauenberufe wie Fachangestellte Gesundheit (FaGe), Hebammen, Fachleute für Operationstechnik, Physio- und ErgotherapeutInnen und AktivierungstherapeutInnen im System ebenfalls abklassiert.

Erneut wird, wie 1991, das gesamte Gesundheitspersonal aus finanzpolitischen Gründen zu tief eingestuft. Bei der Bewertung der Arbeit von Pflegefachfrauen und -männern HF zeigte sich, dass die gestiegenen Anforderungen bei zunehmender Komplexität der Arbeit eine höhere Bewertung beim Kriterium «geistige Anforderungen» und somit eine höhere Lohnklasse, nämlich LK 15, ergeben würden. Die Forderung nach «gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit» hätte sich so annähernd erfüllt. Stattdessen erfolgte die tiefere Einstufung in LK 14. Die Arbeitsbewertungen wurden systematisch zum Nachteil der oben erwähnten Berufe vorgenommen. Die FaGe, ein neuer Frauenberuf, der die Berufe der FA SRK (LK12) und des Diplomniveaus I (LK13) ersetzen wird, erfährt die skandalöse Einreihung in Lohnklasse 10. In Zukunft wird ein Grossteil der Pflegearbeit von FaGe ausgeführt werden. Ein arbeitswissenschaftliches Gutachten, dass von der «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik» in Auftrag gegeben wurde, ergab bei der Arbeitsbewertung die Lohnklasse 12.<sup>9</sup> Mit der Einreihung in Klasse 10 erreicht die Kantonsregierung mit einem Schlag eine Lohnkosten-Einsparung von rund 20%!

Der Regierungsrat trifft also nicht Minusklassenentscheide wie 1991, sondern die Gesundheitsberufe werden direkt bei den Arbeitsbewertungen zurückgestuft, und eine neue Berufskategorie, die FaGe, wird zu tief eingestuft. Mit diesem neuen Lohnsystem werden erneut Frauen diskriminierende Löhne beim Gesundheitspersonal eingeführt. Es scheint, als ob der Regierungsrat aus der Geschichte der letzten 18 Jahre nichts gelernt habe. Oder hofft er darauf, dass dem Gesundheitspersonal die Lust auf Lohnklagen vergangen ist?

Im Herbst 2009 versammelt sich das Gesundheitspersonal vor dem Eingang zum Sitz der Finanzdirektion des Kantons Zürich. Es will auf politischem Weg auf seine Rechte pochen. Die extra eingeladene Finanzdirektorin muss den lauten Protest gegen die diskriminierenden Lohnreihungen des Gesundheitspersonals entgegennehmen. Pflegefachleute verurteilen in ihren Reden den Versuch der Regierung, die mit Gerichtsurteilen erkämpfte Lohngleichstellung durch die Lohnrevision rückgängig zu machen. Es soll offenbar wieder auf dem Buckel des Gesundheitspersonals gespart werden. Die qualitativ hochstehende Arbeit, die unter kaum mehr annehmbaren Bedingungen geleistet wird, erfährt durch die Unterbewertung keine Wertschätzung seitens des Arbeitgebers. In einem nach der Kundgebung gegebenen Zeitungsinterview äussert sich die Finanzdirektorin jedoch überzeugt, «dass die Löhne bereits heute grundsätzlich gut sind», «die

Lohnrevision ist kein Sparprojekt». Sie kann aber nicht ausschliessen, dass es erneut zu Lohnklagen kommen wird ....<sup>10</sup>

### **Ausblick: Der Personalnotstand ist programmiert**

Seit 18 Jahren kämpft das Gesundheitspersonal auf politischer und juristischer Ebene für «gleichen Lohn für gleiche Arbeit» und für bessere Arbeitsbedingungen. Grosse Erfolge konnten erzielt werden, die jedoch durch neue Lohnsysteme wieder eliminiert werden, denn bei der Entlohnung der Frauen im Care-Bereich wird schamlos gespart. Ihre Tätigkeit, ein wichtiger Beitrag zum Wohlergehen der Bevölkerung, erfährt keine Wertschätzung. Mit diskriminierenden Lohnsystemen bei der Stadt wie beim Kanton Zürich werden seit Jahrzehnten Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe erzielt – und sie sollen weiterhin erzielt werden. Bei der Regierung ist kein Wille spürbar, dem Gleichstellungsgesetz Nachachtung zu verschaffen – «gleichen Lohn für gleiche Arbeit» Realität werden zu lassen.

Zu den diskriminierenden Löhnen kommen schlechte Arbeitszeitmodelle, die eine Teilnahme am sozialen Leben und die Vereinbarung von Beruf und Familie kaum zulassen. Der Tag für Tag hohe psychische wie physische Stress infolge zu knapp bemessener Stellenpläne und die dadurch erzeugten Ängste vor Fehlhandlungen bei gleichzeitig diskriminierenden Löhnen zeitigen Folgen. Gut ausgebildete, erfahrene Berufsleute geben enttäuscht ihren Beruf auf. Ein massiver Personalnotstand kündigt sich an. Ausbildungszentren und höhere Fachschulen verzeichnen rückläufige Zahlen bei den SchülerInnen. Der jüngste Bericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan)<sup>11</sup> bestätigt die bis jetzt von den PolitikerInnen und den GesundheitswissenschaftlerInnen nicht ernst genommenen prophezeiten Versorgungsdefizite. Aktuell arbeiten, laut Obsan-Bericht 190 000 Personen, vor allem Frauen, in den wichtigsten Sektoren des Gesundheitswesens; bis ins Jahr 2030 müssen 120 000 bis 190 000 Arbeitskräfte rekrutiert werden. Der Bericht ortet den künftigen Personalnotstand vor allem bei der hohen Pensionierungsrate beim Gesundheitspersonal in zehn Jahren und dem Älterwerden der Bevölkerung. Keine Beachtung schenkt der Bericht der konstanten Diskriminierung der Löhne bei den Gesundheitsberufen – Frauenberufen – und den inakzeptablen Arbeitsbedingungen. Ohne Korrektur der Löhne und ohne verbesserte Arbeitsbedingungen bleibt die Attraktivität der Gesundheitsberufe massiv beeinträchtigt, die Rekrutierung im Gesundheitswesen, in welcher Grösse auch immer, wird sehr schwierig werden.

1 Heinrich Tobiska, Pierre Gobet, Susi Wiederkehr: Die Rationierung im Gesundheitswesen: teuer, ungerecht, ethisch unverträglich. Hrsg. AGGP, Zürich 1999.

- 2 AGGP (Aktion Gsundi Gsundheitspolitik) ist Ende der 1980er Jahre entstanden, 1994 konstituierte sie sich als Verein. Sie organisiert städtisches und kantonales Gesundheitspersonal im Kanton Zürich. Sie setzt sich ein für die Gleichstellung von Frau und Mann, gegen Frauen diskriminierende Löhne und für gute Arbeitsbedingungen ([www.aggp.ch](http://www.aggp.ch)).
- 3 KOG, Koordinationsgruppe Trägerinnenschaft Lohngleichheitsverfahren Kanton Zürich, gegründet im Februar 1996; in ihr sind zusammengeschlossen: Aktion Gsundi Gsundheitspolitik (AGGP), ErgotherapeutInnen-Verband Schweiz (EVS), Sektion Zürich, Frauengewerkschaft Schweiz (FGS), Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), Sektion Zürich/Glarus/Schaffhausen, Schweizerischer Berufsverband der Ausbilderinnen im Gesundheitswesen (LEVE), Schweizerischer Hebammenverband (SHV), Schweizerischer Physiotherapeuten-Verband (SPV, heute physio zürich-glarus), Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz (VchP, heute Syna – die Gewerkschaft), Sektion Zürich/Rheinau, Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), Sektion Staatspersonal.
- 4 KOG, Koordinationsgruppe Trägerinnenschaft Lohngleichheitsverfahren Stadt Zürich, ab 2002. LEVE ist nicht mehr in der KOG, da keine Klage für Berufsschullehrerinnen für Pflege geführt wird. Der VPOD verlässt die KOG, er ist mit den 2002 vom rot-grünen Stadtrat gewährten ausserordentlichen Zulagen für das städtische Gesundheitspersonal zufrieden, er akzeptiert, dass so dem Gesundheitspersonal 50 Millionen Franken an vorenthaltenen Lohnanteilen verlorengehen.
- 5 Weitere Details unter [www.aggp.ch](http://www.aggp.ch).
- 6 Die Klagen gegen die diskriminierenden Überführungen von 2002 werden getragen von: AGGP, EVS, FGS, physio zürich-glarus, SHV. Die Syna unterstützt diese Klagen nicht und zieht sich aus der KOG zurück. Anfang 2008 zieht sich auch der SBK aus der KOG zurück. Die KOG konstituiert sich neu als «Koordination Gesundheitsberufe», ihr gehören an: Aktion Gsundi Gsundheitspolitik (AGGP), ErgotherapeutInnen-Verband Schweiz (EVS), Sektion ZH/SH, Frauengewerkschaft Schweiz (FGS), physio zürich-glarus, Schweizerischer Hebammenverband (SHV) Zürich und Umgebung.
- 7 SLS, Städtisches Besoldungssystem unter [www.aggp.ch](http://www.aggp.ch).
- 8 Vernehmlassung Teilrevision, Lohnsystem, Anpassung einzelner Richtpositionen, Kanton Zürich, 2009, siehe [www.aggp.ch](http://www.aggp.ch).
- 9 Siehe [www.aggp.ch/cms/upload/aggpPDF/fage\\_Gutachten\\_Version\\_komplett.pdf](http://www.aggp.ch/cms/upload/aggpPDF/fage_Gutachten_Version_komplett.pdf).
- 10 Susann Anderegg, Die Löhne sind bereits heute grundsätzlich gut. Tages-Anzeiger, 16. September 2009.
- 11 Hélène Jaccard Ruedin, France Weaver: Ageing Workforce in an Ageing Society, Wie viel Health Professionals braucht das Schweizer Gesundheitssystem bis 2030? Obsan/Careum, Neuenburg/Zürich 2009, [www.obsan.admin.ch/bfs/obsan/de/index/01/02.html?publicationID=3699](http://www.obsan.admin.ch/bfs/obsan/de/index/01/02.html?publicationID=3699) (Zugriff am 30.10.2009).







«Pressespiegel» im Spital Männedorf (Archiv AGGP).



Hunderte Transparente entstanden ... Universitätsspital Zürich (Archiv AGGP).





... in allen Spitälern. Kinderspital Zürich (Archiv AGGP).



Alles gleichzeitig, immer schneller, qualitativ hochstehend, stets freundlich ...  
Plakat im Spital Männedorf (Archiv AGGP).





Spital Wädenswil. Am 3. Mai 2000 verbreiten Ballone den Protest aus allen Spitälern im ganzen Kanton (Bruno Sordo).



Der «wütende weisse Engel». Transparent an der Demonstration vom 4. Mai 2000 in Zürich (Archiv AGGP).





## Frauenmigration – Bedeutung für die Pflege und Betreuung in der Schweiz<sup>1</sup>

Anni Lanz

Während der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise schrumpfen die Güterproduktion und diverse industrielle Dienstleistungen, gleichzeitig wächst die Nachfrage in der mehrheitlich weiblich besetzten Care-Ökonomie (vor allem im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen) – und zwar nicht nur im informellen Sektor. Die Krise trifft vor allem männliche Beschäftigte, weil überproportional viele Männer im Industrie- und Finanzsektor arbeiten. Die Arbeitslosigkeit nimmt bei Männern (In- und Ausländer), in absoluten Zahlen gerechnet, (jedenfalls vorläufig) stärker zu als bei Frauen (In- und Ausländerinnen). Frauenjobs sind generell prekärer, tendenziell aber auch «krisenresistenter». Dies lässt sich zurzeit beobachten, obwohl Unternehmen bei Kündigungen dazu neigen, zuerst Teilzeitbeschäftigte – mehrheitlich Frauen – zu entlassen.

115

Weshalb ist ein Grossteil der Frauenjobs – mindestens vorläufig – krisenresistenter?

Care-Arbeit – vor allem Erziehungs-, Bildungs-, Sozial- und Pflegearbeit – beruht auf zwischenmenschlicher Zuwendung und folgt einer anderen Logik als die Güterproduktion und der industrielle Dienstleistungssektor. In der Care-Ökonomie werden Leistungen erbracht, die für alle Gesellschaften und Wirtschaftssysteme lebenswichtig sind und die auch Personen zugänglich sein müssen, die nicht dafür bezahlen können. Staatliche Finanzierung spielt deshalb in diesen Bereichen eine wichtige Rolle (s. dazu auch Einleitung von M. Madörin zu diesem Kapitel).

Während ein Güterproduzent, ein Werbeprofi, ein Finanzanalyst etc. kaum je in

direkten Kontakt zum Produktabnehmer tritt, beruht die Care-Ökonomie auf der unmittelbaren Interaktion zwischen Leistungserbringenden und Leistungsempfangenden. Care-Dienstleistungen beruhen zudem oft auf einem mehr oder weniger starken Abhängigkeitsverhältnis, in welchem die Care-Empfangenden existenziell auf die menschliche Zuwendung der Care-Leistenden angewiesen sind (z.B. Kinder, Kranke, Betagte). Diejenige personenbezogene Dienstleistungsarbeit, auf die man ohne grosse Not verzichten kann, die also auf geringeren Abhängigkeitsverhältnissen beruht, ist grösseren Nachfrageschwankungen unterworfen und damit für weibliche Angestellte ungesicherter. So nimmt zurzeit, laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe vor allem bei Frauen zu. Aus obgenannten Gründen vergleichsweise «krisenresistenter» ist die Care-Ökonomie im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsbereich, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie zu den sozialstaatlich abgesicherten Bereichen gehört. Doch die Care-Ökonomie kostet Geld. Und dieses droht, wenn die Steuerzuflüsse sinken, knapp zu werden.

Eine Krise in der Care-Ökonomie heisst, dass Menschen, die abhängig von der Carearbeit anderer sind, diese Care-Leistung nicht mehr erhalten, weil die Zeit und das Geld dazu fehlen. Oder dass die Arbeitsbedingungen wegen staatlicher Sparprogrammen immer schlechter werden für diejenigen, die bezahlte Care-Arbeit verrichten. Diese Krise der Care-Ökonomie ist beängstigender und existenziell bedrohender als andere Aspekte der Wirtschaftskrise, worauf die verbreitete Angst vor dem Alter und vor dem Verlust der eigenen Autonomie hindeutet. Auch die Tatsache, dass in vielen Ländern – nicht nur in der Schweiz – Arbeitskräfte im Pflegebereich fehlen, ist ein Indiz für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Pflege- und Betreuungsberufen.

#### Entwicklungen im Care-Bereich

Laut Prognosen der UNO wird im Jahr 2050 in den reichen Ländern – aufgrund des Babybooms in den zwei Nachkriegsjahrzehnten und des anschliessenden starken Geburtenrückgangs – jede dritte Person älter als 60 sein. Die Nachfrage im Care-Bereich wird von Einsparungen der öffentlichen Hand begleitet: Vor allem soll bei den Gesundheitsausgaben gespart werden. Dies heisst: Frauen werden mit zusätzlicher unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit belastet. Dies heisst auch: Billige Arbeitskräfte, vorzugsweise aus Ländern mit niedrigerem Lohnniveau, werden als Entlastung gesucht. Auch die Care-Leistungen der Sans-Papiers, besonders von weiblichen, gewinnen an wirtschaftlicher Bedeutung, vor allem wenn die Altersrenten sinken und immer mehr ältere Menschen möglichst lange zu Hause wohnen möchten.

Da in der Schweiz die Pflegeversicherung nur – und zudem ungenügend – den

Pflegeaufwand abdeckt, nicht aber die Betreuungskosten wie beispielsweise für Haushaltshilfe oder Spazierengehen, wird hier die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften steigen. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, dass frühere Subventionen der AHV für die Haushaltspflege der Spitex gestrichen wurden. Die Spitex-Hauspflegedienste sind verglichen mit privaten Homecare-Angeboten, in denen im Wesentlichen Migrantinnen angestellt sind, teurer (s. dazu Artikel von Sarah Schillinger in diesem Heft).

Eine Politikerin unterbreitete mir kürzlich einen Vorschlag für eine Sonderarbeitsbewilligung für Nicht-EU-MigrantInnen: Sie könnten hier als regulär Anwesende zu einem bestimmten Minimallohn rund um die Uhr eine betagte Person zu Hause betreuen. Solche Sonderaufenthaltsbewilligungen werden vermutlich künftig<sup>2</sup> häufig zur Debatte stehen und uns eine «Win-win-Situation» zweier in Abhängigkeit stehender Menschenkategorien vorgaukeln: der von der fremdenpolizeilichen Aufenthaltsbewilligung abhängigen Betreuerinnen und der von der Betreuung abhängigen Betagten. Solche problematischen Lösungsversuche in der Care-Krise werfen natürlich eine Reihe von Fragen auf. Die Wirtschafts- und Sozialkrise in den Südländern zwingt Migrantinnen dazu, in den Nordländern die Finanzierungslücke, die der Staat durch seine Sparmassnahmen im Care-Bereich hinterlässt, zu füllen, wobei Migrantinnen häufig Angehörige (z.B. Kinder, Eltern) zurücklassen, die auf Betreuung angewiesen sind. Sie ermöglichen in den Nordländern auch wenig begüterten Personen eine menschenwürdige Betreuung oder eine Entlastung bei der Care-Arbeit. Die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen zur Schaffung von schlecht bezahlten Care-Arbeitsstellen trägt jedoch zur Abwertung von Care-Arbeit insgesamt bei und kann den Frauenkampf um Lohngerechtigkeit untergraben. So stellte kürzlich eine Pflegefachfrau an einer Veranstaltung der Aktion Gsundi Gsundheitspolitik, eines Zürcher Vereins des um Lohngleichheit kämpfenden Gesundheitspersonals, fest, dass das zugewanderte Gesundheitspersonal kaum für Lohngleichheit und -gerechtigkeit auf die Barrikaden steigen würde. Dieses verdiene in der Schweiz viel mehr als zu Hause und sei in der Regel mit dem hiesigen Lohn zufrieden. Diese Diskrepanz wirft schwierige Fragen in der Widerstandsarbeit auf.

Viele AusländerInnen arbeiten im schweizerischen Gesundheitswesen

Kürzlich traf ich im Bus ein kosovarische Ehepaar, für dessen Verbleib in der Schweiz ich mich lange eingesetzt hatte. Die beiden erzählten mir, ihre drei Töchter seien nun alle Pflegeassistentinnen geworden und hätten sich einbürgern lassen. In der Schweizer Arbeitsstatistik werden die drei Frauen nicht mehr in der Rubrik «ausländische Frauen» erscheinen. Auch nicht die vielen Migran-

tinnen, die nach einer Heirat Schweizerinnen geworden sind oder sich erleichtert einbürgern lassen konnten. Schweizerische statistische Zahlen, die nach Ausländer/Ausländerinnen differenzieren, sind mit diesem Wissen zu lesen.

Ein grosser Teil der im Care-Sektor beschäftigten Schweizerinnen ist in einem anderen Land geboren, was der Definition von Ausländerinnen in internationalen Statistiken entspricht. Im Unterschied zu Letzteren erfasst die Schweizer Statistik jedoch auch die nicht eingebürgerte 2. und 3. Generation von Einwandernden. Im Jahr 2006 waren in der Schweiz von 13 erwerbstätigen Personen mindestens 1 im Gesundheitsbereich entlohnt beschäftigt (insgesamt 330 000 Personen), davon waren 80% Frauen und 19% Männer und Frauen mit ausländischen Pässen. In den Spitälern betrug der Anteil an ausländischen Erwerbstätigen jedoch weit mehr, nämlich 34%. Ähnlich sind die Verhältnisse in den Pflegezentren: In der Stadt Zürich liegt der Ausländeranteil beim Pflegepersonal bei 35%, mehrheitlich Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und an zweiter Stelle aus Deutschland.<sup>3</sup> Hinzu kommen die Spitex oder andere Hauspflegeunternehmen, bei denen die Zusammensetzung des Personals nicht bekannt ist. Statistisch überhaupt nicht erfasst sind die Tausenden von Sans-Papiers, die neben Hausarbeit auch Kinder- und Betagtenbetreuung zu Hause leisten (s. dazu den Artikel von S. Schilliger in diesem Heft).

Laut einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan)<sup>4</sup> müssten allein in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Diensten – trotz der oft fragwürdigen Verkürzung der Hospitalisationsdauer – bis 2020 rund 25 000 Personen zusätzlich angestellt werden (+ 13%) und 60 000 Gesundheitsfachleute wegen Pensionierung ersetzt werden (+ 30%). Es wird schwierig sein, den erhöhten Bedarf durch qualifiziertes Personal aus der Schweiz und aus der EU zu decken. In der Praxis zu beobachten ist, dass die Qualifikationsanforderungen zunehmen, während die Löhne stagnieren oder sinken (s. dazu Artikel von S. Wiederkehr in diesem Heft).

Generell herrscht in den OECD-Ländern ein grosser Mangel an PflegerInnen, und immer mehr in den Südländern ausgebildetes Fachpersonal pflegt die Kranken und Betagten in den Nordländern, während in ihren Herkunftsländern grosse Lücken im Care-Bereich entstehen. Vorwiegend Frauen aus Süd- und Ostländern befriedigen die careökonomische Nachfrage der Nordländer, während in den Herkunftsländern Frauen aus noch ärmeren Ländern in die Lücke springen. So kommt es zu einer eigentlichen Kettenmigration, wobei die ärmsten Länder keinen Nachschub mehr finden. Die Kettenmigration verläuft in umgekehrter Richtung zum Lohngefälle. Untersuchungen zur Migration im Care-Sektor und im Gesundheitsbereich gibt es bis anhin bloss punktuell.<sup>5</sup>

- 1 Dieser Artikel ist Teil eines Beitrags, den Anni Lanz im Rahmen von Solidarité sans frontières anlässlich einer Debatte zu den migrationspolitischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise präsentiert hat.
- 2 Das ist in Italien bereits der Fall. Die sich ohne Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in Italien aufhaltenden Hauspflegerinnen, die sogenannten «Badanti» («die sich um jemanden/etwas Kümmern»), sollen ab September 2009 «legalisiert» werden. Das war schon 2002 der Fall. Die Legalisierungen erfolgen über einen Antrag und einen Arbeitsvertrag der ArbeitgeberInnen, welche die Badanti an ihre Arbeitsstelle binden. (s. dazu die Online-Meldung von <http://www.diepresse.com> vom 18. August 2009).
- 3 Matthias Müller: Ausländisches Pflegepersonal schliesst die Lücke. In: Curaviva 3/2008.
- 4 [www.obsan.ch](http://www.obsan.ch).
- 5 Patricia Pittman et al.: International Migration of Nurses, Health Research and Educational Trust; DOI 10.1111; 2007. James Buchan et al.: International Migration of Nurses: trends and Policy Implications. The Global Nursing Review Initiative, Issue 5; 2005.



## Hauspflege: aktuelle Tendenzen in der Entstehung eines globalisierten, deregulierten Arbeitsmarktes<sup>1</sup>

Sarah Schilliger

120

Die Care-Ökonomie der Schweiz ist im Umbruch (vgl. dazu ausführlich Madörin 2009, Anni Lanz in diesem Heft S.115f.) – was sich speziell in der Frage der Pflege und Betreuung von älteren, pflegebedürftigen Menschen zeigt. Ein Aspekt, der in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang häufig diskutiert wird, ist die aktuelle demographische Entwicklung (die Anzahl Pflegebedürftiger steigt). Was bisher hierzulande vergleichsweise wenig öffentliche und wissenschaftliche Beachtung fand, sind die aktuellen Veränderungen im Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Sektoren – zwischen Familie, Staat, Non-Profit-Organisationen/Zivilgesellschaft und Markt – bei der Finanzierung und Ausführung von Care-Arbeit für pflegebedürftige Menschen. Wie ich aufzeigen möchte, finden hier zurzeit bedeutende Verschiebungen statt – wobei es in der Tendenz zu einer zunehmenden Delegierung von Care-Arbeit an «den Markt» kommt: Im Bereich der Home-Care ist ein stark deregulierter Markt im Entstehen – ein prekärer, vergeschlechtlichter und häufig ethnizierter Arbeitsmarkt.

Einerseits stösst das Potential an unbezahlter Pflege und Betreuung (d.h. konkret v.a. die Gratispflege durch Töchter/Schwiegertöchter, weitere Angehörige, FreundInnen etc.) insbesondere wegen der gestiegenen Erwerbsquote von Frauen immer mehr an Grenzen. Noch immer werden ältere, pflegebedürftige Menschen im häuslichen Umfeld überwiegend informell betreut und gepflegt: Laut der Schweizerischen Gesundheitsbefragung<sup>2</sup> erfolgt die Hilfe bis ins Alter von 74 Jahren hauptsächlich durch Familie, Nachbarschaft und Freundeskreis. Mehr als die Hälfte der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit im eigenen Haushalt wird von Frauen im Alter von 50 Jahren und mehr geleistet (das 2.5 Fache dessen,

was ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, vgl. Madörin 2009). Für viele Frauen – v.a. Partnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter – zeigt sich hier ein zweiter Vereinbarkeitskonflikt: Nach der Erziehungssituation rutschen sie in die Pflegesituation und erfahren eine Doppelbelastung durch Erwerbsarbeit und Pflege von Angehörigen. Gleichzeitig kann man von einem dritten Vereinbarkeitskonflikt sprechen: Für ältere Frauen, die ihre kranken Partner pflegen,<sup>3</sup> ist die Belastung einer lang andauernden Pflege- und Betreuungsverantwortung oft nicht vereinbar mit ihrem eigenen Wohlbefinden und mit ihrer Gesundheit.

Andererseits führen aktuelle Rationalisierungstrends im öffentlich (mit-)finanzierten Care-Sektor zu weiteren Versorgungsengepässen: Spitäler, aber auch Non-Profit-Organisationen wie die öffentliche Spitex sind einem rigiden Spardiktat unterworfen und werden zunehmend nach Methoden des «New Public Management» organisiert.<sup>4</sup> Spitex-Angestellte berichten, wie sie ihre Arbeit inzwischen wie «im Akkord» zu verrichten haben und jede Minute protokollieren müssen («Quasi-Taylorisierung»), so dass wenig Zeit bleibt für ein persönliches Gespräch oder die Erfüllung eines Bedürfnisses der Pflegeabhängigen ausserhalb des stark reglementierten Aufgabenkatalogs.

In diese immer akuter werdende «Versorgungslücke» treten zunehmend privatwirtschaftlich organisierte Home-Care-Unternehmen – kommerzielle Anbieter von Pflege- und Betreuungsdienstleistungen: «Wir beginnen dort, wo die öffentlichen Angebote enden» – so wirbt zum Beispiel eine private Home-Care-Firma. Denn Spitex-Angestellte hätten für das Zwischenmenschliche oft zu wenig Zeit – «und da springen wir ein», schreibt *Home Instead Senior Care*, eine US-amerikanische Franchise-Firma, die weltweit rund 850 Filialen betreibt und im Mai 2007 in Basel ihre erste Schweizer Filiale eröffnet hat. «Unsere einfühlsamen Care-Giver sind Gesprächspartner und Vertraute, helfen im Haushalt, erinnern an Medikamente, kochen Lieblingsspeisen oder erledigen Einkäufe. Auch für gelegentliche Fahrdienste oder gemeinsame Unternehmungen stehen sie gern zur Verfügung.» Zwischen 27 und 42 Franken pro Stunde kosten bei *Home Instead* die Dienstleistungen, die von den «Kundinnen» selber oder von ihren Angehörigen bezahlt werden, denn die Krankenkassen beteiligen sich nur an den reinen Pflegeleistungen, nicht aber an den Kosten für Haushalts- und Betreuungsdienste.<sup>5</sup> *Home Instead* betrachtet die Schweiz als interessanten Zukunftsmarkt: Mittlerweile gibt es neun regionale Niederlassungen in der Deutschschweiz, in wenigen Jahren sollen es schon gut zwei Dutzend regionale Büros sein, und in der zweiten Phase will *Home Instead* auch in die Westschweiz und ins Tessin expandieren. Dass die Zahl und die Kundschaft von privaten, profitorientierten Home-Care-Angeboten ständig wachsen, ist in der Branche inzwischen allen aufgefallen – obwohl es bisher keine offizielle Statistik dazu gibt.

121

### Rund-um-die-Uhr-Pflege zu Hause?

Für viele Pflegebedürftige und ihre Familien stellt sich irgendwann konkret die Frage: Was tun, wenn die täglichen Spitex-Besuche nicht mehr ausreichen und die Angehörigen mit ihrer Unterstützung an Grenzen kommen? Häufig kommt es zu einem «Care-Patchwork» – einer Kombination von ergänzender Betreuung durch Angehörige, medizinischer und körperlicher Pflege durch die Spitex und stundenweiser «alltäglicher Umsorgung» (u.a. Haushaltsdienstleistungen) durch privatwirtschaftliche Angebote wie z.B. jenes von *Home Instead*. Doch bei Pflegebedürftigen wie schwer Demenzkranken, die eine 24-h-Rundumbetreuung brauchen, wird auch dieses Arrangement schwer praktikierbar. Firmen wie *Seniorenzuhaus* oder *Senior Home Care* bieten für rund 7500 Franken monatlich einen 24-h-Service an – zu teuer für viele betroffene Familien, aber billiger als das Pflegeheim. Angehörige sind in solchen Fällen gezwungen, sich weiter nach bezahlbaren und flexiblen Lösungen umzuschauen. Auf legalem Weg findet sich schwer jemand, der/die bereit ist, 24 Stunden für eine demenzkranke pflegebedürftige Person präsent zu sein.

«Ein Engel aus Polen» – so wirbt eine Vermittlungsagentur für Care-Arbeiterinnen, die 24-h-Pflege durch flexible Multitaskerinnen anbietet. Dieses informelle Pflegemodell boomt auch in der Schweiz: Zunehmend werden Betreuungskräfte aus Billiglohnländern – z.B. aus Osteuropa – beschäftigt, die gegen Kost, Logis und einen bescheidenen Lohn als sogenannte «Live-ins» im Haushalt der Pflegebedürftigen leben. Inzwischen hat sich in der Schweiz die merkwürdige Bezeichnung «Senio-Pair» etabliert, ein Etikettenschwindel. Die Firma HausPflegeService mit Sitz im Zürcher Oberland ([www.hauspflegeservice.ch](http://www.hauspflegeservice.ch)) umschreibt Senio-Pair als «eine Person, die Zeit hat für Spaziergänge, fürs Einkaufen, für den Erhalt der sozialen Beziehungen und für alles, was der Haushalt und die Menschen darin so brauchen. Sie wohnt bei Ihnen zuhause und soll ein «Familienmitglied» sein, genauso wie es für «Aupairs» in jungen Familien ist.» Im Gegensatz zum Schweizer Au-pair-Reglement, nach dem eine Au-pair in einer Familie täglich höchstens fünf Stunden Kinderbetreuung und «leichte Hausarbeiten» verrichten darf, sind die Voraussetzungen bei Senio-Pairs ganz andere: Auf ihnen lastet die Hauptverantwortung für die Pflege und Betreuung einer Person rund um die Uhr.<sup>6</sup>

### Pendelmigration von Frauen aus Osteuropa

Der Privathaushalt ist weltweit ein wichtiger Arbeitsplatz für Migrantinnen. In Deutschland wird geschätzt, dass zwischen 100 000 und 200 000 Pflege- und Betreuungskräfte in Haushalten von alten Menschen arbeiten – hauptsächlich Osteuropäerinnen, legal wie illegal (Lutz 2009: 43). Dasselbe Care-Arrangement der

prekären Anstellung von Migrantinnen in der häuslichen Altenpflege ist auch in Österreich und Italien verbreitet (Theobald 2009: 34).<sup>7</sup>

Auch in der Schweiz nimmt die Beschäftigung im Privathaushalt zu und dürfte sich laut Schätzungen der Gewerkschaft Unia in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben. Die geschätzten 125 000 Vollzeitstellen beziehen sich jedoch auf so unterschiedliche Beschäftigungen wie «putzen, waschen, bügeln, einkaufen, Kinder hüten, Betagte pflegen, kochen, servieren oder Laub wischen» – wobei keine gesonderten Schätzungen für die Anzahl Beschäftigte im Bereich der häuslichen Pflege und Betreuung älterer und kranker Menschen bestehen (Unia 2007).

Bei den «Senio-Pairs» aus Osteuropa – also den Care-Arbeiterinnen, die im Haushalt der Pflegebedürftigen leben – handelt es sich in den bisher bekannten Fällen meistens um eher ältere Frauen ab 45 Jahren. Nicht selten sind es gut qualifizierte Frauen, die wegen hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen nun im Westen nach Arbeit suchen, um ihre Familien in den Heimatländern zu ernähren und um den Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Hier in der Schweiz ist jedoch nicht ihre Berufsqualifikation gefragt, sondern eine andere Kapazität, die den Frauen «von Natur aus» qua Geschlecht zugeschrieben wird: die Fähigkeit, sogenannte Care-Arbeit zu verrichten, also ältere bedürftige Menschen zu pflegen und zu betreuen und Haushaltstätigkeiten wie Kochen, Putzen und Waschen zu verrichten.

Die Frauen aus Ländern der erweiterten EU betreiben meistens eine Form von Pendelmigration: Sie arbeiten ein paar Monate in der Schweiz und kehren danach für eine gewisse Zeit in ihr Herkunftsland zurück, bevor sie wieder in denselben Haushalt in der Schweiz zurückkommen. Oft teilen sie sich den Job mit einer anderen Person. Die Pendelmigration ermöglicht es den Frauen, das Leben im eigenen Land fortzuführen, auch wenn sie dort nur schwer ein Auskommen finden. So wird also nicht migriert, um das Land zu verlassen, sondern viel eher, um bleiben zu können (Morokvasic 1994). Das Leben in den zwei verschiedenen «Welten» wird ermöglicht durch transnationale Netzwerke, denen verschiedene Akteure sowohl in den Herkunftsländern wie in der Schweiz angehören: Verwandte und Bekannte, die schon im Ausland arbeiten, Internet-Agenturen und «VermittlerInnen» sowie persönliche Kontakte zu Schweizer Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Diese wiederum scheinen sich teilweise unter der Hand Infos und Telefonnummern von sogenannten Senio-Pairs weiterzureichen.

Durch die erweiterte Personenfreizügigkeit im Rahmen der EU-Osterweiterung erlangten die Osteuropäerinnen zwar die Niederlassungs- und Reisefreiheit, d.h., sie halten sich legal in der Schweiz auf. Viele osteuropäische Care-Arbeiterinnen, die im Privathaushalt arbeiten, haben jedoch keine offizielle Arbeitsbewilligung.



Einige bewegen sich in einer Grauzone zwischen legaler und illegaler Beschäftigung. Aufgrund der komplizierten Rechtssituation sind manchmal weder die Migrantinnen noch die ArbeitgeberInnen in der Lage, abgesicherte Aussagen über die Legalität des Arbeitsverhältnisses zu machen, und auch für eine Forscherin ist es nicht leicht, sich in diesem «Dschungel» von unterschiedlichen Formen der formellen und informellen Arbeitsverhältnisse einen Überblick zu verschaffen. Rechtsformen, die sich in dieser Grauzone bewegen, sind die Beschäftigung von «Selbständigen» durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie sowie «Leiharbeit» im Rahmen der neuen Entsenderichtlinie. Danach dürfen Selbständige und Unternehmen aus den neuen EU-Ländern in anderen Ländern der EU und in der Schweiz Dienstleistungen anbieten.<sup>8</sup> Die Sozial- und Rentenversicherung soll von den Care-Arbeiterinnen oder vom anbietenden Unternehmen im Herkunftsland entrichtet werden. Ein klarer rechtlich geschützter und sozial abgesicherter Rahmen besteht jedoch nicht. Trotzdem berufen sich verschiedene Vermittlungsagenturen, die ihre Dienste im Internet anbieten, auf diese Rechtsform. Ein Beispiel ist die *MDT-Agentur* mit Sitz in Polen, die polnische Arbeitskräfte in die Schweiz vermittelt. Die Care-Arbeiterinnen sind bei der Firma in Polen angestellt und bezahlen im Herkunftsland Steuern, Versicherungsbeiträge und Sozialabgaben. Gegen eine Vermittlungsgebühr von 850 Euro pro Jahr kann eine Care-Arbeiterin angestellt werden, für die pro Monat 1200–1500 Euro plus Kost und Logis bezahlt werden müssen. Auch die international tätige Vermittlungsfirma *McCare* beruft sich auf die Entsenderichtlinie.<sup>9</sup>

Am weitesten verbreitet scheint jedoch das *irreguläre* Arbeitsverhältnis zu sein, bei dem die Vermittlung durch informelle Netzwerke geschieht und weder die Arbeitgeber (meist die Familie der/des Pflegebedürftigen) noch die Care-Arbeiterin Sozialabgaben, Steuern oder Vermittlungsgebühren bezahlen. Je irregulärer jedoch das Arbeitsverhältnis ist, desto mehr hängt die Qualität der Arbeitsbedingungen vom «Goodwill» des Arbeitgebers ab. Dies ist in verschärfter Form beim Live-in-Arrangement der Fall, wo die Care-Arbeiterin stark abhängig ist von ihrem Arbeitgeber und die Arbeitszeiten total entgrenzt und flexibilisiert sind.

### Fazit und Ausblick

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass der Grad der privatwirtschaftlich organisierten Care-Arbeit in der Home-Care wesentlich davon beeinflusst ist, wie stark die Betreuung und Pflege durch öffentliche Gelder finanziert wird und wie die Leistungen und die staatliche Regulierung dieses Sektors ausgestaltet sind. Ein Mangel an wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung fördert die Entwicklung eines privaten – häufig grauen – prekären Arbeitsmarktes in der Pflege (Theobald 2009: 32). Diesen Trend prognostiziert die Geschäftsleiterin des Schweizerischen

Berufsverbandes der Pflegefachfrauen/-männer (SBK), Elsbeth Wandeler, auch für die Schweiz: «Je grösser der Anteil der Pflegekosten wird, welcher auf die Patienten überwältigt wird, je mehr wird der Markt florieren. Die Signale, die mit der neuen Pflegefinanzierung gesetzt wurden, zeigen genau in diese Richtung» (Krankenpflege 4/2009). Der Markt der privaten Home-Care wird mit den laufenden Reformen im Pflegesektor weiter boomen.

Care-Arbeit wird inzwischen auf dem globalisierten Markt gehandelt. Das Beispiel der osteuropäischen Care-Arbeiterinnen, die in der Schweiz 24-h-Rundumpflege leisten, wirft Fragen auf globaler Ebene auf: Inwiefern etablieren sich durch dieses «Care-Arrangement» neue globale Abhängigkeiten und Ungleichheiten entlang von Geschlecht, Klasse und Nationalität? Welche Konsequenzen hat diese Abwanderung von Care-Arbeiterinnen für die Care-Ökonomie in den Herkunftsländern (Stichwort «Care-Drain»)? Wer betreut zum Beispiel die Familienangehörigen, die die Migrantinnen in ihren Herkunftsländern zurücklassen? Hier wird deutlich, dass sich die Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse verschoben und globalisiert haben.

Eine weitere Frage, die sich uns als Feministinnen stellt: Inwiefern lässt sich Care-Arbeit – eine intersubjektive Tätigkeit, eine beziehungs- und bedürfnisorientierte soziale Praxis – überhaupt rationalisieren? Was verändert sich dabei im Arbeits- und Austauschprozess von Care-Arbeit? Was macht die Qualität von Care-Arbeit aus, und was sind die institutionellen Bedingungen, die diese Qualität gewährleisten? Eine theoretische Auseinandersetzung mit diesen Kernfragen der Care-Ökonomie sollte dringend geführt werden.

Eine langfristige, transnationale Perspektive für eine bedürfnisorientierte gesellschaftliche Organisation von Care-Arbeit muss erst noch entwickelt werden.

- 1 Eine ausführlichere Version dieses Artikels – in Zusammenarbeit mit Susy Greuter – ist erschienen im Denknetz-Jahrbuch 2009 (Edition 8, Zürich).
- 2 Befragt werden Personen, die bei sich zu Hause leben (also nicht in Alters- oder Pflegeheimen).
- 3 Es gibt auch pensionierte Männer, die ihre Partnerinnen pflegen. Nur kommt diese Situation weit seltener vor.
- 4 Für das Gesundheitswesen vgl. die Einführung der Fallkostenpauschalen und die damit verbundenen «blutigen Entlassungen». Bei der Spitex hat der seit 2008 geltende Wegfall der Subventionierung der Spitex-Löhne durch den nationalen AHV-Fonds, der bis dahin 16% der Lohnsumme der öffentlichen Spitex abdeckte, zu einem erhöhten Spar- und Rationalisierungsdruck geführt. In beiden Institutionen gewinnen wirtschaftliche «Effizienz»-Kriterien an Bedeutung.
- 5 Die sogenannten Care-Giver, wie die MitarbeiterInnen bei Home Instead genannt werden, verdienen laut Angaben der Firma zwischen 17 und 20 Franken.
- 6 Tatsächlich werden auch bei jungen Frauen, die als Au-pair in Haushalten mit Kindern arbeiten, diese Arbeitszeitregelungen nur selten eingehalten. Das offizielle Bild von Au-pair als Kulturaustausch entspricht wenig der Realität junger Au-pairs aus Osteuropa, vgl. dazu Hess 2005.
- 7 Der Trend der informellen Anstellung von Migrantinnen in der häuslichen Pflege zeichnet sich nicht in allen europäischen Ländern ab, z.B. in Skandinavien und den Niederlanden stellt dieses

## Iran: Hunderttausende von Frauen sind aufgestanden, für ihre Rechte zu kämpfen

Antonia Bertschinger

Im Sommer 2009 gingen die Bilder der iranischen Protestbewegung um die Welt. Auffallend war die grosse Anzahl von Frauen, die an den Demonstrationen teilnahmen, die sich mit den Sicherheitskräften prügeln, die Männer aus den Fängen der Polizei befreien, die von den Dächern «Allah-u akbar» schrien sowie auf den Strassen «Tod dem Diktator» und die mit ihren Handys Videos aufnehmen und kommentierten.

Obwohl auf den Schildern der Demonstrantinnen und in ihren Parolen keine frauenspezifischen Forderungen erhoben wurden, muss diese Bewegung auch als eine Bewegung von Frauen verstanden werden. Widerspiegelt die Präsenz der Frauen auf der Strasse die Tatsache, dass sie in gesellschaftlichen Belangen eine Führungsrolle einnehmen? Ist sie ein Erfolg der Arbeit der iranischen Frauenbewegung in den letzten Jahrzehnten? Wahrscheinlich müssen beide Fragen mit Nein beantwortet werden – doch genau dies gibt Anlass zur Zuversicht.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte der iranischen Frauenbewegung, die sich in drei Phasen unterteilen lässt: eine von einzelnen gebildeten Frauen aus der Oberschicht getragene Pionierzeit von 1905 bis 1925, eine staatlich gelenkte Frauenförderungspolitik von 1925 bis 1979 und die Frauenbewegung der Islamischen Republik seit 1979, die sich in einen religiösen und einen säkularen Flügel spaltet.

### 1905–1925: Die Anfänge der iranischen Frauenbewegung

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Iran ein armes, von autokratischen und unfähigen Herrschern willkürlich beherrschtes Land, von den Grossmächten Russ-

- Care-Arrangement eine Ausnahme dar, u.a. weil im Pflegefall mehr formale institutionelle und ambulante Dienste und eine umfassendere soziale Absicherung bestehen (Theobald 2009: 28, 35).
- 8 Es handelt sich im Fall von Care-Arbeiterinnen im Privathaushalt wohl häufig um eine irreguläre Form von «Schein-Selbständigkeit», da nur ein einzelner Arbeitgeber vorhanden ist, von dem die anscheinend Selbständige voll abhängig ist.
- 9 McCare wird – wie auf persönliche Anfrage hin in einer E-Mail kommuniziert – voraussichtlich im Herbst 2009 in der Schweiz «offiziell» aktiv.

### Literatur

Hess, Sabine (2005): Globalisierte Hausarbeit. Au-Pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa. Wiesbaden.

Krankenpflege (4/2009): Im Trend: Global anheuern, lokal pflegen. Zeitschrift des Schweizerischen Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner.

Lutz, Helma (2009): Who Cares? Migrantinnen in der Pflegearbeit in deutschen Privathaushalten. In: Christa Larsen, Angela Joost, Sabine Haid (Hg.): Illegale Beschäftigung in Europa. Die Situation in Privathaushalten älterer Menschen. München, S. 41–50.

Madörin, Mascha (2009, im Erscheinen): Schweizer Bericht zur UNRISD-Studie.

Morokvasic, Mirjana (1994): Pendeln statt auswandern. Das Beispiel der Polen. In: Mirjana Morokvasic und Hedwig Rudolph (Hg.): Wanderungsraum Europa. Menschen und Grenzen in Bewegung. Berlin, S. 166–187.

126 Theobald, Hildegard (2009): Pflegepolitiken, Fürsorgearrangements und Migration in Europa. In: Christa Larsen, Angela Joost, Sabine Haid (Hg.): Illegale Beschäftigung in Europa. Die Situation in Privathaushalten älterer Menschen. München, S. 28–38.

Unia (2007): NAV Hausangestellte, <http://www.unia.ch/NAV-Hausangestellte.2702.0.html?&L=0%20class%3DI>.

127

land und Grossbritannien wirtschaftlich und politisch bedrängt, wirtschaftlich im Mittelalter. Nur ca. zehn Prozent der Bevölkerung lebte in Städten, die anderen auf dem Land, wo sie als Kleinpächter von Grossgrundbesitzern nach traditionellen Methoden Landwirtschaft betrieben oder als Nomaden mit ihren Ziegen- und Schafherden durch die Berge zogen. Da es ausserhalb der Städte kaum Strassen gab, war der Handel grösstenteils auf Kamel- oder Maultierkarawanen angewiesen. Abgesehen vom Adel, der Schicht der Grossgrundbesitzer und der Geistlichkeit konnte kaum jemand lesen und schreiben.

Und die Frauen? Bauernfrauen arbeiteten auf dem Feld oder hüteten Ziegen; Frauen aus städtischen Familien waren grösstenteils zur Untätigkeit verurteilt und durften das Haus kaum verlassen. In rechtlicher Hinsicht teilten arme und reiche Frauen, Bäuerinnen und Adelsdamen dasselbe Schicksal:

- Sie wurden meist im Teenageralter verheiratet, konnten von ihrem Mann jederzeit verstossen werden,
- sie durften ohne seine Erlaubnis das Haus nicht verlassen,
- sie mussten jederzeit darauf gefasst sein, dass der Mann eine zweite oder dritte Frau nach Hause brachte,
- sie hatten keine Möglichkeit, sich gegen Gewalt des Ehemannes zu wehren.

128

Die Scheidung einreichen konnte eine Frau nicht, versties der Mann sie, sah sie ihre Kinder nie wieder – was auch der Fall war, wenn der Mann starb: Die Kinder kamen zu Verwandten des Mannes, die Frau kehrte zu ihrer eigenen Familie zurück. Das Zeugnis einer Frau vor Gericht zählte nur halb so viel wie das eines Mannes und eine Frau erbt nur halb so viel wie ihre Brüder. Wollte eine Frau in der Stadt das Haus verlassen, musste sie sich in Pluderhosen kleiden, mit einem sackartigen Ganzkörperschleier und einem Gesichtsschleier verhüllen. Lesen konnten höchstens Frauen der Oberschicht oder Töchter von religiösen Würdenträgern – damit sie den Koran lesen konnten. Schreiben dagegen wurde ihnen oft nicht beigebracht, denn sie sollten keine Liebesbriefe schreiben können.

### 1925–1979: Staatlich verordnete Frauenförderung

In politischer Hinsicht war die Situation im Iran des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts angespannt: Immer mehr aufgeklärte Männer und auch Frauen waren nicht mehr bereit, das autokratische Gebaren des Königshauses widerstandslos hinzunehmen. Es formierte sich eine breite Bewegung, die eine Verfassung und ein Parlament forderte. Dies konnte 1906 durchgesetzt werden. Die Monarchen mussten sich fortan an Gesetze halten und die Oberhoheit des Parlaments anerkennen. Beflügelt von diesem Erfolg, sahen engagierte Frauen den Zeitpunkt gekommen, den Kampf für die Verbesserung der Stellung aller Frauen aufzunehmen. Das

allerwichtigste Anliegen dabei war die Bildung, und so konzentrierten sich die ersten Feministinnen darauf, Schulen für Mädchen zu gründen. Obwohl diese Schulen Namen wie «Keuschheit» oder «Ehre» trugen, waren sie für die schiitischen Geistlichen nicht tolerierbar; die meisten wurden auf Druck der Behörden bald wieder geschlossen, ihre Leiterinnen, Lehrerinnen und Schülerinnen hatten mit Beschimpfungen und Attacken zu rechnen.

Doch die Frauen gaben nicht auf. Mitten in den Wirren des Ersten Weltkriegs, als sich die ottomanische, die russische und die britische Armee auf iranischem Territorium blutige Kämpfe untereinander und gegen die iranische Armee lieferten und eine schwere Hungersnot, der die spanische Grippe folgte, Millionen von Einwohnern dahinraffte, gründeten sie Zeitschriften, neue Schulen sowie Frauenvereine. 1918 wurden die ersten zehn staatlichen Mädchenschulen in Teheran bewilligt und ein Lehrerinnenseminar gegründet, erste Pionierinnen aus reichen Familien fanden ihren Weg nach Europa zum Studium.

1925 wurde die alte Königsdynastie der Qajaren abgesetzt und Reza Pahlavi wurde zum neuen Shah gewählt. Sein Ziel war die Modernisierung des Landes und dazu gehörte ganz prioritär auch die Modernisierung der Frau. Reza Shah förderte Bildungseinrichtungen für Mädchen und verbot 1935 per Dekret die Verschleierung. Doch tat Reza Shah mit seiner Zwangsmodernisierung weder der Frauenbewegung noch den Frauen selbst einen Gefallen. Da er in seiner Abneigung gegen Initiativen und Kritik aus dem Volk seinen Qajaren-Vorgängern in nichts nachstand, unterdrückte er auch alle unabhängigen Aktivitäten von Frauen, wie z.B. Zeitschriften und Vereine, und liess nur noch staatlich gesteuerte Massnahmen und Strukturen zu. Das teilweise mit Polizeigewalt durchgesetzte Schleierverbot hatte katastrophale Auswirkungen: Angehörige der Elite begrüsst es, die grosse Masse der Frauen auf dem Land, ältere oder arme Frauen in den Städten hingegen trauten sich kaum mehr aus dem Haus, litten an Depressionen oder aber schämten sich zu Tode, wenn sie sich «nackt» vor fremden Männern zeigen mussten. Viele Frauen verstanden nicht, warum sie den Schleier ablegen sollten; im Gegensatz zu Armut, Hunger, Krankheit oder einem prügelnden Ehemann hatten sie ihn wohl weit weniger als Problem wahrgenommen.

Das Schleierverbot blieb nicht lange in Kraft. Als Reza Shah 1941 von den Briten ins Exil geschickt wurde, wurde es stillschweigend fallengelassen und die Frauen auf dem Land und in der städtischen Unterschicht legten den Schleier wieder an. Reza Shahs Sohn und Nachfolger, Mohammad Reza Shah, hatte ebenfalls ein modernes Iran vor Augen und führte die staatlich-monopolistische Frauenförderungspolitik fort. Die staatliche Frauenorganisation stellte keine dem Radikalfeminismus zuzuordnende Forderungen, wie z.B. jene nach der vollen politischen und juristischen Gleichberechtigung, sondern engagierte sich in wenig kontroversen

129

sen Bereichen wie Gesundheits- und Bildungsförderung oder Familienplanung. Das Bildungsniveau der Frauen und die ärztliche Versorgung von Mutter und Kind konnten so verbessert werden, viele Frauen fanden erstmals Zugang zur Erwerbstätigkeit.

Das Hauptproblem der iranischen Frauen, ihre rechtliche Diskriminierung in der Familie und vor Gericht und die vielen frauenfeindlichen sozialen Traditionen, konnten oder wollten die beiden Shahs nicht angehen. Zu stark war die Opposition der Geistlichkeit und natürlich auch der Mehrheit der Männer im Lande. Kleine Verbesserungen hatten sie durchgesetzt: die Anhebung des Heiratsalters für Mädchen auf 13 Jahre (Reza Shah) bzw. 15 Jahre (Mohammad Reza Shah) oder die Bestimmung, dass ein Mann seine erste Ehefrau um Erlaubnis fragen musste, wenn er eine zweite heiraten wollte. 1963 erhielten die Frauen im Rahmen eines Modernisierungsprogrammes das Stimm- und Wahlrecht und im Laufe der sechziger und siebziger Jahre wuchs ihre Präsenz auf dem Arbeitsmarkt und an den Universitäten. Doch in der Familie und vor Gericht hatten die Frauen am Vorabend der Islamischen Revolution von 1978–1979 genau so wenig zu sagen wie eh und je.

#### **Ab 1979: Entstehung eines religiös orientierten Flügels der Frauenbewegung**

Bei dieser Revolution spielten Frauen eine tragende Rolle. Zusammen mit den Männern gingen sie gegen den tyrannischen Shah auf die Strasse, kämpften für eine freie Gesellschaft mit Entfaltungsmöglichkeiten für alle. Doch ihre Rechnung ging nicht auf: Von all den verschiedenen politischen Kräften und Gruppierungen, die gegen den Shah gekämpft hatten, setzten sich die islamischen Fundamentalisten unter Khomeini durch und begannen sofort, dessen Vorstellung von einer wahrhaft islamischen Gesellschaft zu verwirklichen. Schon bald wurde das Tragen eines Schleiers wieder Pflicht, die zaghafte Verbesserungen im Familienrecht, die der Shah in den sechziger Jahren eingeführt hatte, wurden schnell rückgängig gemacht. Für Frauen aus der Mittel- und der Oberschicht, die vor der Revolution einen zunehmend westlichen Lebensstil gepflegt hatten, war dies ein Schlag ins Gesicht. Sie fühlten sich über Nacht zu Bürgerinnen zweiter Klasse degradiert.

Doch es gab auch viele Frauen, die von der Revolution profitierten. Mädchen aus traditionellen, religiösen Familien hatten in der Islamischen Republik zum ersten Mal überhaupt eine Chance, über das Primarschulniveau hinauszukommen und zu studieren oder eine Stelle im Staatsdienst anzunehmen. Eine islamische Schule oder Universität, ein islamischer Arbeitsplatz wurde von den gestrengen Familienvätern als unbedenklich eingestuft. Und tatsächlich haben die iranischen Frauen dank den massiven Investitionen der Islamischen Republik ins Bildungssystem grosse Fortschritte gemacht: Seit mehreren Jahren stellen sie über sechzig Prozent der an einer Universität Studierenden, bei den unter 65-jährigen Frauen

liegt die Alphabetisierungsrate mittlerweile nahe bei neunzig Prozent, was dem Durchschnitt in Industrieländern entspricht.

Aus der zweiseitigen Ausgangslage nach der Revolution entwickelten sich die beiden Flügel der gegenwärtigen iranischen Frauenbewegung. Der religiöse Flügel betrachtet das islamische System als besten Garanten für das Vorankommen der Frau in Politik und Gesellschaft und ist untrennbar mit dem staatlichen Establishment verbunden. Aushängeschilder sind z.B. Zahra Rahnavard, die Ehefrau des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Mousavi, oder Faezeh Hashemi, die Tochter des Expräsidenten Ali Akbar Hashemi Rafsanjani. Sie haben beide hohe öffentliche Ämter innegehabt und erfolgreiche berufliche Karrieren innerhalb des islamischen Systems absolviert.

Dem religiösen Flügel gegenüber steht der säkular orientierte Flügel, der notwendigerweise in Opposition zum herrschenden theokratischen System stehen muss. Seine bekannteste Vertreterin ist die Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi. Wie alle ihre Gesinnungsgenossinnen kann sie ihre säkulare Gesinnung nur in verklausulierter Form kommunizieren, da alles andere als Verrat an der islamischen Verfassung des Landes gelten würde. Auch bei sorgfältiger «islamischer» Wortwahl sind diese Frauen ständig Schikanen und Bedrohungen durch den Staat und seine Sicherheitskräfte ausgesetzt.

Die «islamische» Wortwahl ist für Aktivistinnen der säkularen Frauenbewegung noch aus einem anderen Grund wichtig: Die grosse Mehrheit der iranischen Frauen ist nach wie vor traditionell-religiös orientiert, und eine allzu radikal vorgehende Frauenbewegung würde bei ihnen auf keinerlei Verständnis stossen. Auch so verfügt die säkulare Bewegung über keine grosse Anhängerschaft und muss mangels finanzieller Unterstützung aus der Bevölkerung fast ohne Budget operieren.

#### **2009: Zusammenarbeit**

Der Wahlcoup im Juni 2009 hat die beiden Bewegungen zusammenrücken lassen. Sie sind vereint in ihrer Forderung nach Annullierung der Wahl, nach dem Rücktritt Khameneis, in ihrem Protest gegen die brutale Niederschlagung der Demonstrationen. Im Bewusstsein, nur gemeinsam (und zusammen mit der männlichen Hälfte der Bevölkerung) gegen das Regime eine Chance zu haben, haben sie ihre Differenzen während der Proteste hinten angestellt und sich auf das Hauptziel konzentriert, eine grundlegenden Reform im Staat herbeizuführen, die eine Debatte über die zukünftige Entwicklung überhaupt erst ermöglichen würde.

Doch der Wahlcoup hatte noch eine weit fundamentalere Auswirkung. Die Hunderttausenden von Frauen, die aktiv an den Demonstrationen teilnahmen und diese nicht selten anführten, waren nämlich grösstenteils weder Anhängerinnen des einen noch des anderen Flügels, sondern ganz «normale» Iranerinnen, die sich

## Putsch in Honduras: Frauen leisten Widerstand

Lis Füglistner

*«Wir weigern uns, die Autorität irgendeiner Armee anzuerkennen. Am allerwenigstens jene, die auf ihre Brüder und Schwestern schiesst, sie unterdrückt, vergewaltigt und tötet.»*

Feministas en resistencia (Feministinnen im Widerstand) in Honduras

Zwei Monate nach dem Militärputsch in Honduras ist das Land hochgradig militarisiert. Über 2000 Personen wurden willkürlich festgenommen und noch mehr sind bei Zusammenstössen mit Militärs und der Polizei zum Teil schwer verletzt worden. Bereits gibt es mindestens vier Todesopfer. Die Repression gegenüber PutschgegnerInnen nimmt weiterhin zu.

Durch die honduranische Gesellschaft verläuft ein tiefer Graben. Anhänger der Putschregierung von Roberto Micheletti sind jene Gutbetuchten, die ihre politische und wirtschaftliche Macht durch die Annäherung des demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya an die Ideologien des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez in Gefahr sahen. Doch die breite Basis wehrt sich mit aller Kraft gegen die unrechtmässige und gewaltsame Machtübernahme Michelettis und seiner Gefolgsleute. Sie fordert die Wiedereinsetzung ihres Präsidenten, die Rückkehr zum Rechtsstaat und die juristische Verfolgung der für den Putsch Verantwortlichen.

Unter ihnen sind viele Frauen, die ihre ohnehin schon geringen Rechte schwinden sehen. Honduranische Frauenorganisationen haben sich deshalb zusammengeschlossen, um sich dieser Entwicklung entschieden entgegenzustellen. «Wir sind keine Anhängerinnen Zelayas, aber wir sind gegen den Militärputsch und

(wie auch viele Männer) innerlich von der Politik und dem gesellschaftlichen Engagement verabschiedet und sich ins Privatleben zurückgezogen hatten. Ein Engagement für die Sache der Frau hatte unter diesen Umständen nur eine verschwindende Minderheit interessiert, insbesondere weil ein solches im Falle der säkular orientierten Bewegung mit grossen Risiken für das eigene Leben verbunden oder für religiöse Frauen mit dem Ruch westlicher Dekadenz behaftet gewesen wäre.

Erst mit dem Wahlkampf Mousavis begann die Politikverdrossenheit einer zaghaften Hoffnung auf «change» zu weichen. Als diese Hoffnung mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses brutal enttäuscht wurde, ging ein Ruck durch die Bevölkerung. Plötzlich strömten Frauen (und Männer) massenweise auf die Strasse, um die Rechte einzufordern, die sie innerlich schon aufgegeben hatten. Teilnehmerinnen und Beobachter bezeugen, dass die Frauen in den Demonstrationen eine führende Rolle einnahmen: Sie feuerten andere an, skandierten immer neue Parolen, verteidigten einander oder männliche Mitdemonstranten gegen die Sicherheitskräfte, publizierten Berichte, bildeten Kommunikationsnetzwerke.

Es schien, als sei der grossen Masse der Frauen mit einem Schlag nicht nur bewusst geworden, dass ihnen im Vergleich zu Frauen in anderen Ländern oder den Männern im eigenen Land zahlreiche Rechte abgingen, sondern auch, dass ihnen diese Rechte niemand schenken würde, wenn sie sie sich nicht selbst eroberten.

132

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die massive Präsenz der Frauen in der iranischen Protestbewegung des Sommers 2009 weniger den Aktivitäten der Frauenbewegungen zu verdanken ist als den Investitionen der Islamischen Republik in die Volksbildung. Diese hat eine Generation gebildeter und selbstbewusster junger Frauen hervorgebracht, die dank den globalisierten Medien bestens informiert ist und bereit ist, für ein besseres Leben auf die Strasse zu gehen. Ganz ohne Zweifel geht die Frauenbewegung gestärkt aus den Ereignissen des Sommers 2009 hervor: Zwar wurden viele ihrer Mitglieder verhaftet und bestraft, zwar sind viele Folteropfer und Tote zu beklagen, zwar änderte sich trotz grosser Anstrengungen seitens der Protestierenden vorerst einmal nichts an der Lage im Land, doch hat die Frauenbewegung den grössten möglichen Gewinn gemacht, indem sich ihre Basis exponentiell vervielfacht hat: Hunderttausende von Frauen kämpfen für ihre Rechte – und diesen Kampf werden sie nicht mehr aufgeben.

### Literatur

Beck, Lois und Nashat, Guity (2004): Women in Iran from 1800 to the Islamic Republic. Urbana.

Beck, Lois and Nashat, Guity (2003): Women in Iran from the rise of Islam to 1800. Urbana.

Cronin, Stephanie (2003): The making of modern Iran. State and Society under Reza Shah. London.

Sanasarian, Eliz (1982): The women's rights movement in Iran. New York.

Shahidian, Hammed (2002): Women in Iran. Westport.

Antonia Bertschinger ist Koautorin eines Buches zum Iran, das demnächst erscheint.

133



gegen die religiösen Fundamentalisten, die sich in der neuen De-facto-Regierung einen Platz gesichert haben und sich nun im Nationalkongress gegen fundamentale Frauenrechte starkmachen», betont Gilda Rivera vom honduranischen Zentrum für Frauenrechte.

Oft sind Frauen bei Protestmärschen in der ersten Reihe zu finden. Sie organisieren Zusammenkünfte, verteilen Informationsbulletins und vernetzen sich auf lokaler, regionaler und globaler Ebene. Durch ihre öffentliche Präsenz rücken sie ins Blickfeld der Putschisten. Ihr entschiedenes und unerschrockenes Auftreten bringt sie in Gefahr, vermehrt gezielt Opfer von militärischen und polizeilichen Übergriffen zu werden. Immer wieder werden Frauen von Soldaten und Polizisten sexuell belästigt, verbal und handgreiflich bedroht, gezielt verhaftet und vergewaltigt. Für die betroffenen Frauen gibt es keine Möglichkeit, Anklage zu erheben und ihre Rechte einzufordern. Unter dem andauernden Ausnahmezustand nehmen willkürliche Übergriffe und frauenspezifische Gewalt massiv zu. Die Täter können mit weitgehender Straflosigkeit rechnen.

Frauenorganisationen appellieren an die internationale Öffentlichkeit, sie in ihren Forderungen nach einem sofortigen Stopp jeglicher Gewalttaten und nach der Rückkehr zum Rechtsstaat zu unterstützen.

134 Für weitere Informationen: Central American Women's Network, [www.cawn.org](http://www.cawn.org).

## L'économie du «prendre soin»: quand la réflexion économique se met au service de l'intervention sociale et sanitaire.

*Mercredi 28 janvier 2009, à la Haute Ecole de Travail Social de Lausanne haitante personnes se sont rassemblées autour de la thématique du «care» pour discuter de la «juste» articulation entre gestion économique et intervention socio sanitaire.*

A l'occasion de cette première journée d'étude sur le thème du «care», théoriciens et praticiens du domaine socio sanitaire ont été invités à interroger le modèle économique dans lequel s'inscrivent leurs pratiques.

Trois intervenantes et un intervenant ont introduit une journée riche en discussions. Catherine Mamboury Joyet, Directrice de l'Association lausannoise pour la santé et le maintien à domicile ALSMAD, a traité de «l'empreinte de l'économie dans l'intervention quotidienne des personnels du social et de la santé» à l'exemple des centres médico-sociaux; Marianne Modak, Professeure à Ecole d'Etudes sociales et pédagogiques (EESP) de Lausanne, s'est prononcée sur le thème «du travail social et la professionnalisation du prendre soin »; Jean-Michel Bonvin, lui aussi professeur à l'EESP, demandait si «les nouveaux modes de gestion publique favorisent le prendre soin?» et l'économiste bâloise Mascha Madörin s'est attachée à présenter «les questionnements et débats récents liés à l'économie du care».

La réflexion sur le «care» prend racine dans les mouvements féministes qui dénoncent le travail gratuit des femmes dans le domaine domestique. Suite aux changements qui s'effectuent dans les années '80 au sein des structures familiales, notamment par le fait que les femmes accèdent à l'emploi pour subvenir aux besoins du ménage, les modes de garde se professionnalisent. C'est ainsi que nous assistons à une externalisation des compétences et des ressources des familles.

Nous pouvons alors nous demander quelle est la place du «prendre soin» dans l'économie générale. Des études empiriques démontrent que le travail du «care» est perçu comme un travail peu prestigieux et peu valorisé; bien qu'il représente un volume d'activité supérieur au total du travail rémunéré de notre société.

Aborder le «care» dans le cadre de nos pratiques n'est pas facile. D'une part, parce qu'il ne relève pas du «matériel», il ne se conceptualise pas. D'autre part parce que les enjeux qui lui sont relatifs sont différents suivant où l'on se place. Durant cette journée, la discussion s'est rapidement axée autour du «sens» que prend le débat sur le «care» et pourquoi cette thématique tend à s'imposer dans notre jargon professionnel. Une partie de la réponse pourrait résider dans les conséquences du mode de gestion économique que nous vivons actuellement. Comment s'inscrivent aujourd'hui les professions des services à la personne dans

le cadre de notre modèle économique? Alors que tout s'achète et que tout se vend, que nous faisons face à de nombreuses restrictions budgétaires, comment articuler aide, soin et économie? Pouvons-nous et devons-nous répondre aux critères de quantification qui découlent de cette logique? Comment la Nouvelle Gestion Publique, dont les maîtres mots sont efficacité, productivité, flexibilité, performance, salaire au mérite, agir au moindre coût favoriserait-elle le prendre soin? Ne risque-t-on pas de se perdre dans une paperasserie administrative, dans une compétition qui nuirait tant au travailleur qu'au client? Le débat sur le «care» questionne nos pratiques. Qu'est-ce qu'une intervention efficace? Qui doit décider des critères de performance mis en avant pour «mesurer» cette efficacité? Comment est considéré le client dans cette logique?

Les travailleurs du domaine socio sanitaire sont pris dans des paradoxes. Comment agir «à tout prix» et travailler dans un cadre économique rigide? Peut-on lier éthique, sollicitude, empathie, compassion, émotions et rentabilité économique? Le travail que nous réalisons sur le terrain nous montre que l'économie telle que nous la vivons aujourd'hui n'est pas adaptée à nos pratiques. Comment quantifier ce qui relève du qualitatif? Pour quoi faire? Le débat sur le «care» fait ressortir le malaise qui plane sur le travail social.

136 Au terme de cette journée, beaucoup de réflexions et de questions se posent. Participants et intervenants ont tenté de trouver des pistes de travail afin que la thématique du «care» puisse être abordée avec un public plus large. De nombreuses idées ont été énoncées: parler du «care» à ses collègues, sensibiliser les étudiants en formation, avoir une discussion avec les politiques pour exposer les différents points de vue... tout en remettant en cause les principes de la Nouvelle Gestion Publique et de l'économie générale.

Les professionnels sont invités à se joindre à un groupe de travail afin de donner suite à cette première journée de réflexion pour discuter et mettre en place des stratégies permettant le dialogue avec les politiques. Il est de notre ressort de démontrer que ce qui est produit dans le cadre de nos interventions, malgré le fait que tout ne soit pas quantifiable, participe à la productivité de notre société.

*Laura Übersax*

### **Marche mondiale des femmes: Diskussionsseminar zu den Aktionsfeldern der 3. Internationalen Aktion 2010**

Vom 8. März bis zum 17. Oktober 2010 finden weltweit Märsche und Veranstaltungen der Marche mondiale des femmes (MMF) statt, so auch in der Schweiz. Diese 3. Internationale Aktion basiert auf den vier Aktionsfeldern der MMF:

öffentliche Güter und Dienstleistungen, Frieden und Entmilitarisierung, ökonomische Unabhängigkeit, Gewalt gegen Frauen. Anfang September diskutierten in Bern Vertreterinnen von Regionalgruppen der MMF, von Frauenorganisationen und Gewerkschaften diese Grundsatzpapiere, um daraus Forderungen und Schwerpunkte für die Aktionen in der Schweiz abzuleiten.

Bereits für die 1. Internationale Aktion im Jahr 2000 hatten Frauen in der Schweiz einen umfassenden Forderungskatalog erarbeitet. Dieser Katalog mit den Kapiteln «Gegen Armut, prekäre Arbeitsverhältnisse und Diskriminierung, für die soziale, wirtschaftliche und berufliche Gleichstellung», «Stopp der Gewalt gegen Frauen», «Für das Recht der Frauen, über ihren Körper zu verfügen und ihren Lebensstil und ihre sexuelle Orientierung zu wählen» und «Für eine solidarische und demokratische Schweiz» hat weiterhin Gültigkeit. Einige wenige Forderungen sind inzwischen zumindest teilweise realisiert worden (z.B. Mutterschaftsversicherung, Fristenregelung), doch der grösste Teil ist leider noch immer aktuell. Die MMF in der Schweiz trägt diese Forderungen weiterhin, will aber für 2010 im Kampf gegen Armut und Gewalt gegen Frauen inhaltliche Schwerpunkte setzen.

### **Frieden und Entmilitarisierung**

In diesem Aktionsfeld geht es vor allem darum, die komplexen Ursachen von Kriegen sichtbar zu machen, wie die Kontrolle über Körper und Leben von Frauen, die Instrumentalisierung von ethnischen und religiösen Konflikten, die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und die Interessen der Rüstungsindustrie. Frauen erfahren in Kriegen- und Konfliktsituationen Gewalt durch Angehörige von Armeen und paramilitärischen Gruppierungen sowie durch ihre eigenen Gemeinschaften, vor allem durch die Männer, die die Frauen zurückschicken und ihnen die Schuld für die erlittene Gewalt anlasten. Es geht insgesamt nicht «nur» darum, Kriege zu verhindern, sondern eine Kultur des Friedens umzusetzen.

Als in der Schweiz lebende Frauen sind wir jetzt und hier nicht direkt von Konflikten und Kriegshandlungen betroffen. Die Schweiz ist jedoch durch ökonomische Interessen in Konflikte verwickelt, und dies nicht nur durch Waffenexporte. Diese Interessen gilt es offenzulegen und zu verurteilen. Die von der Schweizer Regierung deklarierte «aktive Friedenspolitik» könnte zudem konkretisiert und umgesetzt werden, indem das Militärbudget für Friedensreflexion eingesetzt würde. Doch auch in der Schweiz ist eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft feststellbar. Die Auslagerung von Polizeiaufgaben an Privatunternehmen sowie der Einsatz von Soldaten für die Bewachung von Botschaften oder bei sportlichen Grossanlässen sind nur ein Ausdruck davon.

Die MMF unterstützt ausserdem die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt».

### **Gemeingut<sup>1</sup> und Service public**

Im Mittelpunkt dieses Aktionsfelds steht der Kampf gegen die Privatisierung der Natur und des Service public. Denn die Privatisierung von Ressourcen und öffentlichen Dienstleistungen verhindert einen direkten und kostenlosen Zugang etwa zu Trinkwasser, Gesundheitsversorgung oder zu Bildung. Es geht dabei um die Garantie der Rechte, die die Grundbedürfnisse decken und die ein Leben in Würde ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verwirklichung der Ernährungssouveränität.<sup>2</sup> Beim Thema Umweltschutz stellt sich die MMF gegen falsche Lösungen für den Klimawandel (Nekrokräftstoffe, Handel mit «Verschmutzungsrechten») und hinterfragt stattdessen das Produktions- und Konsummodell der Länder des Nordens.

Für die MMF in der Schweiz setzten die Teilnehmerinnen Schwerpunkte in folgenden Bereichen: Ausstieg aus der Atomenergie und Förderung erneuerbarer Energien; Förderung lokaler, nachhaltiger, biologischer Lebensmittelproduktion und Verbot von genmanipulierten Nahrungsmitteln; Solidarität mit den Ländern des Südens; Ausbau und Verbesserung des Service public, Stopp den Privatisierungen insbesondere im Gesundheitsbereich. Frauen betrifft das Thema «Service public» sowohl als (bezahlte oder unbezahlte) Erbringerinnen wie als Nutzerinnen in besonderer Weise.

### **Ökonomische Unabhängigkeit von Frauen**

Mit ökonomischer Unabhängigkeit ist die Möglichkeit der Frauen gemeint, für ihre Bedürfnisse aufzukommen. Dazu gehören der Zugang zu Land, Saatgut, Wasser ebenso wie zu einem Einkommen im Falle von Krankheit, Alter, Schwangerschaft. Ebenso wird der Anspruch aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ihre Rechte bekräftigt, auf soziale Sicherheit und auf Lohngleichheit sowie auf einen Mindestlohn, der nicht nur die Lebenshaltungskosten deckt, sondern ein Leben in Würde ermöglicht, überall auf der Welt und ohne Diskriminierung. Im umfassenden Sinn geht es um ein neues Wirtschaftsmodell, das nicht den Profit, sondern das Leben ins Zentrum stellt.

Als wichtige Themen für die Frauen in der Schweiz wurden am Diskussionsseminar die Bekämpfung der Armut (Mindesteinkommen, an Lebenshaltungskosten angepasste AHV-Renten), die Verteilung der Reichtümer (Verringerung der Lohnschere), die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (innerfamiliäre Arbeitsteilung, Betreuungsplätze, Arbeitszeitverkürzung), die Rechte von Mig-

rantinnen sowie die solidarische Ökonomie (Genossenschaften, Tauschhandel, Fair Trade) indentifiziert.

### **Gewalt gegen Frauen**

In diesem Aktionsfeld will die MMF aufzeigen, wie Gewalt gegen Frauen auftritt, ihre strukturellen Ursachen benennen und die vielfältigen (kollektiven) Formen des Widerstands von Frauen gegen sexistische Gewalt sichtbar machen. Die MMF ruft andere soziale Bewegungen zu gemeinsamen Aktionen gegen Gewalt an Frauen auf.

Für die Frauen in der Schweiz sehen die Teilnehmerinnen Schwerpunkte bei der Prävention von Gewalt gegen Frauen, der ausreichenden Finanzierung von Frauenhäusern, der Stärkung der Rechte von Migrantinnen und dem Einsatz gegen Sexismus und Homophobie im öffentlichen Raum.

Die Ergebnisse dieses Diskussionsseminars werden von der Schweizer Koordination der MMF nun ausgewertet und zu einem Dokument verarbeitet, das die Basis für die geplante gesamtschweizerische Demonstration am 13. März 2010 im Rahmen der 3. Internationalen Aktion der Marche mondiale des femmes bildet sowie für den Aufruf an Frauenorganisationen und Gewerkschaften, sich an der Aktion zu beteiligen.

*Michèle Spieler*

- 1 «Gemeingut bezeichnet spezifische «Güter», die Mitglieder einer Gemeinschaft gemeinsam nutzen und die von allen (oder den meisten) beansprucht werden, wie die Grundvoraussetzungen für ein Leben in Würde: Nahrung, Wasser, Land, Behausung, Wissen und Service public (Bildung, Gesundheit, Energieversorgung etc.).»
- 2 «Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angemessene Nahrung, die mit ökologischen und nachhaltigen Methoden produziert wurde, und das Recht, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme selbst zu bestimmen. Die Vorstellungen und Bedürfnisse jener, die Nahrung produzieren, verteilen und konsumieren, werden ins Zentrum von Ernährungssystemen und -politiken gestellt und nicht die Ansprüche von Märkten und Unternehmen.» Nyéléni-Erklärung, Februar 2007. «Nyéléni» ist der Titel des Internationalen Forums, das Via Campesina, Friends of the Earth und Marche mondiale des femmes gemeinsam in Mali organisiert haben.

### **Tiefenschärfe für die Geschichte der Gesundheits- und Pflegepraxis**

Jüngst war in Zeitungsspalten zu lesen, dass Kaffeetrinken keineswegs dehydriert – wie jahrelang behauptet –, sondern in vielerlei Hinsicht der Gesundheit sogar förderlich sei. Und, trinken Sie nun deswegen mehr Kaffee, oder sind Sie resistent gegen solcherlei gesundheitliche Regeln? Ist Kaffeetrinken so oder

so unverzichtbares Ritual an Ihrer Arbeitsstelle? Oder trinken Sie gar keinen Kaffee, weil Sie sich zurzeit einer homöopathischen Behandlung unterziehen? Das Beispiel Kaffetrinken zeigt, wie gesundheitliche Empfehlungen im Alltag mehrdeutig und widersprüchlich sein können, konjunkturellen Schwankungen unterliegen und sich mehr oder weniger durchzusetzen vermögen. Grössere und kleinere Gewerbebetriebe, Gesundheits- und Pflegeberufe spielen bei gesundheitsbezogenen Praktiken eine Rolle. Über deren Bedeutung und Wandel im Lauf der Geschichte ist allerdings erst wenig bekannt.

### **Relevanz der neu gegründeten Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte**

In diesem Frühjahr hat eine Gruppe von Historikerinnen deshalb die Schweizerische Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte (gpg-hss) gegründet. Den Anstoss dazu haben aktuelle Entwicklungen in Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik gegeben. So ist es ein Anliegen der Gesellschaft, den Debatten über die Gesundheitsberufe historische Tiefenschärfe zu verleihen. Wichtige Themen sind das spezifische Wissen dieser Berufe, ihr Verhältnis zu Professionalisierung und Verwissenschaftlichung sowie die darin herrschende Geschlechterordnung. Mögliche weitere Forschungsgegenstände stellen die Verwendung bestimmter Substanzen, die Anwendung von Techniken, Verfahren und Qualitätsnormen sowie die Wirksamkeit von Beratungen, Pflegeformen und Therapien im historischen Wandel dar. Nicht zu vergessen sind Themen wie Präsenz und Macht auf dem Gesundheitsmarkt oder die verschiedenen Formen der Finanzierung im Gesundheits- und Pflegebereich.

Es gilt dabei auch, die Interessen aufzuzeigen, die hinter bestimmten historischen Sichtweisen stehen. So neigt beispielsweise die Pflege dazu, ihre Geschichte als eine Geschichte von Pflegenden und über Pflegenden zu verstehen und auf pflegerische Berufsinteressen und Erinnerungspolitik zu fokussieren. Anders als in der Medizin-, Pharmazie- oder Psychiatrie- und Psychotherapiegeschichte besteht allerdings ein Mangel an historisch-wissenschaftlichen Grundlagen zur Gesundheits- und Pflegegeschichte. Ebenso fehlte bis anhin eine Institution, die solche Forschung in der Schweiz fördert.

### **Institutionalisierung der Gesundheitsgeschichte ist nötig**

Bislang waren in der Schweiz gesundheits- und pflegegeschichtliche Fragestellungen in historischen Arbeiten gerne als Nebenaspekte und Seitenäste verfolgt worden. Sie zum Ausgangspunkt zu machen, dafür braucht es die neue Gesellschaft in der Schweiz. Im englischsprachigen Raum bestehen bereits Vereinigungen, Zeitschriften und Publikationsreihen, die sich der Gesundheits-, Pfl-

ge- und Hebammengeschichte widmen.<sup>1</sup> Im deutschsprachigen Raum treffen sich Forschende seit 1992 regelmässig an Kongressen zur Geschichte der Pflege.<sup>2</sup> In der Schweiz besteht hingegen keine Körperschaft mehr, die Partnerin für künftige Aktivitäten sein könnte: Der Verein «Geschichte der Pflege», der sich zur Durchführung des 7. Internationalen Kongresses zur Geschichte der Pflege an der Universität Basel im März 2006 konstituiert hatte, löste sich bald nach der Herausgabe des Kongressbandes<sup>3</sup> auf. Fachhistorische und berufspolitische Interessen liessen sich nicht vereinbaren. Dennoch hatte sich gezeigt, dass ein Forum für Austausch, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zur Geschichte der Pflege einem Bedürfnis entsprach. Die Webseite des Vereins wurde insbesondere von historisch interessierten Pflegefachpersonen rege konsultiert. Historikerinnen und Historikern, die zu gesundheits- und pflegegeschichtlichen Fragestellungen in verschiedenen Kontexten forschen oder in der Aus- und Weiterbildung der Angehörigen von Gesundheitsberufen tätig sind, fehlt es wiederum an Kontakt- und Austauschmöglichkeiten in der Schweiz. Aus diesen Gründen erweist sich die neue Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte als sinnvoll und unabdingbar.

### **Zielsetzungen der Gesundheits- und Pflegegeschichte**

Gerade heute, wo sich die Grenzen zwischen verschiedenen Berufsfeldern im Gesundheitswesen auflösen und sich die Durchlässigkeit im Bildungssystem politisch durchgesetzt hat, ergibt es auch für die Geschichtsschreibung Sinn, sich über die Medizingeschichte hinaus dem gesamten Gesundheitsbereich, d.h. allen nichtärztlichen Berufsfeldern zu widmen. Deshalb setzt sich die neu gegründete Gesellschaft zum Ziel, die Vielfalt an theoretisch-methodischen Zugängen, an Fragestellungen und Themen aufzuzeigen und weiterzuentwickeln und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu intensivieren.

Diese Bestrebungen sollen auf folgenden Ebenen konkretisiert werden:

In Lehre und Forschung an Schweizer Universitäten und Fachhochschulen will die Gesellschaft die Aufmerksamkeit für die Relevanz der Gesundheits- und Pflegegeschichte stärken. Der Austausch unter Forschenden aus den verschiedenen Disziplinen soll über Arbeitskreise, Tagungen und Publikationen angeregt und vertieft werden.<sup>4</sup> Forschenden und Interessierten soll durch eine Webseite<sup>5</sup> der Zugang zu Informationen erleichtert werden. Geplant sind eine Datenbank über Forschende und ihre Projekte in der Schweiz, die Integration von Archiven mit ihren gesundheits- und pflegegeschichtlichen Beständen und die Bereitstellung von weiteren nützlichen Informationen, etwa zu Fördermitteln, Zeitschriften etc.

Die Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte, die sich als Plattform von HistorikerInnen, Kultur-, Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen sowie

von Forschenden und interessierten Fachleuten aus den Gesundheits- und Pflegeberufen versteht, will Forschungsergebnisse der Berufsbildung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen. In verschiedenen Ausbildungsgängen wurde gerade der Geschichtsunterricht in den letzten Jahren massiv gekürzt, um anderen Themen Platz zu machen. Damit besteht die Gefahr, dass künftigen Berufspersonen die Einsicht in historische Zusammenhänge und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fehlten. Ein historisches Bewusstsein ist eine wichtige Voraussetzung, um die eigene Gegenwart als eine veränderbare zu verstehen, die Möglichkeiten zu Erneuerung und aktiver Gestaltung bietet.

Eine hohe Qualität von Vermittlung und Gedächtnisbildung in der Gesundheits- und Pflegegeschichte anzustreben, ist ein weiteres Anliegen der Gesellschaft. Zu diesem Zweck will sie HistorikerInnen für die berufliche Aus- und Weiterbildung vermitteln, den Aufbau einer stufengerechten Geschichtsdidaktik vorantreiben und die Herausgabe von Lehrmitteln zur Gesundheits- und Pflegegeschichte fördern.

Um Quellen zur Gesundheits- und Pflegegeschichte zu erhalten, ist die Gesellschaft besonders besorgt. Sie setzt sich deshalb für die professionelle Einrichtung und Erschliessung von Archiven in Institutionen und Organisationen des Gesundheits- und Pflegebereichs ein. Sie sollen für die historische Forschung zu Pflege- und Gesundheitsthemen zugänglich gemacht werden. Damit will die Gesellschaft einen Beitrag zur Gedächtniskultur im Gesundheits- und Pflegewesen leisten. Nur so ist es möglich, Geschichte auch aus der Perspektive jener zu betreiben, denen das Wissen, die Angebote und die Leistungen der Gesundheitsberufe gelten, all jener nämlich, die in Krankheit, Bedürftigkeit und Not auf sie zählen und denen es beileibe nicht bloss ums Kaffeetrinken geht.

*Sabine Braunschweig, Sabina Roth<sup>6</sup>*

- 1 Beispielsweise die American Association for the History of Nursing, die die «Nursing History Review» herausgibt, oder das Australian Nursing and Midwifery History Project.
- 2 Letztes Jahr ist im deutschsprachigen Raum ein Netzwerk Pflegegeschichte gegründet worden.
- 3 Braunschweig, Sabine (Hg.): Pflege – Räume, Macht und Alltag. Beiträge zur Geschichte der Pflege, Zürich 2006.
- 4 Unter dem Titel «Sorgen und Pflegen in der Schweiz: Grenzziehungen auf einem vieldeutigen Feld im 19. und 20. Jahrhundert» hat Sabina Roth ein Doppelpanel für die zweiten Schweizerischen Geschichtstage vom 4. bis zum 6. Februar 2010 organisiert. Weitere Informationen unter <http://www.geschichtstage.ch/index.php?id=10&epoche=4>.
- 5 Auf der Webseite [www.gpg-hss.ch](http://www.gpg-hss.ch) finden Sie weitere Informationen und können Sie sich als Mitglied anmelden.
- 6 Die Autorinnen sind Kopräsidentinnen der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte.

## Gründung von WIDE Switzerland

Ende März 2009 wurden die Statuten von WIDE Switzerland offiziell verabschiedet. Damit wurde die nationale Plattform des europäischen Netzwerks «Women in Development Europe» (WIDE) in der Schweiz gegründet.

WIDE Europe ist ein Netzwerk von Frauen- und Entwicklungsorganisationen, Gender-Expertinnen, Wissenschaftlerinnen und Frauenrechtsaktivistinnen aus dem Süden, dem Osten, dem Norden und dem Westen Europas. Gegründet wurde WIDE Europa bereits 1985. Es war das Jahr der 3. UNO-Frauenkonferenz in Nairobi, wo Gender-Mainstreaming im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit erstmals diskutiert wurde. 1995 an der 4. UNO-Frauenkonferenz in Peking wurde Gender-Mainstreaming als neue Gleichstellungsstrategie im Aktionsplan verankert. Die Europäische Union schrieb Gender-Mainstreaming 1997 im Amsterdamer Vertrag als verbindliche Aufgabe für die Mitgliedstaaten der EU fest. Mit der Gründung von WIDE Switzerland existieren nun zwölf nationale Plattformen, eine von ihnen organisiert jeweils die WIDE-Jahreskonferenz.

WIDE Switzerland hat zum Ziel, die schweizerische Entwicklungspolitik sowie die Wirtschafts- und die Aussenpolitik mit Fokus auf die Geschlechterverhältnisse in den Blick zu nehmen. Sie wird sich in Zukunft in die öffentliche Debatte einbringen, das Wissen in diesen Themenbereichen fördern und versuchen, Entscheidungsträgerinnen und -träger dafür zu sensibilisieren. WIDE Switzerland hat gleich im Gründungsjahr die Organisation der Jahreskonferenz von WIDE Europe übernommen und beschäftigt sich mit den inhaltlichen Schwerpunkten der Care-Ökonomie. Es sind Themen, die in Zeiten von globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen von besonderer Tragweite sind.

Auf der Website von WIDE-Schweiz sind die Präsentationen der Konferenz (s. dazu auch die diversen Artikel in diesem Heft) zu finden, die Website-Adressen der nationalen Plattformen, ebenso die Dokumente der Pressekonferenz zur Gründung von WIDE und Informationen darüber, wie Frau oder Frauengruppen/-organisationen Mitglied von WIDE werden können.

*Zusammengestellt aus der Mediendokumentation von WIDE; [www.wide-network.org](http://www.wide-network.org).*

## Die UNO fordert weitere Massnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen in der Schweiz

Mit einer Vierer-Delegation hat die «NGO-Koordination post Beijing Schweiz» an der 44. Session der Kommission der UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW in New York erfolgreich lobbyiert. Die CEDAW-Convention on the Elimina-



tion of all Forms of Discrimination against Women – ist ein Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung gegen Frauen und wurde vom Schweizer Parlament 1997 ratifiziert. Die Schweiz hat sich damit wie alle CEDAW-Vertragsstaaten dazu verpflichtet, regelmässig einen Staatenbericht zum Umsetzungsstand der Gleichstellung vorzulegen. Neben der offiziellen Schweiz wurden die Nichtregierungsorganisationen zur Stellungnahme (so genannter Schattenbericht) an der Session eingeladen. Nach dem Hearing formuliert die CEDAW-Kommission Empfehlungen («Conclusions») an die Schweiz, zu denen dieser Bericht erstatten muss.

Die CEDAW-Kommission der UNO forderte im 30. Jahr des Bestehens von CEDAW von der Schweiz an der gestrigen Anhörung Massnahmen zur Bekämpfung von Geschlechterstereotypen an Schulen und in der Ausbildung, gegen die hohe Untervertretung von Frauen in der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und gegen Gewalt an Frauen. Häusliche Gewalt und der mangelnde Opferschutz bei Frauenhandel wurden angesprochen. Ebenfalls wurden Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie die Verfügbarkeit von Krippenplätzen und ein Eltern-/Vaterschaftsurlaub sowie Lohngleichheit und das Scheidungsrecht thematisiert. Auch geht der UNO die föderalistische Schweiz bei der Einhaltung der CEDAW-Normen durch die Rechtssprechung zu wenig weit, Richter/innen und weitere Akteur/innen müssen vermehrt über CEDAW informiert werden.

144

Die NGO-Delegation bestand aus Vivian Fankhauser-Feitknecht, Richterin, Vertreterin der Pfadibewegung Schweiz, Patrizia Mordini, SP-Stadträtin Bern, Vertreterin des Vereins Feministische Wissenschaft Schweiz FemWiss und SP Frauen Schweiz, Nicole Gantenbein, Mitarbeiterin bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV sowie Alicia Gamboa, cfd-Mitarbeiterin, Migrantinnen-Vertreterin. Am 20. und 24. Juli wurde die NGO-Delegation von der CEDAW-Kommission angehört, am 27. Juli stand die offizielle Schweiz unter Leitung von Dr. Marion Weichelt Krupski, Botschafterin, Vizedirektorin der Direktion für Völkerrecht EDA, Rede und Antwort.

*Medienmitteilung von NGO-Koordination post Beijing Schweiz vom 28.7.09, [www.postbeijing.ch](http://www.postbeijing.ch)*

## **Session der UN-Commission on the Status of Women (CSW), März 2009**

Seit dem Frühling 1946 gibt es diese UN-Kommission zum Status der Frauen. Damals als Unterkommission der UN-Menschenrechtskommission gegründet, ist sie heute eine Kommission des ECOSOC (UN Economic and Social Council).

Olympie 30/09

CSW hat seit nun über 60 Jahren eine zentrale Rolle gespielt bei der Durchsetzung von Frauenrechten in den UN-Organisationen, so bei der Lancierung der CEDAW-Konvention wie auch bei der Organisation der verschiedenen UN-Frauenkonferenzen. Um die Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing besser überprüfen und begleiten zu können, beleuchtet die CSW diese Umsetzung jährlich und wählt dabei jeweils als Schwerpunkt einen von zwölf kritischen Bereichen der Beijing-Plattform. Seit 1996 lädt die CSW ExpertInnen dazu ein, um in Diskussionen Erfolge und Probleme bei der Umsetzung der Beijing-Plattform zu eruieren. Seit 1997 legt die CSW nicht nur nach den ExpertInnen-Panels jährlich zu einem Schwerpunktthema einen Bericht vor, sondern formuliert Schlussfolgerungen, welche jeweils im März den RegierungsvertreterInnen zur Verabschiedung vorgelegt werden. Die Aushandlung der Schlussfolgerungen zwischen den RegierungsvertreterInnen dauert jeweils eine Woche. Davon erhofft sich die CSW, die Wirksamkeit ihrer Arbeit zu erhöhen.

Die letzten zwei Jahreskonferenzen waren aus der Sicht der feministischen Ökonomie besonders interessant. Im Jahr 2008 lautete das Schwerpunktthema «Financing for gender equality and empowerment of women» (Finanzen zur Förderung der Geschlechtergleichheit und Stärkung von Frauen) und im Jahr 2009 «The equal sharing of responsibilities between women and men, including caregiving in the context of HIV/AIDS» (gerechte Aufteilung der Verantwortung zwischen Frauen und Männern, auch bei der Betreuung und Pflege im Kontext von HIV/AIDS). Als Zusatzthema wurde in gesonderten Veranstaltungen die Finanz- und Wirtschaftskrise aufgenommen. Nach teilweise harten Verhandlungen haben die RegierungsvertreterInnen an beiden Konferenzen wichtige «Schlussfolgerungen» verabschiedet: Wesentliche Forderungen von internationalen Frauennetzwerken bezüglich Gender-Budgets, Gender-Mainstreaming in der Wirtschaftspolitik und allen Wirtschaftsprogrammen und gesetzlichen Massnahmen wurden darin verankert, ebenso das Thema Care aufgegriffen, das Recht auf Care und die zentrale Rolle der Frauen in der Care-Ökonomie, die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern.

Die Arbeit von CSW ist aus verschiedenen Gründen interessant: 1) Sowohl die CSW als auch der UN-Generalsekretär präsentieren an den jährlichen Sessions lesenswerte Berichte zur Umsetzung der Beijing-Beschlüsse, ebenso werden als Vorbereitung hervorragende ExpertInnen-Berichte zusammengestellt. Unter anderen fungieren international bekannte feministische Wissenschaftlerinnen als Autorinnen solcher Berichte, zudem werden Stellungnahmen von NGOs auf die Website von CSW aufgeschaltet, die zum Teil sehr kritische Positionen enthalten. 2) Diese Publikationen geben einen Eindruck über den Stand der Debatte zu Geschlechtergerechtigkeit auf UNO-Ebene – aus schweizerischer Sicht eine

145

bemerkenswert fortschrittliche Debatte und ein hohes Niveau der Analyse. 3) Wer die vorgeschlagenen Schlussfolgerungen (CSW) mit den letztendlich vereinbarten Schlussfolgerungen (agreed conclusions) vergleicht, sieht schnell, welches die heissen Eisen sind und welche Forderungen immer noch Steine des Anstosses darstellen. 4) Und nicht zuletzt: Es gibt in den Schlussfolgerungen etliche Formulierungen, die sich als Zitate in der schweizerischen Politik bestens eignen würden... Sämtliche Informationen befinden sich auf der Website: [www.un.org/womenwatch/daw/csw/](http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/). Die meisten Dokumente sind in Englisch, offizielle Verlautbarungen und Berichte wurden auch ins Französische, Spanische, Arabische, Chinesische und Russische übersetzt.

*Mascha Madörin*

## **Frauenetzwerke nehmen Stellung zur Finanz- und Wirtschaftskrise**

Wie schon im Editorial dieses Heftes erwähnt, bildeten die Finanz- und Wirtschaftskrisen der 1980er Jahre den Auftakt zu neuen wirtschaftspolitischen Debatten in den internationalen Frauennetzwerken. Auch diesmal melden sich, nebst Gewerkschaftsfrauen (beispielsweise auf EU-Ebene), Frauenetzwerke zu Wort, insbesondere mit Stellungnahmen zu den Wirtschaftsankurbelungsprogrammen. Am 18. Dezember 2008 veröffentlichten US-amerikanische feministische Historikerinnen einen offenen Brief an den neu gewählten amerikanischen Präsidenten Obama, der von über 1000 HistorikerInnen und ÖkonomInnen unterzeichnet worden war, darunter von HistorikerInnen, die zur Wirtschaftskrise der 1930er Jahre geforscht haben ([www.femst.ucsb.edu/projects/crwsj](http://www.femst.ucsb.edu/projects/crwsj)). Der sehr schöne, prägnant formulierte Brief hebt zwei Punkte hervor: 1) Es besteht die Gefahr, dass Investitionen in die physische Infrastruktur besonders favorisiert werden. Die Historikerinnen betonen: Nicht nur die materielle Infrastruktur ist am Zusammenbrechen, sondern auch die «soziale ist am Zerfallen». Sie fordern in ihrem Brief vor allem den Ausbau des Gesundheits- und Bildungswesens: «Caring-Arbeit muss so wichtig werden wie Bauarbeit.» 2) Trotz aller Bewunderung für den New Deal unter Roosevelt muss betont werden, dass damals die New-Deal-Programme Arbeitsplätze prioritär für weisse qualifizierte Arbeiter förderten. Das war damals schon falsch und wäre im 21. Jahrhundert noch fataler: Die Zeit des Ernährerlohns ist endgültig vorbei.

Anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament hat das Netzwerk GMEI, Gender Mainstreaming Experts International, Wahlprüfsteine vorgestellt (er-

hältlich in Deutsch und Englisch unter [www.gmei.org](http://www.gmei.org), [www.gmei.eu](http://www.gmei.eu), [www.gmei.de](http://www.gmei.de), auch unter [www.wide-network.ch](http://www.wide-network.ch)), zu denen Prüfsteine zu Finanzmarktregulierungen, Steuerpolitik, Wirtschaftspolitik und Gender-Budgeting gehören. So ist zu den Konjunkturprogrammen zu lesen: «Die Wirtschaftspolitik soll der Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit dienen. Die Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission dienen aber vor allem der kurzfristigen Rettung von Arbeitsplätzen in Branchen, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind (Automobil-, Bau-, Energie- und IT-Branche). Dass der Bereich, in dem vor allem Frauen beschäftigt sind, nämlich der persönlichen Dienstleistungen, schon lange in der Krise steckt, wird dabei ignoriert. In der sogenannten Care-Ökonomie brauchen wir deutlich mehr Staat. In fast allen EU-Staaten besteht grosser Nachholbedarf in der Versorgung mit Kinderbetreuung, in der Pflege und häuslichen Unterstützung von Kranken und Gebrechlichen sowie in der Bildung. Konjunkturprogramme sollten hier ansetzen. Sie würden damit nicht nur Arbeitsplätze schaffen und damit unbezahlte Arbeit endlich vergüten, sondern eröffneten neue Bildungschancen bei sozial Benachteiligten und bessere Erwerbsmöglichkeiten der betreuenden Angehörigen. Die Europäische Union kann mit der Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik, der Koordinierung der Mitgliedstaaten sowie mit entsprechenden Förderprogrammen eine neue Prioritätensetzung einleiten.»

Im Herbst 2007 wurde eine Frauengruppe zur Entwicklungsfinanzierung (Women's Working Group on Financing for Development – WWG on FfD) gegründet, die auf UN-Ebene Einfluss nehmen will. Das Netzwerk wird von DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era – siehe dazu Olympe-Heft 9/1998, Porträt von Peggy Antrobus) koordiniert, ihm gehört auch WIDE Europe an. Die Arbeitsgruppe hat im April 2009 eine vierseitige Stellungnahme zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgearbeitet. Die englische und die deutsche Version sind auf der Website von WIDE Switzerland zu finden ([www.wide-network.ch](http://www.wide-network.ch)). Diese Verlautbarung bezieht sich vor allem auf die Debatten zur Finanz- und Wirtschaftskrise in den G-20 und in der UNO, nimmt deshalb auch prononciert Stellung zu den Vorschlägen zum Umbau des Finanzsystems, zur Steuerflucht und zu anderen internationalen Regulierungen, die den internationalen Handel anbelangten. Auch in dieser Stellungnahme findet sich die Formulierung, dass «soziale Investitionen» ebenso wichtig sind wie «Investitionen in die Infrastruktur». Das Netzwerk hat sich im Juli und September 2009 nochmals zu Wort gemeldet, um der Besorgnis Ausdruck zu verleihen, dass die UNO immer noch an der verfehlten Politik festhält, die eine der Ursachen für die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist.

*Mascha Madörin*

## AUTORINNEN

*Arriagada Irma*, Soziologin, Dr. phil., Doktorat zu amerikanischen Studien, Chilenin. Koautorin des Berichts «Trabajo y Familia: Hacia nuevas formas de conciliación con co-responsabilidad social» (United Nations Development Programme – International Labour Organization (UNDP-ILO), 2009. Forscherin am Centro de Estudios de la Mujer (CEM), Santiago de Chile, Chile.

*Bertschinger Antonia*, Dr. phil., war Beraterin für Menschenrechtsfragen an der Schweizer Botschaft in Teheran und arbeitet zusammen mit Werner van Gent an einem Buch über den Iran.

*Bieri Sabin* ist Sozialgeografin und arbeitet als Projektleiterin am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlecht und internationale Zusammenarbeit, Arbeitsteilung, wachstumsorientierte Entwicklung und soziale Gerechtigkeit. Derzeit arbeitet sie an einem Forschungsprogramm zu geschlechterdifferenzierten Herangehensweisen in Bezug auf Hygiene und sanitäre Einrichtungen in Ländern des Südens.

*Bonvin Jean-Michel*, Soziologe, Professor an der Fachhochschule für Soziale Arbeit (EESP) in Lausanne. Seine Arbeitsschwerpunkte beinhalten Fragen wie Arbeitsmarktpolitik und organisatorische Innovation im öffentlichen Sektor. Seine Forschungen sind vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Europäischen Kommission finanziert worden. Er ist Mitverfasser von «Amartya Sen, une politique de la liberté» (2008 mit Nicolas Farvaque) und publiziert in zahlreichen internationalen Zeitschriften.

*Braunschweig Sabine*, lic. phil., Historikerin und dipl. Erwachsenenbildnerin, arbeitet im eigenen Büro für Sozialgeschichte in Basel. Sie ist Kopräsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte ([www.sozialgeschichte-bs.ch](http://www.sozialgeschichte-bs.ch)).

*Duden Barbara*, Historikerin, arbeitet am Institut für Soziologie der Leibniz-Universität in Hannover. In den 1980er Jahren begann sie, dem körperlosen Subjekt «Frau» in der Geschichtswissenschaft durch die Untersuchung der Geschichtlichkeit des somatischen Erlebens damals und gestern Hand und Fuss zu geben und den Kontrast zur Entkörperung im Zeichen des «Gens» und der statistischen Berechnung von «Risiken» zu betonen. Dazu ihre Aufsatzsammlung: Die Gene im Kopf, der Fötus im Bauch. Historisches zum Frauenkörper. Hannover: Offizin Verlag 2002.

*Füglister Lis* ist Ethnologin und Mediatorin. Sie arbeitet als Kommunikationsverantwortliche beim developmentpolitischen Hilfswerk medico international schweiz.

*Joris Elisabeth*, freischaffende Historikerin, Zürich, mit Forschungsschwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte des 19./20. Jahrhunderts in der Schweiz. Mitbegründerin und langjährige Redaktorin der Olympe.

*Klawatsch-Treitl Eva*, Wirtschaftspädagogin, Erwachsenenbildnerin im Bereich Wirtschaftsalphabetisierung, Lektorin an der FH für Sozialarbeit (Wien), Vorstandsmitglied von WIDE Österreich, Koordinatorin des Vereins Joan Robinson – Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens.

*Knobloch Ulrike*, Dr. oec., Oberassistentin mit Schwerpunkt Gender am Departement Sozialwissenschaften der Universität Freiburg, Schweiz, und Lehrbeauftragte für Wirtschaftsethik und Gender-Studies an der Universität St. Gallen. Sie hat das «Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften» mitbegründet und ist an der Herausgabe der Buchreihe «Lebensweltökonomie» beteiligt.

*Lanz Anni*, Menschenrechtsaktivistin und Barfussjuristin mit Schwerpunkt Migrations- und Asylpolitik. Zurzeit Sekretärin der Aktion Gsundi Gsundheitspolitik (AGGP).

*Madörin Mascha*, Ökonomin, lic. rer. pol., forscht gegenwärtig zu feministischer Ökonomie, insbesondere zu Makro- und Mesoökonomie von Care, zur Finanz- und Wirtschaftskrise und zu Gender-Budgets. Sie war an der Erarbeitung der Forschungsberichte zur Schweiz im Rahmen der Unrisd-Studie zu «Political and social economy of care» beteiligt.

*Messant Françoise*, Soziologin, Honorarprofessorin. Sie arbeitet seit längerer Zeit mit Marianne Modak aus feministischer Sicht zum Thema Arbeit/Familie und ist Mitglied des Redaktionskomitees der Zeitschrift «Nouvelles Questions Féministes».

*Modak Marianne*, Soziologin, Professorin an der Fachhochschule für Soziale Arbeit (EESP) in Lausanne. Sie arbeitet seit längerer Zeit mit Françoise Messant zusammen aus feministischer Sicht zum Thema Arbeit/Familie und ist Mitglied des Redaktionskomitees der Zeitschrift «Nouvelle Questions Féministes». Sie organisierte den Studientag zum Thema der Ökonomie des «Sorgens und Betreuens» vom 28. Januar 2009 in Lausanne.

*Orozco Amaia*, Dr. oec., Ökonomin, Spanierin, Forscherin beim United Nations International Research and Training Institute for the Advancement of Women ([www.un-instraw.org](http://www.un-instraw.org)), Madrid, Spanien.

*Roth Sabina* ist freiberuflich tätige Historikerin in Zürich. Sie arbeitet an Projekten zur Medizin-, Gesundheits- und Pflegegeschichte, insbesondere zu Praktiken und Wissen im 19. und 20. Jahrhundert. Sie ist Kopräsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheits- und Pflegegeschichte ([www.sozialgeschichte-bs.ch](http://www.sozialgeschichte-bs.ch)).

*Sancar Annemarie*, Dr. der Sozialanthropologie, Forschungen in den Bereichen Migration, Ethnizität und Integration, Studien zur Situation von Migrantinnen in der Schweiz, sieben Jahre lang beim cfd zuständig für kritische Öffentlichkeitsarbeit und Migrationspolitik, seit 2003 Genderbeauftragte des DEZA/EDA. Von 1996 bis 2003 für das Grüne Bündnis im Stadtparlament von Bern. Vorstandsmitglied von [grundrechte.ch](http://grundrechte.ch) und Mitglied der Arbeitsgruppe Equité der GPS.

*Schilliger Sarah* ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie an der Universität Basel, Mitglied der Koordinationsgruppe von WIDE Switzerland und des wissenschaftlichen Beirats von attac Schweiz. Die hier präsentierten Darstellungen und Einschätzungen beruhen auf ersten Recherchen, die sie im Rahmen ihrer laufenden

Dissertation über Care-Arbeiterinnen aus Osteuropa in Schweizer Privathaushalten unternommen hat.

*Spieler Michèle* ist IT-Coach und Politologin ([www.monkeewrench.ch](http://www.monkeewrench.ch)), Redaktorin der Olympe, seit 1999 aktiv in der Schweizer Koordination der Marche mondiale des femmes (MMF), seit 2009 eine von zwei Europäerinnen im Internationalen Komitee der MMF.

*Übersax Laura* studiert Soziale Arbeit an der Fachhochschule für Soziale Arbeit (EESP) in Lausanne. Sie arbeitet als Nachwachhilfe an einer Empfangsstelle für behinderte Kinder und arbeitet seit 5 Jahren bei Pro Infirmis. Care ist das Thema ihrer Diplomarbeit.

*Wach Heike* ist seit mehr als zehn Jahren Ernährungswissenschaftlerin, zuletzt war sie freiberuflich als Genderberaterin in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ([www.progender.ch](http://www.progender.ch)). Sie ist Mitglied von WIDE Switzerland und FIAN (FoodFirst Information and Action Network).

*Wiederkehr Susi* ist Mitglied im Vorstand der «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik» (AGGP), ihre Schwerpunkte sind die politische Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen und «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» im Gesundheitswesen. Ausserdem ist sie Olympe-Redaktorin.

## Impressum

Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik  
Herausgeberinnen: Redaktion Olympe  
Heft Nr. 30, Dezember 2009: Care-Ökonomie. Neue Landschaften von  
feministischen Analysen und Debatten

Auflage: 1000

ISSN 1420-0392

ISBN 3-905087-52-9

Redaktion: Jael Bueno (Ottenbach), Susanne Businger (Zürich), Lise Cyrenne (Zürich), Sandra Meier (St. Gallen), Esther Quetting (Zürich), Michèle Spieler (Aarau), Silvia Staub-Bernasconi (Berlin, Zürich), Marina Widmer (St. Gallen), Susi Wiederkehr (Uster).

Redaktion dieser Nummer: Mascha Madörin, Susi Wiederkehr

Bildteil: Susi Wiederkehr

Gestaltung/Layout: Luisa Grünenfelder, Luzern

Korrektorat: Sawitext, Sylvia Sawitzki, Uster

Druck: Nicolussi, Zürich

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem und neutral geleimtem Papier

© Alle Rechte bei Olympe und den Autorinnen

Anschrift der Redaktion:

Olympe, Feministische Arbeitshefte zur Politik

Untermättli 4, 8913 Ottenbach (Schweiz)

E-Mail: [Bestellungen@olympheft.ch](mailto:Bestellungen@olympheft.ch)

[www.olympheft.ch](http://www.olympheft.ch)

Erscheint in der Regel zweimal jährlich

Einzelheft: Fr. 21.– (exkl. Versand)

Abonnement für 2 Ausgaben: Fr. 40.– (inkl. Versand)

Gönnerrinnenabonnement: Fr. 150.– für zwei Ausgaben (inkl. Versand)

Doppelnummer: Fr. 40.– (exkl. Versand)

Postcheckkonto Schweiz: 80-38035-0

## OLYMPE

Die feministischen Arbeitshefte zur Politik gibt es seit 1994. Der Name des Hefes nimmt Bezug auf die französische Revolutionärin Olympe de Gouges, die 1791 mit ihrer Forderung, die Lebensbedingungen der Frauen in den politischen Diskurs einzubeziehen, die Sichtweise und den Herrschaftsanspruch der Männer grundlegend in Frage stellte.

OLYMPE erscheint zweimal im Jahr und hat zum Ziel, aus feministischer Sicht gesellschaftspolitisch dringend notwendigen Handlungsbedarf aufzuzeigen sowie ein Forum für Debatten zu bilden, in dem unterschiedliche feministische Interessen und Standpunkte dokumentiert und diskutiert werden.

OLYMPE richtet sich an politisch bewegte und interessierte Frauen, in erster Linie in der Schweiz. Sie wird aber auch in Deutschland und Österreich gelesen. Neben der hiesigen Debatte wird auch die internationale Diskussion einbezogen. Jede Ausgabe widmet sich einem Themenschwerpunkt.

Berufstätige Frauen aus verschiedenen Bereichen bilden die OLYMPE-Redaktion. Sie legen die Themen fest, suchen je nach Schwerpunkt Kontakt zu entsprechenden sachkundigen Autorinnen und koordinieren die Zusammenarbeit. Impulse und Mitarbeit sind jederzeit willkommen.